

SWP-Studie

Sinem Adar/Isabelle Werenfels (Hg.)

Diasporapolitik im Zeitalter der Autokratisierung

China, Eritrea, Indien, Marokko, Russland und die
Türkei im Vergleich



Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und Sicherheit

SWP-Studie 13
September 2026, Berlin

- Autoritäre und sich autokratisierende Staaten widmen ihrer Diaspora zunehmend Aufmerksamkeit. Die sechs in dieser SWP-Studie untersuchten Fälle zeigen, dass Diasporapolitik immer strategischer und systematischer betrieben wird und auf eine Identifizierung auch postmigrantischer Generationen mit dem Herkunftsstaat zielt.
- Die Beweggründe staatlicher Diasporapolitik reichen von der Machtsicherung herrschender Eliten oder einer politischen Strömung über wirtschaftliche, regionale und globale Interessen sowie Nation Branding bis hin zur Abwehr politischer Herausforderungen durch Diasporaakteure.
- Dabei variieren die jeweiligen Schwerpunkte und Instrumente erheblich: Russland begreift Diasporapolitik als Teil seiner Kriegsführung, für China und Indien ist sie eng mit globalen wirtschaftlichen Ambitionen und dem technologischen Wettbewerb verbunden. Der Türkei geht es um postkoloniale Ordnungsvorstellungen und regionale Ansprüche. Für Marokko stehen territoriale Souveränität sowie die Maximierung von Rücküberweisungen und Investitionen im Vordergrund. Eritrea wiederum strebt nach Ertragssteigerungen aus Auslandssteuern zur Stabilisierung des Staatshaushalts.
- Die Reaktionen der oftmals sehr heterogenen Diaspora fallen nicht immer nach Wunsch aus. Die Politik des Herkunftsstaats kann auf Desinteresse oder gar Widerstand stoßen und Spannungen in der jeweiligen Diaspora begünstigen.
- Für Deutschland eröffnet Diasporapolitik einerseits Chancen: außen- und entwicklungspolitisch, teilweise auch mit Blick auf Integration und soziale Mobilität. Andererseits ist sie mit Herausforderungen verbunden, insbesondere hinsichtlich transnationaler Repression.
- Im Umgang mit Diasporapolitik und ihren Auswirkungen sollte Deutschland sich vorrangig an Rechtsstaatlichkeit orientieren. Eine effektive Nutzung der Chancen setzt überdies ein genaues Verständnis der Motivation, Instrumente und Grenzen dieser Politik voraus. Pauschalisierende und ausgrenzende Diskurse gegenüber Diasporagruppen können hingegen destruktiven Strategien von Drittstaaten das Feld bereiten.

SWP-Studie

Sinem Adar/Isabelle Werenfels (Hg.)

Diasporapolitik im Zeitalter der Autokratisierung

China, Eritrea, Indien, Marokko, Russland und die Türkei im Vergleich

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und Sicherheit
SWP-Studie 13
September 2026, Berlin



Dieses Werk ist lizenziert
unter CC BY 4.0

SWP-Studien unterliegen
einem Verfahren der Begut-
achtung durch Fachkolle-
ginnen und -kollegen und
durch die Institutsleitung (*peer
review*), sie werden zudem
einem Lektorat unterzogen.
Weitere Informationen
zur Qualitätssicherung der
SWP finden Sie auf der SWP-
Website unter [https://
www.swp-berlin.org/ueber-
uns/qualitaetssicherung/](https://www.swp-berlin.org/ueberuns/qualitaetssicherung/).
SWP-Studien geben die
Auffassung der Autoren und
Autorinnen wieder.

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-200
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN (Print) 1611-6372
ISSN (Online) 2747-5115
DOI: 10.18449/2026S13

Inhalt

5	Problemstellung und Empfehlungen
7	Eine konzeptionelle Annäherung an Diasporapolitik Sinem Adar/Isabelle Werenfels
11	Chinas Diasporapolitik Carsten Schäfer
18	Die Diasporapolitik Eritreas Gerrit Kurtz
25	Indien: Diasporapolitik zwischen Mobilisierung und Fragmentierung David Kipp/Christian Wagner
32	Marokko: Politik des Umgarnens Isabelle Werenfels
38	Russland: Diasporapolitik als Waffe im hybriden Krieg Sabine Fischer
44	Diasporapolitik der AKP-Regierung: Zwischen Innen- und Außenpolitik Sinem Adar
51	Diasporapolitische Muster Sinem Adar/Isabelle Werenfels
57	Anhang
57	Abkürzungen
58	Die Autorinnen und Autoren

Problemstellung und Empfehlungen

Diasporapolitik im Zeitalter der Autokratisierung. China, Eritrea, Indien, Marokko, Russland und die Türkei im Vergleich

Die Beeinflussung von Diasporagruppen durch Drittstaaten ist in Deutschland vor allem dann Thema, wenn es um Wahlen in der Türkei oder transnationale Repression Russlands geht. Dies ist kein Zufall. Deutschland ist seit Langem ein wichtiges Aufnahme-land für Menschen aus beiden Ländern. Zugleich verfolgen diese beiden Herkunftsländer in den letzten Jahrzehnten eine gezielte Politik gegenüber Diaspora-akteuren. Damit stehen sie bei Weitem nicht allein. Die wissenschaftliche Literatur zu Diasporapolitiken zeigt, dass gerade autoritäre und sich autokratisierende Staaten aus politischen Gründen zunehmend und immer breiter gefächert Interesse für ihre Diaspora aufbringen – sei es, um diese zur Durchsetzung eigener staatlicher Ambitionen zu nutzen, sei es, um drohende politische Herausforderungen aus der Diaspora zu unterbinden.

Im Zentrum dieser Studie stehen denn auch Autokratien sowie Staaten mit sich autokratisierenden politischen Systemen, die über eine nennenswerte Diaspora in Deutschland verfügen und ihr gegenüber eine klare Politik erkennen lassen. Das gilt für China, Eritrea, Indien, Marokko, Russland und die Türkei. Welche Motive stehen jeweils dahinter? Welche politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Instrumente haben diese Staaten entwickelt? Welche Aussagen lassen sich über Erfolge und Grenzen dieser Politik treffen? Welche Muster und Gemeinsamkeiten finden sich in diesen prima facie höchst unterschiedlichen Vorgehensweisen? Und nicht zuletzt: Wo konvergiert und wo kollidiert die jeweilige Politik mit deutschen Interessen und welche Schlüsse lassen sich daraus für deutsche politische Akteure ziehen?

Zu den auffälligsten Gemeinsamkeiten der Fallstudien gehört, dass Diasporapolitik strategischer und systematisch(er) betrieben wird. Sie erfüllt spezifische innen- und außenpolitische Funktionen, die mit dem Erhalt des bestehenden Herrschaftssystems und/oder der Machtsicherung einer bestimmten politischen Strömung verbunden sind. Sie hat meist auch eine wirtschaftspolitische Dimension. Vor allem die indische und die marokkanische Wirtschaft sind in hohem

Maße auf Rücküberweisungen und Investitionen angewiesen, Eritrea profitiert darüber hinaus von (erzwungenen) Steuerzahlungen durch die Diaspora.

Eine erhebliche Varianz zeigt sich hingegen sowohl bei den geo- und regionalpolitischen Zielen der Diasporapolitik als auch bei ihrer jeweiligen Ausgestaltung. Staaten wie Russland, Indien oder China binden die Diaspora in ihr Streben nach einer multipolaren Welt bzw. einem globalen Führungsanspruch ein, sei es militärisch, wirtschaftlich, technologisch und/oder diskursiv. Für Staaten wie Marokko oder die Türkei dominieren regionale Ambitionen und Souveränitätsfragen.

So gut wie alle Staaten versuchen über Diasporaakteure im Wohnland politisch Einfluss zu nehmen – Dimension und Mittel dieser Einflussnahme unterscheiden sich jedoch maßgeblich. Während Russlands Diasporapolitik Teil einer hybriden zersetzenden Kriegsführung ist, verfolgt Indien weitgehend einen kooperativen Ansatz zur Förderung eigener wirtschaftlicher Interessen. Marokko und die Türkei wiederum setzen auf Lobbying und Nation Branding durch die Diaspora und ermutigen sie zu politischer Teilhabe im Wohnland.

In allen untersuchten Fällen üben die Herkunftsstaaten transnational Repression aus. Allerdings divergiert auch hier das Ausmaß. Herkunftsstaaten wie Eritrea, Russland und China, die im eigenen Land kaum oder gar keine Freiräume für oppositionelle Politik zulassen, agieren transnational besonders rigide. Am Beispiel der Türkei etwa zeigt sich, wie sich innenpolitische Spannungen und Machtkämpfe im Ausland ebenfalls in Unterdrückung bzw. Kontrolle niederschlagen können.

Auffallend ist in allen Fällen, wie eng Diasporapolitik mit Identitätspolitik verbunden ist – mit jeweils unterschiedlichen Haltungen zu Integration und multiplen Identitäten. China zielt auf vollkommene Beibehaltung der nationalen Identität. Die Türkei und Marokko befürworten die weitgehende Integration in das Wohnland ohne komplette Aufgabe der Herkunftsidentität; das bezieht sich auch auf die postmigrantischen Generationen. Und Indien versucht, den Hindu-Nationalismus in der Diaspora zu fördern.

Eine Reihe von Faktoren begrenzt die Effekte der Diasporapolitik. Dazu zählt die große Vielfalt an Identitäten und politischen Haltungen von Diasporaakteuren. Diese können die Diasporapolitik teilweise ins Leere laufen lassen und/oder durch Gegenmobilisierungen kontern, gerade in einer hochpolarisierten Diaspora wie der türkischen oder eritreischen. Auch

Gesetzgebungen in demokratischen Wohnländern setzen diasporapolitischem Zugriff, etwa auf Oppositionelle, Grenzen.

Begünstigend hingegen wirkt beispielsweise ein Entfremdungsgefühl im Wohnland, das Diasporanarrativen wie dem türkischen Kampf gegen Islamophobie oder russischer Propaganda Tür und Tor öffnen kann. Auch die Aussicht auf soziale Mobilität und Prestige im Wohnland spielen für das Engagement von Diasporaakteuren für ihr Herkunftsland eine Rolle, wenn dieses ihnen etwa wie China, die Türkei und Marokko materielle und soziale Angebote unterbreitet. Das heißt aber auch: Im Idealfall »produziert« Diasporapolitik Akteure, die in Herkunfts- wie Wohnland engagiert und verankert sind: die sprichwörtlichen Brückenbauer. Um die konstruktiven Aspekte von Diasporapolitik zu nutzen und die potenziell negativen Effekte einzudämmen, sollten deutsche Politiker:innen Folgendes beachten:

- Deutschland muss sich im Umgang mit Diasporapolitik und der Vielfalt von Diasporagruppen von Rechtsstaatlichkeit leiten lassen. Einmischung in innere Angelegenheiten, etwa in Wahlen, sowie aggressiver Propaganda, transnationaler Repression, Einschüchterung und (Wirtschafts-)Spionage ist systematisch entgegenzutreten – idealerweise auch durch Koordination auf europäischer Ebene.
- Die Grundrechte der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit in Deutschland sind unbedingt zu schützen, selbst wenn Drittstaaten oder Diasporagruppen diesbezüglich Druck ausüben.
- Das Interesse an Wirtschafts- und Wissenschaftskooperation darf nicht zu unerwünschtem Wissenstransfer durch Diasporaakteure führen. Hier sollte das Prinzip *small yard, high fence* zur Anwendung kommen. Das heißt: Einige klar definierte Schlüsseltechnologien werden streng geschützt, Austausch und Kooperation in anderen Bereichen ermöglicht.
- Die Diasporapolitik des Herkunftslands und die Diasporaakteure sind grundsätzlich voneinander zu unterscheiden. Sprich: Diasporaakteure sind *a priori* nicht verantwortlich für Agenden und Politik des Herkunftsstaats.
- Deutschland sollte gegenüber den hier lebenden Diasporagruppen insgesamt positive Signale senden. Denn die Grundvoraussetzung zur Vermeidung negativer Aspekte von Diasporapolitik besteht in der Integration der jeweiligen Diaspora und darin, ihr das Gefühl von Zugehörigkeit und Anerkennung zu vermitteln.

Sinem Adar/Isabelle Werenfels

Eine konzeptionelle Annäherung an Diasporapolitik

Während politische Akteure in Deutschland sich erst in jüngerer Zeit eingehender mit dem Thema Diaspora beschäftigen, findet sich in der wissenschaftlichen Literatur seit bald drei Jahrzehnten eine wachsende Zahl von Studien dazu. Dabei lag der Schwerpunkt anfänglich vorwiegend auf Diasporagruppen als Akteuren. So haben sich Ethnolog:innen und Soziolog:innen mit den Zugehörigkeiten zum Herkunfts- als auch zum Wohnland, der Integration und mit innerdiasporischen Dynamiken beschäftigt.¹ In diesem Zusammenhang untersuchten Historiker:innen unter anderem die Komplexitäten, mit denen sich Diasporagruppen im ehemaligen Kolonialland konfrontiert sehen. Ökonominen und Migrationsforscher konzentrierten sich auf Diasporaakteure als Triebkräfte von (wirtschaftlicher) Entwicklung im Ursprungsland, etwa durch Rücküberweisungen und Investitionen, sowie als Vermittler von Know-how.² Politikwissenschaftler und Soziologinnen wiederum richteten den Blick auf Diasporaangehörige als politische Akteure und potenzielle Vermittler von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Herkunftsland.³

Seit Beginn der 2000er Jahre geriet zunehmend auch die Diasporapolitik der Herkunftsstaaten in den wissenschaftlichen Fokus.⁴ Damit verbunden waren unter anderem Versuche, diese zu typologisieren, etwa nach Kapazitätsaufbau, Zugeständnis von Rechten und Einforderung von Pflichten der Diasporaakteure.⁵ Das politische System im Herkunftsland spielte in dieser Literatur allerdings keine wesentliche Rolle.

Autokratien und sich autokratisierende Staaten nehmen ihre Bürger:innen im Ausland und deren Nachkommen systematisch in den Blick.

Mit der weltweiten Tendenz zur Erosion von Demokratien und Konsolidierung bestehender Autokratien⁶ hat sich in jüngerer Zeit indes ein neuer Forschungsschwerpunkt herauskristallisiert: die Diasporapolitik autoritärer und sich autokratisierender Staaten.⁷

1 Richard D. Alba/Victor Nee, »Rethinking Assimilation Theory for a New Era of Immigration«, in: *International Migration Review*, 31 (1997) 4, S. 826–874; Yasemin Soysal, »Citizenship and Identity: Living in Diasporas in Post-war Europe«, in: *Ethnic and Racial Studies*, 1 (2000) 23, S. 1–15.

2 Kathleen Newland/Sonia Plaza, *What We Know about Diasporas and Economic Development*, Washington, D.C.: Migration Policy Institute, September 2013 (Policy Brief 5), <<https://tinyurl.com/dtp9nw32>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026); Claire Eldrige, »Migrations of Decolonisation, Welfare, and the Unevenness of Citizenship in Britain, France and Portugal«, in: *Past & Present*, 259 (2023) 1, S. 155–198.

3 Vgl. als frühes Beispiel einer solchen Perspektive Yossi Shain, »Marketing the Democratic Creed Abroad: US Diasporic Politics in the Era of Multiculturalism«, in: *Diaspora: A Journal of Transnational Studies*, 3 (1994) 1, S. 85–111. Vgl. auch José Itzigsohn/Daniele Villacrés, »Migrant Political Transnationalism and the Practice of Democracy: Dominican

External Voting Rights and Salvadoran Home Town Associations«, in: *Ethnic and Racial Studies*, 31 (2008) 4, S. 664–686.

4 Rogers Brubaker/Jaeun Kim, »Transborder Membership Politics in Germany and Korea«, in: *European Journal of Sociology*, 52 (2011) 1, S. 21–75.

5 Mathieu Rilke, »Feeding the Ties to »Home«. Diaspora Policies for the Next Generations«, in: *International Migration*, 53 (2014) 2, S. 397–408.

6 Paula Martini, *Autokratisierung: Spielarten, Mechanismen und begünstigende Faktoren*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Dezember 2024 (Themenlinie Autokratisierung, Arbeitspapier 2/2024), <<https://tinyurl.com/ys422pvd>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

7 Bahar Baser/A. Erdi Öztürk, »Positive and Negative Diaspora Governance in Context: From Public Diplomacy to Transnational Authoritarianism«, in: *Erdogan's Turkey: Islamism, Identity and Memory*, London 2021; Arne F. Wackenhut/Camilla Orjuela, »Engaging the Next Generation: Authoritarian Regimes and Their Young Diaspora«, in: *European Political Science*, 22 (2023), S. 143–158.

Grafik

Verfasstheit der politischen Systeme der Fallbeispiele



Verwendete Indizes: Freedom House, V-DEM, Bertelsmann Transformationsindex (BTI), Economist Intelligence Unit (EIU).
Für die genaue Einordnung der Länder vergleiche die einzelnen Beiträge.

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), 2026 | © CC BY 4.0

Dabei zeigen sich auch Überschneidungen mit der Literatur zu Migrationsdiplomatie, also dem gezielten Einsatz von Migration und Mobilität zu außenpolitischen Zwecken.⁸ In immer mehr Studien wird deutlich, dass Autokratien und Staaten mit sich autokratisierenden bzw. hybriden politischen Systemen ihre Bürger:innen im Ausland und deren Nachkommen systematisch und mit ausgeklügelten politischen Strategien in den Blick nehmen. Dabei differieren die Ziele. So werben Staaten, die hohe Investitionsbarrieren aufweisen, vor allem deshalb um ihre Diaspora, um mit deren Hilfe dennoch an ausländische Direktinvestitionen zu kommen.⁹ Andere suchen ihre Bürger im Ausland und deren Nachkommen als außenpolitische Akteure im Sinne der geo- und regionalpolitischen Ziele sowie des Nation Branding des Ursprungslands zu nutzen.¹⁰ Gut dokumentiert ist in der Literatur überdies die Tendenz solcher Staaten, ihre Staatsbürger im Ausland zu beobachten und teils massiver transnationaler Repression auszusetzen.¹¹

Ein Kriterium für die Auswahl der Fallbeispiele in dieser Studie – China, Eritrea, Indien, Marokko, Russland und die Türkei – ist denn auch das politische System. Zwar sind diese Staaten auf einem Spektrum von demokratisch zu autokratisch ganz

unterschiedlich anzusiedeln.¹² Eine liberale Demokratie findet sich darunter aber nicht. Indien kann als das Fallbeispiel mit den mit Abstand größten politischen Freiheiten gelten, während Eritrea zu den autoritärsten Staaten weltweit gehört (siehe Grafik).

Neben dem politischen System spielen bei der Diasporapolitik des Herkunftslands sowie deren Reichweite und Grenzen in Deutschland demographische, historische und (geo-)politische Faktoren eine wichtige Rolle. Diese umfassen die Größe der Diaspora, den Zeitpunkt und die Gründe der Migration nach Deutschland, die Verwurzelung der Diaspora im Herkunfts- und im Wohnland, die Qualität der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und dem Herkunftsland und nicht zuletzt die Frage, wie willkommen sich eine Diaspora in Deutschland fühlt und welches gesellschaftliche Ansehen sie in Deutschland genießt.

Diese Kriterien spiegeln sich ebenfalls in der Fallauswahl wider, und die Bandbreite ist groß. Dies gilt sowohl hinsichtlich der Frage, wie die jeweilige Diaspora in Deutschland wahrgenommen wird und ihrerseits Deutschland wahrnimmt, als auch im Hinblick auf die historischen und gesellschaftlichen Verflechtungen mit Deutschland. Zum Beispiel dürften sich Vertreter der marokkanischen oder eritreischen Diaspora mit anderen, häufig rassistischen Vorurteilen konfrontiert sehen als indische Diasporaakteure, denen oftmals der Ruf von »Techies« vorausseilt. Im Vergleich zur indischen lebt wiederum die türkische Diaspora schon lange in Deutschland, was sich unter anderem in einer gewachsenen Struktur eigener Vereine und zivilgesellschaftlicher Organisationen ausdrückt. Auch solche Aspekte beeinflussen die Konzeption von Dias-

8 Gerasimos Tsourapas, *Migration Diplomacy in the Middle East and North Africa. Power, Mobility, and the State*, Manchester 2021.

9 Seungbin Park, »Courting Foreign Direct Investment from Diasporas: Are Diaspora Engagement Policies Effective? Under What Conditions?«, in: *Pacific Focus*, 36 (2021) 2, S. 252 – 286.

10 R. S. Hedge, »Renewing Diasporic Bonds and the Global Branding of India«, in: R. S. Hedge/A. K. Sahoo (Hg.), *Routledge Handbook of the Indian Diaspora*, London 2017, S. 269 – 281.

11 Carsten Schäfer, *Chinas Diasporapolitik unter Xi Jinping*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, September 2022 (SWP-Studie 9/2022), doi: 10.18449/2022S09.

12 Paula Martini, *Im Dschungel der Indizes: Wie wird Autokratisierung verstanden und gemessen?*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, August 2024 (Themenlinie Autokratisierung, Arbeitspapier 1/2024), <<https://tinyurl.com/y3esc37f>>.

porapolitik im Herkunftsland und deren Wirkung im Wohnland. Deutschland hingegen schenkt ihr jenseits des prominenten und oft polemisch diskutierten türkischen Falls¹³ recht wenig Beachtung.

In diese Studie sind nur Staaten einbezogen worden, die eine klar identifizierbare Politik gegenüber jenen Akteuren verfolgen, die sie als ihre Diaspora definieren, und die überdies ein gesteigertes politisches Interesse an ihrer Diaspora in Deutschland haben – unabhängig von deren realer Größe.

Gerade an der Definition dessen, was als Diaspora gilt oder zu gelten hat, scheiden sich in der Wissenschaft wie in der Politik die Geister. Ursprünglich bezog sich der Terminus auf exilierte Bevölkerungsgruppen wie Juden, Armenier und Griechen. Im Mittelpunkt standen die Vertreibung und ihre Auswirkungen auf Identität und Zugehörigkeit. Seit den 1990er Jahren ist die wissenschaftliche Diskussion über Diaspora jedoch in eine neue Phase eingetreten, in deren Verlauf der Gehalt des Begriffs enorm erweitert wurde.¹⁴ Drei Faktoren prägen gemäß der Literatur eine Diaspora: erstens eine transnationale Gemeinschaft, die aus freiwilliger oder unfreiwilliger Auswanderung entstanden ist, zweitens eine Orientierung zum Herkunftsland und drittens die generationenübergreifende Bewahrung einer Gruppenidentität.¹⁵ Dementsprechend werden Diasporagruppen nach Nationalität (z. B. türkisch, marokkanisch, indisch), Ethnizität (z. B. kurdisch oder tamilisch), Religion (z. B. Muslim oder Hindu) und sogar nach Eigenschaften wie »digital« kategorisiert.

Die genannten Faktoren sind allerdings so breit gefasst, dass fast jede Form von Migration und transnationaler Gruppierung als Diaspora bezeichnet werden könnte. Solche Flexibilität bei der Verwendung des Terminus hat zu einer heftigen Debatte darüber geführt, was Diaspora eigentlich ist. »Wenn alles als Diaspora bezeichnet wird, kann man [im analytischen Sinne] nicht mehr von einer Diaspora

sprechen«, monierte der Soziologe Rogers Brubaker in einem 2005 veröffentlichten Artikel.¹⁶

In dieser Studie legen sich die Autor:innen nicht auf eine Definition fest, sondern halten sich, ausgehend von Brubakers Diktum »diaspora is in the first line a category of practice«,¹⁷ in den jeweiligen Fallstudien an jene, die das Herkunftsland im Kontext seiner Diasporapolitik nutzt.

Herkunftsländer bestimmen in der Regel eindeutiger, wer zu ihrer Diaspora gehört, als das Wohnland Deutschland.

Dabei gilt es zu beachten, dass die Herkunftsländer in der Regel eindeutiger bestimmen, wer zu ihrer Diaspora gehört, als das Wohnland Deutschland. So antwortete die Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage 2020: »Die Bundesregierung arbeitet nicht mit dem Begriff ›Diasporagruppe‹.«,¹⁸ Gleichwohl findet sich etwa auf der Webseite des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) eine Diasporadefinition,¹⁹ auch taucht der Begriff in Dutzenden von Dokumenten unterschiedlicher Ministerien sowie des Bundestags auf, und zwar seit sechs, sieben Jahren mit zunehmender Tendenz. Zudem werden Diasporaakteure immer häufiger in Grundsatzdokumente der Bundesregierung einbezogen, etwa in die »Leitlinien Afrikapolitik« des Jahres 2025.²⁰ Oftmals geht indes aus den offiziellen Dokumenten nicht klar hervor, wer genau zur Diaspora gezählt wird: nur Bürger mit doppelter Staatsbürgerschaft oder auch deren Nachkommen oder aber alle, die sich selbst als solche

¹³ Sinem Adar u. a., *The Turkish Diaspora Landscape in Western Europe. Between AKP's Power Aspirations and Migrants Grievances*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Mai 2024 (SWP-Comment 20/2024), doi: 10.18449/2024C20.

¹⁴ Khatchig Tölölyan, »The Nation-State and Its Others: In Lieu of a Preface«, in: *Diaspora: A Journal of Transnational Studies*, 1 (1991), S. 3–7.

¹⁵ Jonathan Grossman, »Toward a Definition of Diaspora«, in: *Ethnic and Racial Studies*, 42 (2019) 8, S. 1263–1282.

¹⁶ Rogers Brubaker, »The ›Diaspora‹ Diaspora«, in: *Ethnic and Racial Studies*, 28 (2005) 1, S. 1–19.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Ulrich Oehme, Markus Frohnmaier, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD – Drucksache 19/19315, Deutscher Bundestag, Bundestags-Drucksache 19/20015, 16.6.2020, <<https://dsrserver.bundestag.de/btd/19/200/1920015.pdf>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

¹⁹ Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), »Diaspora«, in: *Lexikon der Entwicklungspolitik*, <<https://tinyurl.com/3j7592zm>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

²⁰ Die Bundesregierung, *Gemeinsam Partnerschaften gestalten in einer Welt im Wandel. Afrikapolitische Leitlinien der Bundesregierung*, Berlin, Januar 2025, <<https://tinyurl.com/2amaah2h>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

verstehen? Diese definitorische Unschärfe, die vielen offiziellen Papieren zugrunde liegt, dürfte aber den komplexen Wahrnehmungen der Diasporaakteure selbst eher entsprechen als die klaren Zuschreibungen bzw. Kategorisierungen, welche die Herkunftsstaaten vornehmen.

Das vielschichtige Selbstverständnis der Diasporaakteure hält für die Analyse von Diasporapolitik autoritärer und sich autokratisierender Staaten eine Reihe von konzeptionellen Fallstricken bereit. Fühlen sich zum Beispiel jene, für die Diasporapolitik im Herkunftsland entwickelt wird, überhaupt angesprochen? Stimmen Motivation und Ziele der jeweiligen Diasporapolitik mit den Interessen derer überein, die als Diaspora definiert werden – einschließlich der postmigrantischen Generationen, also der im Wohnland geborenen Nachkommen der Migrant:innen? Und nicht zuletzt: Handelt es sich auch nur ansatzweise um Akteursgruppen mit homogenen Vorstellungen, Wahrnehmungen, Einstellungen und Identitäten sowie um Gruppen, die sowohl Deutschland als auch ihrem Herkunftsland gegenüber loyal sind? Auch wenn der Fokus dieser Studie auf der Diasporapolitik und nicht auf den inner-diasporischen Dynamiken liegt, werden diese in den einzelnen Fallstudien berücksichtigt. Denn neben den Zielen und Instrumenten werden auch die Grenzen der jeweiligen Diasporapolitik angedeutet, und diese werden unter anderem durch die Zusammensetzung der adressierten Diaspora und deren womöglich heterogenes Selbstverständnis gesetzt. Die Einsicht in solche Dynamiken und potenziell daraus resultierende Spannungen ist für Deutschland relevant, wenn es um die Beziehungen sowohl zu den hier lebenden Akteuren mit Migrationshintergrund und deren Nachkommen als auch zu den Herkunftsstaaten geht.

Nicht zu unterschätzen ist schließlich das Risiko, die Diasporapolitik autoritärer und sich autokratisierender Staaten *a priori* als negativ und die bilateralen Beziehungen belastend zu bewerten. In den hier geschilderten Beispielen für Diasporapolitik lassen sich durchaus auch konstruktive Ansätze erkennen, die Aufmerksamkeit oder Unterstützung seitens der deutschen Politik verdienen. Ziel dieser Studie ist es denn auch herauszuarbeiten, was die einzelnen Ansätze und ihre Wirkung eint und worin sie sich unterscheiden, damit Berlin nuancierter als bisher damit umgehen kann.

Carsten Schäfer

Chinas Diasporapolitik

In China rückte die sogenannte Diaspora mit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik im Jahre 1978 in den Fokus der Regierung. Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) sieht sie seither als zentrale Ressource für Chinas wirtschaftlichen und politischen Aufstieg. Tatsächlich erwiesen sich die Auslandschines:innen mit ihrer Finanzkraft und ihren Handelskontakten rasch als »Glücksfall« (Deng Xiaoping) für Chinas Modernisierungsprojekt. Hatte Chinas Diasporapolitik in den 1980er Jahren eine klar wirtschaftspolitische Ausrichtung, stehen heute zunehmend außen- und geopolitische¹ Zielsetzungen im Vordergrund. Für Xi Jinping spielen Auslandschines:innen »eine unersetzliche Rolle bei der Verwirklichung des chinesischen Traums«² – der darin besteht, das (stark autoritäre) Land bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts zu einer Weltmacht zu entwickeln.³

Die Hinwendung zur Diaspora überrascht nicht: Peking geht davon aus, dass weltweit 60 Millionen Auslandschines:innen leben. Nach chinesischem Verständnis gehören dabei nicht nur chinesische Staatsangehörige zur Diaspora, sondern alle chinastämmigen Menschen – unabhängig von Staatsbürgerschaft und Geburtsort. Sie alle werden als Teil der »großen chinesischen Familie« begriffen. Im Sinne dieses Selbstverständnisses appelliert Peking mit einer gezielten Identitäts- und Mobilisierungspolitik an »Patriotismus« und Loyalität der Auslandschines:innen.

Infobox 1: Emigration, Rückkehr, Braindrain

Schätzungen zufolge leben rund 60 Millionen Auslandschines:innen in über 130 Ländern. In Europa – vor allem in Frankreich und Großbritannien – waren im Jahr 2015 etwa 2,8 Millionen chinesische Staatsangehörige gemeldet.

In Deutschland halten sich rund 222.000 Menschen mit chinesischem Migrationshintergrund auf, darunter etwa 80.000 mit chinesischer Staatsbürgerschaft. Besonders zugenommen hat die Zahl chinesischer Studierender (2023: etwa 42.500, die damit die zweitgrößte Studierendengruppe aus dem Ausland stellen). Hinzu kommen rund 4.600 Forschende sowie etwa 3.250 chinesische Unternehmen.

Nach jahrelangem Braindrain dreht sich – global gesehen – der Trend: Allein im Jahr 2024 sollen etwa 495.000 Hochqualifizierte nach China zurückgekehrt sein. China ist weltweit eines der wichtigsten Empfängerländer von Rücküberweisungen (2024: rund 48 Milliarden US-Dollar); etwa 752 Millionen US-Dollar stammen aus Deutschland, das damit in finanzieller Hinsicht zu den bedeutenderen Wohnländern zählt (Rang 11 von 130).

Motive, Interessen und Ziele

China hat seine Diasporapolitik in den vergangenen zwei Jahrzehnten ausgeweitet und strategisch neu ausgerichtet. Peking verfolgt heute eine Agenda, die wirtschaftliche, technologische und außenpolitische Zielsetzungen miteinander verbindet. Im Detail:

Förderung von Handel und Investitionen

Wirtschaftliche Ziele standen lange im Zentrum der Diasporapolitik. Ging es Peking dabei zunächst vor allem um Rücküberweisungen, Direktinvestitionen und den Import von Managementwissen, steht heute eher die Aktivierung transnationaler Wirtschaftsnetzwerke im Vordergrund. Auslandschinesische Unternehmerverbände und -netzwerke werden als Infrastrukturen betrachtet, über die Kapital, Marktinformationen und

1 Stefanie Kam, *Global Ambassadors or Agents of Influence?*, Singapur: RSIS, 2024 (IDSS Paper 90), S. 4.

2 »Xi's Remarks on Importance of Overseas Chinese«, in: *China Daily*, 31.8.2023, <<https://tinyurl.com/2ef7uzru>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

3 Internationalen Indizes zufolge gilt China als stark autoritär: Freedom House (9/100 – not free, 2026); V-Dem (closed autocracy, 2026), Bertelsmann Transformationsindex (3,18 – harte Autokratie, 2026).

-zugänge sowie Geschäftskontakte und Kooperationsbeziehungen mobilisiert werden können. Gerade im Kontext der Neuen Seidenstraße sind Auslandschines:innen als Vermittler zwischen China und dem Ausland vorgesehen.⁴

Talentgewinnung und Technologietransfer

Außerdem möchte China Zugriff auf moderne Technologie und »Talente« (*rencai*) erhalten. Spätestens seit der Amtszeit Hu Jintao (2002 – 2012) strebt die chinesische Führung den Übergang zu einem innovationsorientierten Entwicklungsmodell an, das langfristig die Grundlage für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum schaffen soll. Unter Xi Jinping hat sich diese Entwicklung weiter intensiviert: China plant, bis 2030 ein »führender Innovator« in Forschung und Wissenschaft zu werden, bis 2049 dann eine »Wissenschafts- und Technologiemacht von Weltrang«.⁵ Der Diaspora kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu: Die nach Peking Schätzung etwa vier Millionen chinastämmigen Wissenschaftler:innen und Studierenden in aller Welt werden gezielt als potenzielle Partner:innen für Technologietransfer, Forschungskooperationen und den Aufbau global vernetzter Innovationsstrukturen angesprochen – etwa mithilfe staatlicher Rekrutierungsprogramme wie dem »Thousand Talents Plan«, mit staatlichen Innovationsparks oder speziellen Steuererleichterungen. Ging es China zunächst darum, verlorene Fachkräfte und Auslandsstudierende ins Land zurückzuholen, wurde 2001 erstmals die Idee entwickelt, Chinastämmige könnten China auch »vom Ausland aus dienen«. Unter Xi Jinping rückt dieser Ansatz in den Fokus: Chinastämmige, die im Ausland Spitzenpositionen in Wissenschaft und Forschung besetzen, werden zunehmend ermutigt, nicht dauerhaft nach China zurückkehren, sondern das im Ausland erworbene Wissen bei Kurzaufenthalten im Land weiterzugeben.⁶

Die globale Wissenszirkulation soll systematisch mit nationalen Innovationszielen verknüpft werden.

Diasporapolitik fungiert an dieser Stelle als Ergänzung industriepolitischer Strategien: Die globale Wissenszirkulation soll systematisch mit nationalen Innovationszielen verknüpft werden. Gerade in technologisch sensiblen Bereichen gewinnt diese Dimension strategisch an Bedeutung, geht es doch darum, Abhängigkeiten ab- und eigene Innovationskapazitäten auszubauen sowie in Zukunftstechnologien die Führung zu übernehmen. Deutschland spielt dabei als Zielraum chinesischer Wissens- und Talentmobilität eine wichtige Rolle.⁷

»Diskursmacht« und internationale Einflussnahme

Zu den zentralen Veränderungen in der chinesischen Diasporapolitik unter Xi Jinping zählt die Betonung öffentlicher Diplomatie und internationaler Propagandarbeit unter Einbeziehung der Auslandschines:innen.⁸ Die chinesische Regierung betrachtet die Diaspora als *grassroots ambassadors*, die das Bild Chinas im Ausland positiv beeinflussen, im Sinne der strategischen Interessen des Landes agieren und dessen politischen Einfluss ausweiten sollen.⁹

Dahinter steht eine breiter angelegte Strategie zur Entfaltung von »Diskursmacht«, also der Fähigkeit Pekings, eigenen Narrativen global Gehör zu verschaffen und Unterstützung für chinesische Positionen in Politik, Medien und internationalen Organisationen zu mobilisieren. Im September 2019 erklärte Xi Jinping auf der Nationalen Konferenz zur Arbeit der Parteischulen, dass China zwar wirtschaftlich und militärisch stark geworden sei, auf der internationalen Bühne jedoch nicht ausreichend gehört werde. Entsprechend sei »das Ringen um Diskursmacht die große Frage, die wir zu lösen haben«.¹⁰ Xi kritisierte insbesondere, das internationale Diskurssystem werde

4 Report on Development of World Overseas Chinese Entrepreneurs, Peking: Center for China and Globalization, November 2016, S. 1, <<https://tinyurl.com/bdfbaf29>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

5 »President Xi's Speech on Science, Technology Published«, in: *China Daily*, 2.6.2016, <<https://tinyurl.com/42mhdcu6>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

6 David Zweig, *The War for Chinese Talent in America*, Ann Arbor, MI: Association for Asian Studies, 2024, S. 16.

7 Max Zenglein/Anna Holzmann, *Chinas industriepolitische Strategie*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2020 (WISO direkt 07).

8 Kam, *Global Ambassadors* [wie Fn. 1], S. 2.

9 Jiaqi Liu, »Diaspora Politics and a Rising China: Ambivalent Ties amid Geopolitical Changes«, in: *Handbook of Chinese Migration to Europe*, Leiden 2025, S. 274 – 296.

10 »Women kao shenme jie jue aima wenti« [Wie wir das Problem lösen können, beschimpft zu werden], *Xinhua*, 26.9.2016, <<https://tinyurl.com/rd4cs3px>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

vom Westen dominiert, und forderte, sein Land müsse proaktiv »gute Geschichten über China erzählen«¹¹ – das heißt, ein positives Bild Chinas verbreiten, um die internationale Ordnung stärker als bisher mitbestimmen zu können und vermeintliche westliche Fehlwahrnehmungen aktiv zu bekämpfen. Schon auf dem Parteitag des Jahres 2017 war der Aufbau von »Diskursmacht« als offizielles Ziel formuliert worden.¹²

Infobox 2: Institutionen und Instrumente

- Abteilung für Einheitsfrontarbeit (UFWD): wichtigste Parteiinstitution zur Steuerung der Beziehungen zur Diaspora. Zwei der insgesamt zwölf UFWD-Abteilungen (das Overseas Chinese Affairs General Bureau und das Overseas Chinese Affairs Bureau) sind für Netzwerkpflege, Einflussnahme und Mobilisierung der Diaspora zuständig.
- Overseas Chinese Affairs Office (OCAO): früher eigenständige Regierungsbehörde, 2018 in die UFWD integriert. Die Bezeichnung wird in der Interaktion mit der Diaspora teils aber weiterhin verwendet.
- Allchinesischer Verband der Rückkehrer aus Übersee: Interessenvertretung von Rückkehrern; Vernetzung mit der Diaspora; übernahm nach 2018 ebenfalls Funktionen des ehemaligen OCAO.
- Konsulate/Botschaften: Beziehungspflege zu Diasporaverbänden.

Mit Blick auf die Auslandschines:innen hatte Xi Jinping 2014 erstmals davon gesprochen, dass diese »der Stimme Chinas Gehör verschaffen« und »Geschichten über China gut erzählen« müssten¹³ – konkret also Chinas Außendarstellung aufwerten und dem eigenen Narrativ Deutungshoheit verschaffen. Auch Chinastämmige in Deutschland werden explizit dazu aufgerufen.¹⁴

11 »Wu wei yi ti« [Die Fünf-in-eins-Strategie], in: *People's Daily*, 7.9.2021, <<http://politics.people.com.cn/n1/2021/0907/c1001-32219439.html>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

12 Dong Zhenhua, *Zhongguo tese shehuizhuyi wei shijie gongxian le shenme* [Der weltweite Beitrag des Sozialismus chinesischer Prägung], Peking 2022, S. 206.

13 Xi Jinping, *China regieren*, Peking 2014, S. 77.

14 Außenministerium der VR China, »Zhu deguo dashi Wu Ken jieshou de huaren wangluo meiti zhuanfang« [Der chinesische Botschafter in Deutschland, Wu Ken, gibt chinesischen Online-Medien in Deutschland ein Interview], 11.5.2019, <<https://tinyurl.com/3h5zycm9>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

Institutionen und Instrumente

Lange Zeit fungierte das *Overseas Chinese Affairs Office* (OCAO), angesiedelt im Staatsrat der Volksrepublik (VR) China, als zentrale Institution der Diasporapolitik. Daneben existierte eine über Jahrzehnte gewachsene Zahl weiterer Behörden, die mit der Implementierung der Diasporapolitik betraut waren. 2018 wurde eine grundlegende institutionelle Neuordnung eingeleitet: Seither ist die Diasporapolitik der »Einheitsfrontabteilung« (*United Front Work Department*, UFWD) unterstellt und damit erstmals unmittelbar der KPCh zugeordnet – also nicht mehr primär staatlichen Verwaltungsstrukturen, sondern dem Parteiapparat, der im chinesischen System die maßgebliche politische Instanz darstellt.¹⁵

Die Idee der Einheitsfront, die ursprünglich auf die revolutionäre Phase der KPCh vor Gründung der Volksrepublik China zurückgeht, zielte darauf, nicht-kommunistische Gruppen inner- und außerhalb Chinas in ein breiteres politisches Bündnis einzubinden, um Unterstützung zu gewinnen und oppositionelle Kräfte zu schwächen. Heute umfasst die Einheitsfrontpolitik ein breites Spektrum an Maßnahmen zur Mobilisierung und Kontrolle von Akteuren außerhalb der Partei – etwa Privatunternehmer:innen, Minderheiten oder Mitgliedern der chinesischen Diaspora.

Mit der Überführung des OCAO in die Einheitsfrontabteilung der KPCh wurden institutionelle Doppelstrukturen abgebaut und die hierarchischen Zuständigkeiten geklärt. Dadurch ist die Partei in der Lage, Aktivitäten gegenüber Auslandschines:innen kohärenter als zuvor zu bündeln und zu lenken. Die Reformen unterstreichen den Bedeutungszuwachs der Diaspora für die strategischen Ziele der Volksrepublik. Durch die Integration in die Einheitsfrontarchitektur wird Diasporapolitik heute als Teil eines umfassenden politischen Steuerungsfeldes verstanden, das Beziehungen zu Überseechines:innen systematisch pflegt und ihre Ressourcen in staatliche Entwicklungs- und Einflussstrategien einbindet: Diasporapolitik ist heute ein integraler Bestandteil chinesischer Außenpolitik.

Um diese Ziele zu verwirklichen, errichtet der chinesische Parteistaat im Ausland Strukturen, die speziell auf Diasporaangehörige ausgerichtet sind. Dazu gehören Migrantenverbände, aber auch chinesische

15 Siehe dazu Alex Joske, *The Party Speaks for You. Foreign Interference and the Chinese Communist Party's United Front System*, Canberra: Australian Strategic Policy Institute (ASPI), 2020 (Policy Brief Report 32/2020).

Sprachschulen für Nachkommen der ersten Einwanderergenerationen oder Medienplattformen, die in enger organisatorischer Verbindung zu parteistaatlichen Stellen stehen. Diese Einrichtungen fungieren als Schnittstellen zwischen chinesischen Akteuren und Diasporagruppen und sollen eine kontinuierliche Mobilisierung der Diaspora ermöglichen. Mitglieder solcher Verbände, Medienschaffende und Schüler:innen werden regelmäßig zu Reisen oder Schulungen nach China eingeladen. Solche Programme schaffen Gelegenheiten zur Vermittlung offizieller Positionen und sollen dazu beitragen, politische Loyalität gegenüber China zu festigen. Chinesische Offizielle wiederum statten Diasporaorganisationen im Ausland Besuche ab, um Kontakte zu pflegen, neue Kooperationen anzustoßen und bestehende Netzwerke zu konsolidieren. Auch chinesische Konsulate und Botschaften spielen hierbei eine Schlüsselrolle.¹⁶

Infobox 3: Rechtliche Grundlagen

Die VR China erkennt keine doppelte Staatsangehörigkeit an. Die chinesische Rechtsordnung unterscheidet formal zwischen chinesischen Staatsbürger:innen im Ausland (*huaqiao*) und ethnischen Chines:innen mit ausländischer Staatsbürgerschaft (*huaren*). Zugleich ist Diasporapolitik aber von der Idee geprägt, chinastämmige Personen – unabhängig von ihrem rechtlichen Status als Staatsbürger:in oder Ausländer:in – von nicht-chinastämmigen »gewöhnlichen Ausländer:innen« zu unterscheiden. Sowohl *huaqiao* als auch *huaren* gelten explizit als Zielgruppe der Diasporapolitik. Die rechtliche Kategorie der Staatsbürgerschaft wird folglich durch politische Instrumente ergänzt, die über den reinen Rechtsstatus hinausweisen.

Aufsehen erregt haben in diesem Kontext vor einigen Jahren die »chinesischen Polizeistationen« im Ausland. Nach außen hin Konsular- und Serviceeinrichtungen, können sie zugleich der Beobachtung und Kontrolle von Auslandschines:innen dienen. In Deutschland gab es im März 2023 mindestens zwei solcher Einrichtungen, die als »informelle Außenposten lokaler chinesischer Polizeieinheiten« fungieren und von Diasporaangehörigen geleitet werden. Neben Rechtsberatung und behördlichen Angelegenheiten (z. B. Führerscheinerlängerung, Beglaubigungen, Heirat, Urkunden etc.) widmen sie sich der Pro-

pagierung politischer Leitlinien, sammeln Informationen über Mitglieder der Diaspora¹⁷ oder sorgen für die Rückführung chinesischer Staatsbürger:innen.¹⁸ Bislang sind diese »Polizeistationen« nicht zentral organisiert, sondern gehen auf Initiativen lokaler Akteure auf der chinesischen Kreisebene zurück. Sie lassen sich dennoch als Bestandteil eines transnationalen Steuerungsansatzes und eines neuen Selbstverständnisses verstehen, die darauf zielen, Diasporagruppen durch permanent vorhandene Präsenzstellen im Ausland an sich zu binden und zu kontrollieren.

Es gibt Projekte, systematisch Daten zu Herkunft, Organisationen, Unternehmen und Medien von Diasporaangehörigen zu erheben.

Seit der Corona-Pandemie kommen außerdem zunehmend digitale Maßnahmen zum Einsatz. Mithilfe moderner Kommunikationstechnologien erproben lokale Behörden in China – darunter Gerichte, Polizei und Justiz – neue Wege, um Diasporaakteure zu erreichen, zu betreuen oder politisch zu steuern.¹⁹ Über Kanäle wie Weixin, Apps oder eigens geschaffene behördliche Internetplattformen werden offizielle Dienste wie Online-Gerichtsverfahren, notarielle Beglaubigungen und Chatgruppen zu Rechtsfragen angeboten oder offizielle Narrative und Chinas Kultur im Ausland verbreitet.²⁰ Vorsitzende von Diasporaverbänden vor Ort fungieren dabei als Partner:innen; sie koordinieren diese Angebote und unterstützen die Behörden bei der Umsetzung. Auch gibt es – bislang lokal begrenzte – Projekte, systematisch Daten zu Herkunft, Organisationen, Unternehmen und Medien

16 Bundesministerium des Innern, *Verfassungsschutzbericht* 2024, Berlin, Mai 2025, S. 316.

17 »Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter vom 2. März 2023«, in: Deutscher Bundestag, *Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 27. Februar 2023 eingegangenen Antworten der Bundesregierung*, Drucksache 20/5883, Berlin, 3.3.2023, S. 22.

18 Safeguard Defenders, *110 Overseas: Chinese Transnational Policing Gone Wild*, Madrid 2020 (Investigations and Briefings), S. 9.

19 Mette Thunø/Yiwen Wang, »China's Smart Diaspora Governance: Extraterritorial Social Control through Digital Platforms«, in: *Journal of Current Chinese Affairs*, 54 (2025) 1, S. 48 – 72 (48).

20 Li Jiabao, »Hulianwang + qiaowu dajian xin qiao liang« [Internet + Auslandschinesenarbeit bauen eine neue Brücke zur Diaspora], in: *People's Daily*, 4.12.2019, <<http://it.people.com.cn/n1/2019/1204/c1009-31488794.html>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

von Diasporaangehörigen zu erheben.²¹ Wie die Existenz der »Polizeistationen« verwischt diese seit einigen Jahren betriebene Schaffung digitaler Verwaltungsstrukturen die geographische Distanz zwischen Diaspora und Herkunftsstaat, der zunehmend nach unmittelbarer Präsenz im Ausland strebt.

Nicht zuletzt gehören Spionage und transnationale Repression in diesen Kontext. Der chinesische Geheimdienst kooperiert teilweise mit in Deutschland lebenden Personen chinesischer Herkunft, um Oppositionelle auszuspähen. Das Oberlandesgericht Dresden bestätigte im September 2025 einen solchen Fall und machte deutlich, wie weit Chinas Arm mittlerweile reicht.²²

Grenzen der chinesischen Diasporapolitik

Trotz fortschreitender Institutionalisierung bleibt Chinas Diasporapolitik in ihrer Wirkung begrenzt. Zum einen trifft Chinas Politik auf eine hochgradig heterogene Diaspora. Die große Mehrheit der Chinastämmigen in Deutschland ist nicht in Verbänden organisiert, die Verbindungen zur chinesischen Einheitsfront aufweisen. Sind chinesische Vertreter:innen zu Besuch, nehmen häufig nur zehn bis dreißig Personen an Zusammenkünften teil. Die Menschen chinesischer Herkunft in Deutschland lassen sich großenteils nicht politisch vereinnahmen. Selbst jene, die Kontakte zur Einheitsfront unterhalten, tun dies nicht zwangsläufig aus Loyalität oder politischer Überzeugung, sondern auch zur Verfolgung eigener, etwa wirtschaftlicher Interessen. Über Migrantenverbände bleibt der Einfluss Peking auf chinesische Gemeinden in Deutschland somit überschaubar.

Darüber hinaus arbeiten einige Minderheitengruppen wie die in Deutschland politisch organisierten Uiguren oder Hongkong-Chines:innen aktiv gegen die KPCh. In jüngerer Zeit gab es auch Ad-hoc-Proteste: In den USA, Deutschland und anderen Ländern organisierten chinesische Studierende Ende 2022 beispielsweise Demonstrationen, um sich mit den Null-Covid-Protesten in China zu solidarisieren. Noch weniger Wirkung entfaltet Chinas Diasporapolitik unter postmigrantischen Generationen, die sich stärker mit

ihren Geburtsländern und deren freiheitlichen Systemen identifizieren als mit dem autoritären China.²³

Komplexer fällt die Beurteilung allerdings im Hinblick auf die digitalen Strukturen aus, die sich in den letzten Jahren herausgebildet haben. Im Gegensatz zu den traditionellen Kommunikationskanälen – Migrantenverbände, Medien und Sprachschulen – sind die neu geschaffenen technikbasierten Diasporastrukturen potenziell niedrigschwelliger zu erreichen und für Außenstehende schwerer zu erkennen. Fallstudien zeigen, dass digitale Ad-hoc-Netzwerke, die chinesische Behörden mithilfe von Diasporaverbänden etwa während der Corona-Pandemie über WeChat aufbauten, rasch enorme Reichweiten erzielten – und auf Anhieb mehr Mitglieder verzeichneten als viele alteingesessene Migrantenvereine: Mit über hundert WeChat-Gruppen mit jeweils etwa 500 Mitgliedern soll es chinesischen Konsulaten gelungen sein, kurzfristig einen erheblichen Anteil der chinesischen Diaspora in Europa unmittelbar zu erreichen.²⁴

Zum anderen stößt Chinas Diasporapolitik auch deshalb an Grenzen, weil viele Staaten mittlerweile Maßnahmen gegen die politische Einflussnahme ergreifen. Dazu gehört etwa der kanadische *Countering Foreign Interference Act*, der nicht zuletzt wegen chinesischer Einflussversuche erlassen wurde. In Deutschland wird man sich dessen ebenfalls zunehmend gewahr. Ein Beispiel dafür ist, dass die »Polizeistationen« rasch in den Fokus der Sicherheitsbehörden gerieten. Im November 2022 forderte das Auswärtige Amt China schließlich offiziell zur Schließung entsprechender Einrichtungen auf.²⁵

Relevanz für Deutschland

Während sich Chinas Diasporapolitik im Bereich wirtschaftlicher Zielsetzungen mit deutschen Interessen überschneiden kann, fällt die Bewertung in anderen Bereichen ambivalenter aus.

21 Thunø/Wang, »China's Smart Diaspora Governance« [wie Fn. 19], S. 62.

22 Sächsische Staatskanzlei, »Urteil im Verfahren gegen Jian G. und Jiaqi X. wegen Geheimdienstlicher Agententätigkeit verkündet«, *sachsen.de*, 30.9.2025, <<https://tinyurl.com/3kb82e37>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

23 Sheng Ding, »New Generation Brings New Challenges for China's Diaspora Engagement«, in: *East Asia Forum*, 13.7.2025, <<https://tinyurl.com/mvsjnm6a>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

24 Thunø/Wang, »China's Smart Diaspora Governance« [wie Fn. 19], S. 57f.

25 Auswärtiges Amt, »Erklärungen des Auswärtigen Amtes in der Regierungspressekonferenz vom 15.05.2023«, Berlin, 15.5.2023, <<https://tinyurl.com/32ejx3e2>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

Nachvollziehbar ist, dass China mithilfe der Diasporapolitik versucht, den über Jahrzehnte anhaltenden Brain drain umzukehren. Als problematisch erweisen sich diese Programme allerdings dann, wenn sie nicht darauf ausgerichtet sind, im Ausland ausgebildete Fachkräfte ins Land zurückzuholen, sondern an Fachkräfte appellieren, »China vom Ausland aus zu dienen«; Auslandschinesische Fachkräfte sollen dabei nur temporär nach China zurückkehren, um im Ausland erworbenes Wissen zu transferieren, während ihre eigentliche Forschungsinfrastruktur im Ausland verbleibt. Auf diese Weise wird hochqualitative Forschung effektiv abgeschöpft. Insbesondere in den USA hat das zu drastischen Gegenmaßnahmen geführt, die Forschungsk Kooperationen mit China stark einschränken.²⁶ Für Deutschland ergeben sich hieraus erhebliche Herausforderungen: Einerseits kann Chinas Politik den Diebstahl geistigen Eigentums begünstigen oder sensible Infrastruktur berühren; andererseits bleibt die Forschungsk Kooperation mit China weiterhin in vielen Feldern wünschenswert – etwa in der Klimaforschung. Von deutscher Seite erfordert dies eine sorgfältige Abwägung von Chancen und Risiken der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit China. Technologiepolitische Schutzmaßnahmen ostasiatischer Industrienationen wie Japan und Südkorea zeigen, dass eine strategische Absicherung sensibler Schlüsseltechnologien und eine selektive Neubewertung der Kooperation mit China keinesfalls zu einer umfassenden wirtschaftlichen Entkopplung führen müssen.

Problematisch ist zudem die Verbreitung staatlicher Narrative als Bestandteil gezielter Machtpolitik, da diese Problemdeutungen im Sinne der KPCh prägen und zur Legitimation chinesischer Ansprüche und Interessen beitragen sollen – etwa gegenüber Taiwan oder dem Schiedsgericht in Den Haag, das chinesische Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer zurückgewiesen hat. Teils stehen chinesische Positionen dabei deutschen Grundsätzen wie dem Festhalten an der regelbasierten internationalen Ordnung gegenüber. Hier gilt es, entsprechende Resilienz gegen Auslandspropaganda zu entwickeln.

26 Zweig, *The War for Chinese Talent in America* [wie Fn. 6], S. 63.

Die Vereinnahmung der Diaspora kann Entfremdung und Desintegration befördern.

Nicht zuletzt läuft Chinas Identitätspolitik der deutschen Integrationspolitik zuwider. Laut dem deutschen Innenministerium heißt »gelungene Integration« unter anderem, »sich einer Gemeinschaft zugehörig zu fühlen. Sie bedeutet die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses, wie wir in der Gesellschaft zusammenleben«.²⁷ »Integration« bezieht sich mithin nicht nur auf Teilhabe, sondern auch auf ein Identitätsgefühl. Die Vereinnahmung der Diaspora als unbedingter Teil der chinesischen Nation kann dem gegenüber Entfremdung und Desintegration befördern. Bemerkenswert ist, dass die KPCh selbst immer wieder an Auslandschines:innen appelliert, sich zu »integrieren« (*rongru*). Dabei vertritt die Partei aber eine andere, chinazentrierte Auslegung des Begriffs. Danach sollen sich Auslandschines:innen zwar lokal eingliedern, ihre chinesische Identität jedoch aufrechterhalten.²⁸ Identität wird hier einseitig über Abstammung und »Blutsbande« definiert und gilt als »natürliche« Zugehörigkeit, die auch durch Migration und Integration nicht aufgehoben wird. Während in Deutschland Identität »auch im Plural« (Integrationsbeauftragte) gedacht wird, impliziert das chinesische Verständnis eine ethnisch beziehungsweise rassistisch exklusiv gedachte Nation.

Noch problematischer ist, dass damit zugleich politische Verpflichtungen verknüpft werden. Laut dem Politmagazin »Wahrheitssuche«, das als Organ der KPCh fungiert, können Auslandschines:innen »ihre Vorteile in Sprache, Kultur und grenzüberschreitender Vernetzung nutzen, um Chinas Stimme Gehör zu verschaffen«.²⁹ Für die deutsche Politik ergibt sich daraus die Notwendigkeit, Integrationspolitik konsequent

27 Bundesministerium des Innern, »Warum Integration so wichtig ist«, 2026, <<https://tinyurl.com/vzb94vyd>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

28 »Huaqiao huaren chuanbo Zhongguo xingxiang de lilun tanxi yu shijian qishi« [Theoretische Analyse und praktische Implikationen der Verbreitung des China-Images durch die Diaspora], *Overseas Chinese Affairs Office*, 2022, <<https://tinyurl.com/35ttb2kw>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

29 »Chuangxin guoji chuanbo, jianghao zhongguo gushi« [Innovative internationale Kommunikation und das Erzählen guter Geschichten über China.], in: *Qishi* [Wahrheitssuche], 1.10.2023, <<https://tinyurl.com/wmpn7d2m>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

auf gesellschaftliche Zugehörigkeit und Teilhabe sowie auf individuelle Bürgerrechte auszurichten und zugleich Strategien zu entwickeln, die Versuche externer Loyalitätsmobilisierung erkennen und begrenzen, ohne die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen chinesischer Herkunft zu beeinträchtigen.

Gerrit Kurtz

Die Diasporapolitik Eritreas

Für das streng autokratische Eritrea spielt die Diaspora eine zentrale Rolle für den Regimeerhalt. Nach Jahrzehnten der Auswanderung ist die eritreische Gesellschaft zu weiten Teilen transnational zu verstehen. Politische Auseinandersetzung findet beinahe ausschließlich im Ausland statt, da organisierte Opposition, freie Presse und Versammlungsfreiheit im Land selbst untersagt sind. Der Staat unter der Führung von Präsident Isaias Afwerki kontrolliert die eritreische Gesellschaft umfassend und versucht dies mit transnationaler Repression auch dort zu erreichen, wo die Freiräume größer sind. Dies ruft bisweilen gewaltsame Gegenaktionen einzelner Diasporagruppen hervor. In Deutschland reagierten Politik und Medien darauf mit teilweise pauschalisierenden und fremdenfeindlichen Aussagen. Damit laufen sie jedoch Gefahr, das von Eritrea gepflegte Narrativ einer Nation, die stets Opfer imperialer Großmachtpolitik war, zu untermauern. Gleichzeitig unterstützt Eritrea bewaffnete Akteure am Horn von Afrika und sieht sich mit äthiopischen Kriegsdrohungen konfrontiert. Eine konstruktive deutsche Politik gegenüber Eritrea sollte somit innen- und außenpolitische Erwägungen berücksichtigen.

Gründe für die Emigration

Auswanderung aus Eritrea ist eng mit der politischen Entwicklung des Landes verbunden. Hunderttausende verließen während des dreißigjährigen Unabhängigkeitskriegs das Land, der 1991 mit dem Ende des Derg-Regimes in Addis Abeba und der Einnahme Asmaras durch die Eritreische Volksbefreiungsfront (*Eritrean People's Liberation Front*, EPLF) endete. Die Unabhängigkeit von Äthiopien folgte zwei Jahre später. Nach dem Krieg zwischen den ehemaligen Verbündeten Äthiopien und Eritrea in den Jahren 1998 bis 2000 setzte die Regierung von Präsident Isaias Afwerki ab 2001 auf interne Repression und Militarisierung, die seitdem insbesondere jüngere Menschen in die Flucht treiben. Je nach eigener bzw. familiärer Erfahrung mit dem

Unabhängigkeitskampf oder mit der anschließenden Unterdrückung setzt sich die Diaspora heute sowohl aus Befürwortern der eritreischen Regierung als auch deren entschiedenen Gegnern sowie Menschen zusammen, die sich nicht politisch engagieren. Daraus ergibt sich auch ein Generationenkonflikt.

Der Nationaldienst, der einem Zwangsarbeitsdienst gleichkommt, ist einer der Hauptfluchtgründe.

In Eritrea haben seit der Unabhängigkeit 1993 keine Wahlen stattgefunden, das Parlament ist seit 2002 nicht zusammengetreten.¹ Die eritreische Regierungspartei Volksfront für Demokratie und Gerechtigkeit (*People's Front for Democracy and Justice*, PFDJ), die Nachfolgerin der EPLF, verfolgt seit dem Krieg gegen Äthiopien einen Kurs der nationalen Entwicklungsautonomie und autoritären Sicherheit; die Rechte des Individuums werden dem Staat untergeordnet.² Alle jungen Menschen müssen einen unbefristeten sogenannten Nationaldienst in Militär oder Arbeitsdienst ableisten, aus dem sie teilweise erst nach Jahrzehnten entlassen werden. Dabei werden sie oft weit weg von ihren Familien eingesetzt und schlecht bezahlt. Sexuelle Gewalt, Folter und erniedrigende Behandlung sind im Nationaldienst laut unabhängigen Berichten weit verbreitet.³ Der Nationaldienst, der einem Zwangsarbeitsdienst

1 Internationalen Indizes zufolge gilt Eritrea als stark autoritär: Freedom House (3/100 — not free, 2026); V-Dem (zwischen 0,01 und 0,11 der fünf Demokratie-Indizes, 2026), Bertelsmann Transformationsindex (2,02 — harte Autokratie, 2026).

2 Aleks Ylönen, »Political Continuity in Eritrea«, in: Jan Záhorský/Aleksi Ylönen (Hg.), *The Horn of Africa since 2018*, London 2025, S. 81.

3 Mohamed Abdelsalam Babiker, *Situation of Human Rights in Eritrea, Report of the Special Rapporteur on the Situation of Human Rights in Eritrea*, UN Doc. A/HRC/59/24, Genf: United Nations Human Rights Council, 12.5.2025.

gleichkommt, ist einer der Hauptfluchtgründe;⁴ hinzu kommt, dass der Bevölkerung in der staatlich kontrollierten Wirtschaft nur begrenzt Entwicklungsmöglichkeiten zugestanden werden.

Politische Entfaltung außerhalb des Systems ist in Eritrea verboten. Das Land belegte im Jahr 2025 den letzten Platz im Ranking für Pressefreiheit, das die Nichtregierungsorganisation Reporter ohne Grenzen regelmäßig erstellt.⁵ Private Versammlungen von mehr als sieben Personen bedürfen einer regierungsamtlichen Erlaubnis.⁶ Die Gesellschaft ist durch PFDJ-Organisationen, zum Beispiel für Frauen, Studierende und Jugendliche, straff durchstrukturiert. Diese Organisationen sind auch im Ausland aktiv.

Motivation und Ziele: Die vierte Front

Die eritreische Diasporapolitik folgt den Maßgaben der innenpolitischen Repression und der außenpolitischen Einflussnahme, mit der das Regime in der Region agiert. Sie dient primär drei Zwecken: der Finanzierung des Staates, der Legitimierung des Regimes sowie der Unterdrückung bzw. Schwächung der Opposition.

Damit ist sie von zentraler Bedeutung für den Erhalt des autoritären Regimes. Eine sehr kleine Elite von Offizieren und Parteikadern kontrolliert das Land. Die Wirtschaft basiert zu weiten Teilen auf einer Landwirtschaft, die ohne künstliche Bewässerung auskommen muss und damit anfällig für Dürren ist, sowie auf großen Bergbauprojekten. Daneben spielen wohl illegale Aktivitäten wie Schleusertum und Schmuggel (unter anderem von Waffen und Gold) eine wichtige Rolle. So werfen lokale äthiopischen Behörden in Tigray⁷ dem Land vor, Goldvorkommen in der Region ausbeuten zu lassen bzw. das Edelmetall zu schmug-

geln, offensichtlich in Kooperation mit Offizieren der *Tigray Defence Forces* (TDF).⁸ Außerdem soll es vom Sesamhandel in West-Tigray profitieren. Die Region wird seit Beginn des Kriegs im Norden Äthiopiens im November 2020 von amharischen Milizen kontrolliert, die zuvor von Eritrea ausgebildet worden waren.⁹ Im Kriegsverlauf sollen zudem eritreische Militäreinheiten eine großangelegte Plünderungsaktion in Tigray durchgeführt haben.¹⁰

Eritrea hat noch nie einen Staatshaushalt veröffentlicht, und auch die Zusammenarbeit mit internationalen Finanzinstitutionen fällt (mit gewisser Ausnahme der Afrikanischen Entwicklungsbank) gering aus. Belastbare Zahlen liegen nicht vor. Schätzungen zufolge stellt jedoch die Ausbeutung der Auslandseritreer:innen die »konstanteste und unverzichtbare Einkommensquelle des Regimes« dar. Zumindest laut rund zwanzig Jahre alten Angaben könnte die Diaspora für ein Drittel der Staatseinnahmen sorgen,¹¹ sowohl über Besteuerung als auch durch Rücküberweisung privater Gelder. Letztere gehen zwar an Familienangehörige, lindern aber damit den Druck auf das System, in ausreichendem Maße Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Entwicklung zu schaffen. Zudem profitiert der Staat von der Kontrolle der Zahlungskonäle, einschließlich des informellen, transnationalen Zahlungssystems Hawala.¹²

Die weiteren Ziele der eritreischen Diasporapolitik sind politischer Natur. Es geht darum, eine dem Regime gegenüber loyale Gemeinschaft zu formen, diese in Entwicklungsprojekte in Eritrea einzubinden und zur Überwachung der Landsleute im Ausland zu ermutigen. Wer sich als regimetreu erweist, darf das Heimatland auch regelmäßig besuchen. Das eritreische Informationsministerium beschreibt die Diaspora-Mitglieder als

4 Laetitia Bader, »They Are Making Us into Slaves, Not Educating Us«. *How Indefinite Conscription Restricts Young People's Rights, Access to Education in Eritrea*, Washington, D.C.: Human Rights Watch, 8.8.2019, <<https://tinyurl.com/yckcwfr3>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

5 Reporters without Borders, »Press Freedom Index 2025«, 2025, <<https://rsf.org/en/index?year=2025>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

6 Babiker, *Situation of Human Rights in Eritrea 2025* [wie Fn. 3], Abs. 67.

7 Es gibt enge kulturelle, religiöse und sprachliche Verbindungen zwischen dem äthiopischen Tigray und dem Teil der eritreischen Bevölkerung, der Tigrinya spricht und christlich-orthodox ist.

8 *Power and Plunder. The Eritrean Defense Forces Intervention in Tigray*, Washington, D.C.: The Sentry, Juni 2025, <<https://thesentry.org/reports/power-and-plunder/>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

9 Ahmed Soliman/Abel Abate Demissie, *The »Conflict Economy« of Sesame in Ethiopia and Sudan*, London 2024.

10 *Power and Plunder* [wie Fn. 8].

11 Nicole Hirt/Abdulkader Saleh Mohammad, »By Way of Patriotism, Coercion, or Instrumentalization: How the Eritrean Regime Makes Use of the Diaspora to Stabilize its Rule«, in: *Globalizations*, 15 (Februar 2018) 2, S. 232–247 (237), doi: 10.1080/14747731.2017.1294752.

12 Ebd.

Infobox 1: Die eritreische Diaspora in Zahlen

Zahlen in Bezug auf die eritreische Bevölkerung sind mit großer Vorsicht zu betrachten, da es nie einen Zensus gab. Die Vereinten Nationen schätzten die einheimische Bevölkerung im Jahr 2025 auf 3,6 Millionen.^a Zusätzlich gibt es laut dem UN-Hochkommissar für Flüchtlinge (UNHCR) rund 686.000 aus Eritrea Vertriebene, die meisten davon in Äthiopien (rund 180.000) und im Sudan (rund 138.000). Deutschland ist mit rund 70.000 Personen das drittgrößte Aufnahmeland eritreischer Geflüchteter.^b Darüber hinaus leben vermutlich 1,2 Millionen bis 1,8 Millionen Eritreastämmige im Ausland, darunter Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft oder Nachkommen von Migranten.^c 2025 machten Eritreer:innen mit 7.583 Menschen die drittgrößte Bevölkerungsgruppe (11,4 Prozent) aus, denen die Flucht über das Mittelmeer nach Italien gelang.^d Es gibt keine aktuellen Zahlen zur Höhe der eritreischen Rücküberweisungen.

a UN Population Division, *Data Portal*, <<https://tinyurl.com/5ec6bw6t>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

b UNHCR, *Refugee Data Finder*, <<https://www.unhcr.org/refugee-statistics/download>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

c Hirt/Mohammad, »By Way of Patriotism, Coercion, or Instrumentalization« [wie Fn. 11].

d UNHCR, *Most Common Nationalities of Sea Arrivals (Since 1st January 2025)*, 31.12.2025, <<https://tinyurl.com/bdkfbbvk>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

»ambassadors without portfolios because they represent their homeland's interests in their host countries. They defend Eritrea's sovereignty and policy positions in foreign land to promote its national interests. They are increasingly seen as a national resource in their performance in public diplomacy.«¹³

Die eritreische Regierung spricht in diesem Zusammenhang auch von der Diaspora als »vierter Front«, die neben den militärischen Frontabschnitten im Westen, Zentrum und Osten Eritreas der militärischen und politischen Landesverteidigung diene.¹⁴ Diese Bezeichnung lässt den Unterschied zwischen Zivilbevölkerung und Militär bewusst verschwimmen.¹⁵

Dementsprechend zielt die Diasporapolitik gleichzeitig darauf, Opposition zur PFDJ zu unterbinden. Infiltration, Überwachung und Einschüchterung bis hin zum Einsatz von Gewalt durch paramilitärische Gruppen wie Eri Blood sollen Diasporamitglieder daran hindern, sich jenseits der regimetreuen Institutionen politisch zu engagieren.¹⁶ Tatsächlich ist die

eritreische Opposition gespalten und verfügt weder über eine führende Partei noch eine Führungsfigur.

Institutionen und Instrumente

Eritreas totalitäres politisches System findet in den Institutionen der Diasporapolitik seinen Niederschlag. Neben den Auslandsvertretungen unterhält die Regierungspartei PFDJ in den Wohnländern nationale Ableger ihrer Gliederungen für Jugendliche, Frauen und Studierende. Das gilt auch für Deutschland. Über Treffen und Aktivitäten dieser Institutionen gibt unter anderem die Website des eritreischen Informationsministeriums Auskunft.¹⁷

Hinzu kommen eritreische Kulturvereine, sogenannte *Mahbere-koms*. Regimetreuen Diasporamitgliedern stehen außerdem Sprachkurse, apolitisch wirkende Kulturangebote oder Auszeichnungen offen. Eritreisch-orthodoxe Kirchengemeinden in der Diaspora dienen der Überwachung und Repression, indem sie das Abhalten von Taufen oder Hochzeiten von der Begleichung der Aufbausteuern abhängig machen und Gläubige mit abweichenden politischen Ansichten ausschließen.¹⁸ Dies ist besonders problematisch, weil die orthodoxe Kirche im gesellschaftlichen Leben der

13 Simon Weldemikael, »Homecoming in Summer – A Ritual of the Eritrean Diaspora«, Asmara: Ministry of Information Eritrea, 4.9.2025, <<https://tinyurl.com/5akap4hs>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

14 *The Eritrean »Fourth Front«: Festivals as a Tool to Control the Diaspora*, Brüssel: Europe External Programme with Africa, 2024, <<https://tinyurl.com/34cbzj8m>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

15 Ebd.

16 Anna Dotti u. a., »Eine Kugel reicht«, in: *Die Zeit*, 21.9.2023.

17 »PFDJ Branch in Germany Holds Second Congress«, Asmara: Ministry of Information Eritrea, 30.1.2025, <<https://tinyurl.com/ywkywfze>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

18 Babiker, *Situation of Human Rights in Eritrea 2025* [wie Fn. 3], Abs. 52f.

Eritreer:innen eine wichtige Rolle spielt. Wie im Inland zielt der eritreische Staat also darauf, dass sich Eritreer:innen in der Diaspora gegenseitig überwachen und zur Loyalität gegenüber der PFDJ drängen. Oppositionelle Diasporamitglieder berichten von Informanten-Netzwerken und davon, dass kritische Aktivitäten ihrerseits zu Repressalien gegenüber Familienangehörigen im Heimatland führen können.¹⁹

Infobox 2: Wichtige Institutionen der Diasporapolitik

- eritreische Auslandsvertretungen (Botschaften und Konsulate)
- PFDJ-Deutschland sowie *Young People's Front for Democracy and Justice* und andere Gliederungen der Regierungspartei im Ausland
- *Mahbere-koms* (Kulturvereine, die auch der Überwachung und Steuereintreibung dienen)
- Zentralrat der Eritreer in Deutschland e.V. (Dachorganisation regimetreuer Vereine)

Zentrale Instrumente der eritreischen Diasporapolitik sind kulturelle und politische Veranstaltungen, die von den Botschaften, Konsulaten oder Parteiorganisationen beispielsweise im Zusammenhang mit dem eritreischen Unabhängigkeitstag am 24. Mai oder dem Märtyrertag am 20. Juni ausgerichtet werden.

Besondere Aufmerksamkeit haben in den letzten Jahren sogenannte Eritrea-Festivals erlangt. Diese gehen zurück auf die Zeit des Unabhängigkeitskriegs; das erste fand 1974 in Bologna statt.²⁰ Es diente dazu, die Menschen im Exil mit dem nationalen Freiheitskampf zu verbinden und Gelder für die EPLF zu sammeln. Hier konnte man sich treffen, austauschen und der Heimat gedenken. Kulturelle und politische Zwecke wurden damals wie heute vermischt. Heute finden solche Festivals überall dort statt, wo es eine größere eritreische Diaspora gibt, unter anderem in Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden und den USA. Dabei finden sich Regierungsvertreter unter den Rednern, die eigens für diesen Zweck anreisen. So war es auch 2023 in Gießen der Fall, wo alle sechs Gouverneure der eritreischen Regionen auftreten durf-

ten.²¹ Der hiesige Veranstalter – der Zentralrat der Eritreer in Deutschland e.V., der enge Beziehungen zur PFDJ unterhält – bewirbt die Festivals allerdings hauptsächlich als kulturelle Treffen.

Ein weiteres wichtiges Instrument der Diasporapolitik ist die Aufbausteuer, auch Zwei-Prozent-Steuer genannt, weil sie zwei Prozent vom Einkommen betragen soll. Sie gilt seit 1995. Exil-Eritreer:innen müssen diese abführen, um an konsularische Dienstleistungen wie Pässe zu gelangen, Erbschaften antreten oder Landgeschäfte tätigen zu dürfen. Trieben Auslandsvertretungen das Geld früher direkt ein, sollen Exil-Eritreer:innen es jetzt ins Land überweisen, wo die Familienangehörigen die Steuer bezahlen müssen.

Regimegegner fürchten Repressalien, wenn sie die Aufbausteuer nicht zahlen.

Verschärft wurde die Praxis durch die sogenannte Reueerklärung. Damit müssen Menschen, die aus Eritrea geflohen sind und in den letzten Jahren keine Aufbausteuer gezahlt haben, offiziell erklären, dass sie ihr Verhalten bereuen und für die aufgelaufenen Steuern aufkommen.²² Tun sie dies nicht, fürchten Regimegegner Repressalien, sowohl für sich selbst als auch für Angehörige in Eritrea, die ihre Geschäftslizenz verlieren könnten. Bevor eritreische Auslandsvertretungen konsularische Dienstleistungen wie die Ausstellung von Geburtsurkunden oder Pässen erbringen, verlangen sie Belege über die Zahlung der Steuer. Im Gegenzug für die Zahlung erteilen sie Auslands-eritreer:innen einen »Diaspora-Status«, der es ihnen ermöglicht, nach Eritrea ein- und wieder auszureisen (und Devisen ins Land bringen).²³ Dieses System ist »central to control by Eritrea of its expatriates, as well as a key financial tool for the Government to secure offshore revenue from its global diaspora«, schreibt der

¹⁹ Ebd., Abs. 70.

²⁰ Martin Plaut, »Eritrea's Foreign Festivals: Support, Finance, and Defiance from the Diaspora«, in: *Review of African Political Economy (ROAPE)*, 6.9.2022, <<https://tinyurl.com/5t52h38d>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

²¹ Marina Mai, »Eritrea-Festival in Gießen: Aufarbeitung der Krawalle gefordert«, in: *Die Tageszeitung (taz)*, 10.7.2023, <<https://tinyurl.com/yusvt55n>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

²² Nicole Hirt, *Forced Migration (erzwungene Migration) aus Eritrea und die transnationalen Strukturen des eritreischen Staates*, Expertise im Auftrag des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration für das SVR-Jahresgutachten 2020, Berlin, Oktober 2019.

²³ Urteil, 2 LB 1/25, Oberverwaltungsgericht für das Land Schleswig-Holstein, 26.5.2025.

UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte in Eritrea.²⁴

Infobox 3: Eritreische Staatsbürgerschaft

In Eritrea wird die Staatsbürgerschaft durch Geburt erworben (Art. 3 Abs. 1 der eritreischen Verfassung von 1997) und kann auch an Kinder von mindestens einem eritreischen Elternteil weitergegeben werden, die im Ausland geboren werden. In diesem Falle kann eine eritreische Auslandsvertretung die Staatsbürgerschaft bescheinigen. Deutsche Verwaltungsgerichte gehen davon aus, dass auch die Nachkommen von Menschen eritreischer Herkunft (das heißt Personen, die vor 1933 auf heute eritreischem Staatsgebiet lebten) ihre Staatsbürgerschaft über mehrere Generationen in diesem Sinne weitergeben.^a

^a Verwaltungsgericht Hannover, Urteil vom 23.1.2018, Az.: 3 A 6312/16, <<https://tinyurl.com/2c3ku4cf>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

Die deutsche Migrationspolitik trägt bisweilen zu diesem System bei. Eritreische Geflüchtete erhalten in der Regel nur subsidiären Schutz, weil der eritreische Nationaldienst nicht als spezifische Verfolgung im Sinne des Asylgesetzes zählt. 2022 entschied das Bundesverwaltungsgericht, dass Behörden von subsidiär Schutzberechtigten aus Eritrea nicht verlangen dürften, bei einer eritreischen Auslandsvertretung einen Reisepass zu beantragen, weil sie dafür die »Reueerklärung« unterzeichnen müssten.²⁵ Diasporamitglieder berichten, dass lokale Behörden diese Entscheidung nicht einheitlich umsetzten, zumal sie nicht ohne Weiteres auf die Beschaffung anderer Dokumente angewandt werde. Von Eritreer:innen, die sich um die deutsche Staatsbürgerschaft bemühen, werde überdies die Vorlage einer eritreischen Geburtsurkunde verlangt, die ebenfalls nur von der Auslandsvertretung zu erhalten sei.

²⁴ Babiker, *Situation of Human Rights in Eritrea 2025* [wie Fn. 3], Abs. 72.

²⁵ Bundesverwaltungsgericht, »Unzumutbarkeit der Passbeschaffung bei Erfordernis einer »Reueerklärung«, Pressemitteilung Nr. 62/2022, 11.10.2022, <<https://www.bverwg.de/pm/2022/62>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

Stabilisierung des Regimes und transnationale Repression

Dank seiner Diasporapolitik hat das eritreische Regime Zugriff auf eine transnationale Gemeinschaft, deren Loyalität bisweilen so weit reicht, dass sie die eigenen Landsleute im Ausland kontrolliert und überwacht. Eritrea erhebt im Ausland außerdem eine »Aufbausteuer«, deren Eintreibung die Wohnländer zwar begrenzen, aber letztlich nicht verhindern können. Die eritreischen Behörden zeigen sich insofern anpassungsfähig.

Auch die Massenflucht vor allem jüngerer Menschen weiß die Autokratie für sich zu nutzen. Zwar untergräbt die Migrationsbewegung den Entwicklungs- und Legitimitätsanspruch der Regierung, aber sie beschert dem Land Einkünfte und wirkt damit stabilisierend auf die Verhältnisse.²⁶ Während das Regime die legale Auswanderung erschwert, verdient es am Menschenschmuggel von und über Eritrea mit.²⁷

Die transnationale Repression provoziert Gegenreaktionen.

Die Erfolge der transnationalen Repression, die zum Kern der eritreischen Diasporapolitik gehört, markieren indes gleichzeitig ihre Grenzen. Denn sie provoziert Gegenreaktionen. So bildete sich im Ausland eine ebenfalls transnational agierende Opposition, die den bewaffneten Kampf nach Eritrea tragen möchte: Die dezentral organisierte Brigade N'Hamedu, auch »Blaue Revolution« genannt, unterhält mittlerweile in verschiedenen Ländern, darunter Deutschland, Ableger und zielt auf den Sturz des Regimes. In den Wohnländern wurden sie vor allem dadurch bekannt, dass ihre Mitglieder in mehrere gewalttätige Ausschreitungen im Zusammenhang mit Eritrea-Festivals verwickelt waren, etwa in Stuttgart und Gießen 2022 und 2023. Regimetreue Vereine wie die Deutsch-Eritreische Gesellschaft bemühten Hyperbeln, wenn sie die Gewalt als »zivilisatorische[n] Bruch« bezeichneten und vor der »mediale[n] Dämonisierung und Stigmatisierung Eritreas« warnten.²⁸ Denn die Ausschreitungen lenk-

²⁶ Hirt, *Forced Migration* [wie Fn. 22].

²⁷ Mirjam van Reisen/Munyaradzi Mawere (Hg.), *Human Trafficking and Trauma in the Digital Era. The Ongoing Tragedy of the Trade in Refugees from Eritrea*, Bamanda 2017.

²⁸ Deutsch-Eritreische Gesellschaft e.V., *DEG-Stellungnahme zur internationalen Gewalt-Kampagne gegen Eritrea-Festivals*,

ten auch Aufmerksamkeit auf die autoritäre Praxis des Heimatlandes und dessen repressive Diasporapolitik. Das Europäische Parlament erwähnte Eritrea 2025 in einer Resolution zum Thema Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen vor transnationaler Repression.²⁹ Die Brigade N'Hamedu, die eigenen Angaben zufolge nach dem gewaltsamen Sturz der Regierung in Eritrea ein »gerechtes und demokratisches Land« anstrebt,³⁰ hat derweil ein Büro in Äthiopien eröffnet, wo es Eritreer:innen mobilisiert.

Relevanz für Deutschland

Eritreas totalitäres politisches System und transnationale Repression bedeuten für die deutsche Außenpolitik, dass die Regierung von Isaias Afwerki als Partner nicht infrage kommt. Die diplomatischen Beziehungen werden auch dadurch erschwert, dass Deutschland keinen akkreditierten Botschafter mehr in Asmara hat, seit das Regime den damaligen Leiter der Auslandsvertretung im Juni 2022 wegen einer angeblich nicht genehmigten Reise des Landes verwies.

Gleichwohl sucht Deutschland Gesprächskanäle nach Asmara, weil die Spannungen in der Region zunehmen und Berlin an Deeskalation gelegen ist. Eritrea mischt sich traditionell immer wieder in die Konflikte am Horn von Afrika ein.³¹ Gleichzeitig spricht die äthiopische Regierung immer häufiger Drohungen gegenüber Eritrea aus, was zum einen die Gefahr eines erneuten zwischenstaatlichen Krieges erhöht und zum anderen Isaias erlaubt, den Nationaldienst und die Militarisierung der Gesellschaft weiterhin zu rechtfertigen. Europäische Interessen an einem Rückgang der Migration aus Eritrea lassen sich aber weder durch Drittstaaten-Abkommen noch gar durch (bislang nicht erfolgte) Abschiebungen durchsetzen. Die Flucht aus Eritrea wird erst aufhören, wenn die insbesondere mit dem Nationaldienst verbundene Repression nachlässt.

Derweil tut sich die deutsche Politik schwer damit, einen konstruktiven Umgang mit der eritreischen

Diaspora(politik) zu finden. Insbesondere die gewaltsamen Auseinandersetzungen im Zuge der Eritrea-Festivals in Gießen und Stuttgart 2022/23, bei denen auch zahlreiche Polizisten verletzt wurden, sorgten für Aufmerksamkeit und zogen Strafprozesse wegen Landfriedensbruchs und Körperverletzung nach sich. Im März 2025 ließ die Bundesanwaltschaft darüber hinausgehend wegen des Verdachts auf Gründung und Mitgliedschaft in einer inländischen terroristischen Vereinigung Objekte von 17 Beschuldigten durchsuchen. Sie zählten zur Brigade N'Hamedu, und diese habe, so der Anfangsverdacht, die Gewalt gegen die Veranstalter der Festivals und zu deren Schutz abgestellte Polizisten gezielt geplant.³²

Eritreische Diasporagruppen der Opposition beklagen daher Ungleichbehandlung durch den deutschen Staat: Die von Regimetreuen organisierten Festivals zugunsten eines autoritären Staates dürften stattfinden, während sie selbst sowohl von deutschen Sicherheitsbehörden als auch eritreischen Handlangern überwacht würden. Ermittlungen wegen möglicher Gesetzesverletzungen gegen die oppositionelle Diaspora scheint es kaum zu geben, teils vermutlich, weil Überwachung schwer nachzuweisen ist, teils aus Furcht der Betroffenen vor Repressalien. Das Vorgehen der Bundesanwaltschaft empfanden einige jedenfalls als Einschüchterungsversuch, weshalb sie davon absahen, eine Gegendemonstration zum Eritrea-Festival in Hessen, das 2025 in Hofheim am Taunus stattfand, zu organisieren.³³

Hier stehen die Behörden also vor der Herausforderung, einerseits grundgesetzlich garantierte Freiheiten wie das Versammlungsrecht und die Meinungsfreiheit vor Repression zu schützen, die transnational oft innerhalb der Diaspora-Community gegen Oppositionelle ausgeübt wird, und andererseits das staatliche Gewaltmonopol mithilfe der rechtsstaatlich gebotenen Instrumente durchzusetzen. Außerdem müssen sie die politisch gewollte Abwehr von Migration mit dem Schutz vor Repression in Einklang bringen, den auch subsidiär Schutzberechtigte genießen. Einer neuen Handlungsempfehlung zufolge, die das Bundesinnenministerium im Januar 2026 in Absprache mit

Frankfurt a. M., 9.8.2023, <<https://tinyurl.com/3ufjxe3r>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

²⁹ European Parliament, *Addressing Transnational Repression of Human Rights Defenders*, P10_TA (2025) 0258, Brüssel, 13.11.2025.

³⁰ Brigade Nehamedu UK, »Bylaws«, o. J. (Dokument liegt dem Autor vor).

³¹ Martin Plaut, *Understanding Eritrea: Inside Africa's Most Repressive State*, London 2019.

³² Generalbundesanwalt, »Durchsuchungen wegen des Verdachts der Gründung und Mitgliedschaft in einer inländischen terroristischen Vereinigung (»Brigade N'Hamedu«)«, Pressemitteilung, Karlsruhe, 26.3.2025, <<https://tinyurl.com/3akd8zvb>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

³³ Marina Mai, »Autokratisches Eritrea feiert in Hessen«, in: *taz*, 1.8.2025.

den Ländern herausgab, können Ausländerbehörden von eritreischen Staatsangehörigen durchaus verlangen, einen Pass bei der Botschaft zu beantragen. Nur die Unterzeichnung einer Reueerklärung sei – gemäß dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts von 2022 – unzumutbar, nicht aber die bloße Vorsprache bei der Botschaft. Erst wenn die betreffende Person plausibel darzulegen in der Lage sei, dass sie eine Reueerklärung werde abgeben müssen, sei auf die Vorsprache bei der Botschaft zu verzichten.³⁴

Letztlich sind Politik und Behörden in Deutschland gefordert, der transnationalen Natur der eritreischen Diasporapolitik gerecht zu werden. Im Zuge des Gewaltausbruchs in Gießen 2023 warnte die damalige Bundesinnenministerin Nancy Faeser, ähnlich wie andere politisch Verantwortliche: »Ausländische Konflikte dürfen nicht in unserem Land ausgetragen werden.«³⁵ Damit verkannte sie allerdings die Tatsache, dass politische Konflikte in Eritrea gar nicht ausgetragen werden können. Organisierte Kritik ist nur in der Diaspora möglich. Hier gibt es demokratische Freiheiten und Räume, die eine ihrerseits grenzüberschreitende Öffentlichkeit ermöglichen. Statt sich von rechtsgerichteten, pauschalisierenden Diskursen³⁶ wie im Umfeld der Ausschreitungen 2023 treiben zu lassen, sollte Deutschland sich als Teil dieser Öffentlichkeit verstehen und die – gewaltfreie – politische Auseinandersetzung in der Diaspora schützen.

34 Bundesministerium des Innern, »Reueerklärung bei eritreischen Staatsangehörigen«, Rundschreiben an die für das Aufenthaltsrecht zuständigen Ministerien / Senatsverwaltungen der Länder, Berlin, 20.1.2026, <<https://tinyurl.com/5av9s4j7>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

35 Dotti u. a., »Eine Kugel reicht« [wie Fn. 16].

36 *Hessischer Verfassungsschutzbericht 2023*, Wiesbaden 2024, S. 126.

David Kipp/Christian Wagner

Indien: Diasporapolitik zwischen Mobilisierung und Fragmentierung

Indien¹ hat mit etwa 35 Millionen Menschen eine der weltweit größten, wenn nicht die größte Diaspora.² Die indische Diasporapolitik wird erst seit den 2000er Jahren in den wichtigsten Zielländern systematisch verfolgt und ist damit vergleichsweise jung. Sie steht damit vor der Herausforderung, die Vielfalt der indischen Diaspora in sprachlicher und religiöser Hinsicht, aber auch hinsichtlich der unterschiedlichen historischen Wanderungsbedingungen zu berücksichtigen.

Auch wenn es Migration von Inder:innen nach Deutschland bereits seit den 1960er Jahren gibt, hat sie erstmals Anfang der 2000er Jahre größere Aufmerksamkeit bekommen, als in einem Landtagswahlkampf gegen die Anwerbung indischer IT-Fachkräfte mit der Wahlkampfparole »Kinder statt Inder« Stimmung gemacht wurde. Seit Mitte der 2010er Jahre hat sich die Wahrnehmung indischer Migration in der Mehrheitsgesellschaft – vor allem wegen der wirtschaftlichen Vorteile der Zuwanderung indischer Fachkräfte in MINT-Berufe – zum Positiven gewandelt.

Die politische Mobilisierung der indischen Diaspora befindet sich in Deutschland – im Unterschied zu den anderen in dieser Studie diskutierten Fallbeispielen – noch in einer Frühphase. Es lassen sich aber aus den Erfahrungen deutlich größerer indischer Diasporagruppen in anderen Zielländern Lehren ableiten. Indien gilt zwar als weltweit größte Demokratie, doch haben sich seit der Regierungsübernahme der Bharatiya Janata Party (BJP) unter Premierminister Narendra Modi im Jahr 2014 die autokratischen Tendenzen verstärkt. Das schwedische V-Dem

Institut stuft Indien deshalb nur noch als elektorale Autokratie ein.³

Motivation und Interessen der indischen Diasporapolitik

Indische Regierungen haben eine wechselhafte Politik gegenüber ihrer Diaspora verfolgt. Hatte sich Premierminister Nehru in den 1950er Jahren noch für eine Eingliederung der indischstämmigen Diaspora in ihre neuen Heimatländer ausgesprochen, so erfuhr die Diaspora unter der ersten BJP-Regierung von A. B. Vajpayee ab 1999 eine Neubewertung. Drei Motive waren und sind nach wie vor dafür maßgeblich. Erstens war es das wirtschaftliche Potenzial der Diaspora, das als wichtiger Faktor für die Entwicklung des Landes betrachtet wurde. Dabei handelt es sich neben monetären Rücküberweisungen auch um nichtfinanzielle Transfers. So kehren einige Migrant:innen zurück oder investieren in Indien – ein Phänomen, das als *brain circulation* bekannt ist. Dieser Effekt wurde besonders beim Aufstieg des IT-Sektors offenkundig: Die indische Diaspora in den USA brachte, geprägt durch ihre Erfahrungen im Silicon Valley, technisches Know-how, Marktkennntnisse und internationale Geschäftspraktiken nach Indien und trug damit maßgeblich zur globalen Wettbewerbsfähigkeit der indischen Tech-Branche bei.⁴ Gleichzeitig ist das Ausmaß dieser Effekte empirisch schwer zu fassen, und Experten zweifeln, ob die indische Regierung wirklich erfolgreich darin

¹ Dieser Beitrag wurde im Rahmen des vom BMZ geförderten Projekts »Flucht- und Migrationspolitik im Kontext globaler Umbrüche« verfasst.

² »Where the World's Indians Live: Half of Overseas Indians Reside in Just 10 Countries«, in: *The Economic Times*, 5.9.2025, <<https://tinyurl.com/y6nne9sb>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

³ Internationalen Indizes zufolge gilt Indien nicht mehr eindeutig als Demokratie: Freedom House (62/100 – partly free, 2026); V-Dem (electoral autocracy, 2026), Bertelsmann Transformationsindex 2026 (6,10 – defekte Demokratie).

⁴ Frederic Docquier/Hillel Rapoport, *Globalization, Brain Drain and Development*, Cambridge, Mass.: Center for International Development at Harvard University, März 2011 (CID Working Paper No. 219), <<https://tinyurl.com/4h79br83>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

Infobox 1: Zahlen zur indischen Diaspora

Die indische Diaspora verteilt sich heute auf 207 Staaten, der Großteil lebt allerdings in den Golfstaaten und den klassischen westlichen Einwanderungsländern.^a Die mit rund 5,7 Millionen Menschen größte Gruppe der über 35 Millionen Diasporaangehörigen hat in den USA ihren Wohnsitz.^b Auf Platz zwei folgen die Vereinigten Arabischen Emirate mit 3,89 Millionen, vor Malaysia mit 2,93 Millionen und Saudi-Arabien mit 2,75 Millionen Menschen.

Deutschland ist als Zielland hingegen erst in den letzten Jahren für indische Migrant:innen interessant geworden. Wurden hier 2005 noch rund 40.000 indische Staatsangehörige gezählt, sind es im Jahr 2026 mehr als 300.000. Der starke Anstieg geht vor allem auf Bildungs- und Erwerbsmigration zurück, während Fluchtmigration aus Indien eine geringe Rolle spielt. Unter den Drittstaaten hat sich Indien inzwischen zum wichtigsten Herkunftsland von Erwerbsmigration nach Deutschland entwickelt. Mit über 60.000 Studierenden machen indische Staatsangehörige mittlerweile außerdem die größte Gruppe internationaler Studierender an deutschen Hochschulen aus.

Im Zuge des Zuwachses hat sich das sozioökonomische Profil der indischen Migrant:innen diversifiziert. Während seit 2023 weniger Blaue Karten an hochqualifizierte Fachkräfte vergeben

werden, nimmt die Zuwanderung über Chancenkarte, Ausbildungsvisa und vor allem das Studium zu.^c Offen bleibt, ob damit auch weniger privilegierten Teilen der indischen Mittelschicht ein sozialer Aufstieg ermöglicht wird.

Indien bleibt weltweit Spitzenreiter bei Rücküberweisungen (über 135 Milliarden US-Dollar im Jahr 2024/25).^d Der aus Deutschland stammende Anteil ist bislang vergleichsweise gering, steigt aber deutlich (von 87 Millionen Euro im Jahr 2021 auf 227 Millionen Euro im Jahr 2025).^e

a »Where the World's Indians Live« [wie Fn. 2].

b Ebd.

c David Kipp, *Migrationswunder Indien? Chancen und Herausforderungen der indischen Migration nach Deutschland*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, August 2025 (SWP-Studie 12/2025), S. 13, doi: 10.18449/2025S12.

d »Where the World's Indians Live« [wie Fn. 2].

e Deutsche Bundesbank, *Heimatiüberweisungen und Arbeitnehmerentgelte*, Frankfurt a. M. 2026, <<https://tinyurl.com/4nnpuxnd>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

ist, dieses Potenzial systematisch für die Entwicklung des Landes zu nutzen.⁵

Premierminister Modi hat das Werben um die Diaspora seit seinem Regierungsantritt 2014 noch einmal intensiviert.

Zweitens galt und gilt die Diaspora als Soft-Power-Instrument und strategisches Gut.⁶ Mit dem Bild der »globalen indischen Familie« sollte das internationale Ansehen Indiens aufgewertet werden.⁷ Eine ähnliche Funktion ist dem internationalen Yoga-Tag am

21. Juni und dem von Premierminister Modi immer wieder betonten Selbstbild Indiens als Vishwaguru, als Lehrer der Welt, zugeordnet. Modi hat das Werben um die Diaspora seit seinem Regierungsantritt 2014 noch einmal intensiviert. Er bemüht sich bei seinen Auslandsreisen meist offensiv um die Auslandsindianer:innen. So hielt er bei einem Besuch in den USA im September 2019 eine Rede vor etwa 50.000 Angehörigen der indischen Diaspora in Houston.⁸ Nicht nur bei dieser Gelegenheit betonte Modi vor allem die Erfolge Indiens und seiner Regierung und forderte seine Landsleute auf, an dieser Erfolgsgeschichte teilzuhaben.⁹ Ähnliche Auftritte absolvierte er während seiner Reisen nach Großbritannien und Australien. Aber auch Besuche in afrikanischen Staaten nutzte der Premier, um sich an die dortigen indischstämmigen Gemeinschaften zu wenden.

5 Sanjaya Baru, *Secession of the Successful – The Flight Out of New India*, Neu-Delhi 2025, S. 37ff.

6 C. R. Mohan, »Indian Diaspora and ›Soft Power‹«, in: *The Hindu*, 6.1.2003; Devesh Kapur, »Indian Diaspora as a Strategic Asset«, in: *Economic and Political Weekly*, 38 (2003) 5, <<https://tinyurl.com/yc63dx38>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

7 Chandrashekhhar Bhat, »Indian Diaspora and Global Organizations: Communities and Contested Boundaries«, in: Elfriede Hermann/Antonie Fuhse (Hg.), *India Beyond India: Dilemmas of Belonging*, Göttingen 2018 (Göttingen Series in Social and Cultural Anthropology), S. 27–48 (33), doi: 10.17875/gup2020-1262.

8 »Howdy, Modi!«: Trump Hails Indian PM at ›Historic‹ Texas Rally, *BBC News*, 23.9.2019, <<https://tinyurl.com/4ecrw2rm>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

9 Ministry of External Affairs Government of India, »Translation of Prime Ministers Address to Indian Community in Houston, Texas«, Neu-Delhi, 28.4.2026, <<https://tinyurl.com/4acv6cdy>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

Drittens gibt es ideologische Motive für die zunehmende Relevanz der indischen Diasporapolitik. Das Ziel von Premierminister Modi, Indien in eine Hindu-Nation zu verwandeln, geht mit dem außenpolitischen Anspruch der Schaffung einer weltweiten Hindu-Gemeinschaft einher.¹⁰ Getragen wird dieser Versuch von der Hindu-nationalistischen Nationalen Freiwilligenorganisation (*Rashtriya Swayamsevak Sangh*, RSS) und angegliederten Organisationen wie dem 1964 gegründeten Hindu-Weltrat (*Vishwa Hindu Parishad*, VHP).¹¹ Dagegen sehen sich zahlreiche Personen aus der Diaspora, die die Modi-Regierung kritisierten, mit Einschüchterungsmaßnahmen wie dem Entzug ihrer Rechte als *Overseas Citizens of India* (OCI) konfrontiert.¹² Menschenrechtsorganisationen kritisieren daher, dass sich die unter Modi verschärften autokratischen Tendenzen in Form von Repression regierungskritischer Personen auch in Zielländern manifestieren.¹³

Entwicklung der indischen Diaspora

Die indische Diaspora hat ihre Ursprünge vor allem in der britischen Kolonialzeit, teils aber auch in vor-kolonialen Handelsnetzwerken in Ostafrika und Südostasien. Seit dem 19. Jahrhundert lassen sich mehrere Migrationsphasen unterscheiden: Zunächst wurden einfache Arbeitskräfte aus Britisch-Indien als sogenannte *indentured labour* in andere Teile des Empires verschifft. Nach der Unabhängigkeit zog es geringqualifizierte Arbeitskräfte in die Golfstaaten, gefolgt von hochqualifizierten Migrant:innen in westliche Industrieländer. In jüngerer Zeit kommen verstärkt Wohlhabende und Studierende hinzu.¹⁴ Nur wenige andere Diasporagruppen dürften einen so bemerkenswerten politischen Einfluss erlangt haben. Bis heute haben Menschen indischer Abstammung insgesamt 32 Regierungsköpfe in verschiedenen Ländern gestellt.¹⁵

Entsprechend den unterschiedlichen historischen Wanderungsbedingungen unterscheidet die indische Regierung die Diaspora in zwei Gruppen. Rund 16 Milli-

onen Menschen gelten als *Non-Resident Indians* (NRIs). Dies sind indische Staatsangehörige, die dauerhaft im Ausland arbeiten und sich in der Diaspora häufig entlang ihrer regionalen Herkunft in Indien, ihrer sprachlichen Zusammengehörigkeit oder ihrer Kastenzugehörigkeit organisieren und meist einen Bezug zur Heimat aufrechterhalten.¹⁶ Weitere 19,5 Millionen Menschen werden in den Statistiken als Personen indischer Abstammung (*Persons of Indian Origin*, PIOs) erfasst.¹⁷ Diese Personen haben ihre indische Staatsbürgerschaft abgelegt und die eines anderen Staates angenommen. Zum größten Teil handelt es sich bei dieser Gruppe um Menschen, deren Vorfahren durch die britische Kolonialmacht in andere Teile des britischen Empires verschifft wurden.¹⁸ Aufgrund dessen haben viele PIOs kaum noch einen Bezug zu ihrem Herkunftsland und haben teilweise auch ihre religiöse Bindung oder Kastenzugehörigkeit abgelegt.¹⁹

Im Jahr 2004 verabschiedete die Regierung ein Gesetz für *Overseas Citizens of India* (OCI), in dessen Folge eine einheitliche Rechtsgrundlage und OCI-Karte für beide Personengruppen eingeführt wurde. Damit wurden PIOs in vielen Bereichen mit den NRIs gleichgestellt, durften aber nicht wählen oder politische Ämter bekleiden.²⁰ Allerdings haben auch NRIs nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten, sich an Wahlen in Indien zu beteiligen. Es gibt in Indien nur sehr wenige Personengruppen, die per Briefwahl an einer Wahl teilnehmen können. Dazu zählen unter anderem Angehörige der Sicherheitskräfte und ältere Personen.²¹ NRIs dürfen sich zwar im Ausland als Wähler:in in ihrem Wahlkreis in Indien registrieren lassen, müssen aber für die Stimmabgabe am Wahltag dann in Indien präsent sein.

Der Einführung des OCI-Status gingen langjährige Forderungen vonseiten panindischer Diasporagruppen voraus, die sich seit den 1980er Jahren auf globaler Ebene vernetzten, wobei es aber schnell zu Kon-

10 Baru, *Secession of the Successful* [wie Fn. 5], S. 30, S. 207.

11 Ebd., S. 29f.

12 Ebd., S. 219.

13 *India: Authorities Revoke Visa Privileges of Diaspora Critics. Government Targets Overseas Indians Opposing Ruling Party Policies*, New York: Human Rights Watch, 17.3.2024, <<https://tinyurl.com/4p8pkmy3>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

14 Baru, *Secession of the Successful* [wie Fn. 5], S. 17ff.

15 Ebd., S. 40f.

16 Bhat, »Indian Diaspora and Global Organizations« [wie Fn. 7], S. 29ff.

17 Ministry of External Affairs, Government of India, »Population of Overseas Indians«, Neu-Delhi 2025, <<https://tinyurl.com/55899u9k>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

18 Baru, *Secession of the Successful* [wie Fn. 5], S. 36f.

19 Bhat, »Indian Diaspora and Global Organizations« [wie Fn. 7], S. 30.

20 Baru, *Secession of the Successful* [wie Fn. 5], S. 36.

21 Smarica Pant, »What is a Postal Ballot?«, in: *India Today*, 3.12.2023, <<https://tinyurl.com/4u5euf75>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

Infobox 2: Instrumente der indischen Diasporapolitik (Auswahl)^a

Kulturell und politisch:

- *Pravasi Bharatiya Divas*: jährlicher Diaspora-Feiertag und alle zwei Jahre internationale Diasporakonferenz zur Vernetzung von Politik, Wirtschaft und Diaspora.
- *Pravasi Bharatiya Samman Award*: staatliche Auszeichnung für besondere Beiträge von Mitgliedern der indischen Diaspora.
- *Diaspora-Outreach* durch Botschaften und Konsulate, etwa durch Kulturveranstaltungen und Wirtschaftsnetzwerke.

Rechtlich und migrationspolitisch:

- *Overseas Citizen of India (OCI)*: langfristiger Aufenthaltsstatus mit lebenslangem Visum sowie wirtschaftlichen und sozialen Privilegien, jedoch ohne politische Rechte wie Wahlrecht.
- *Know India Programme*: Austauschprogramme für junge Menschen indischer Herkunft zur Vertiefung kultureller und gesellschaftlicher Bindungen.

Wirtschaftspolitisch:

- Förderung von Investitionen und wirtschaftlicher Vernetzung der Diaspora, darunter *Diasporaanleihen*^b zur Mobilisierung von Kapital in wirtschaftlichen Krisenzeiten:
India Development Bonds (1991): 1,6 Milliarden US-Dollar
Resurgent India Bonds (1998): 4,2 Milliarden US-Dollar
India Millennium Deposits (2000): 5,5 Milliarden US-Dollar

Migrationsdiplomatisch:

- Abschluss von (Stand 2026) insgesamt 28 bilateralen *Migrations- und Mobilitätsabkommen* mit wichtigen Partnerstaaten – auch Deutschland im Jahr 2022 –, um reguläre Arbeits- und Bildungsmigration zu erleichtern und irreguläre Migration zu begrenzen.^c

a Ministry of External Affairs/Government of India, *Indian Diaspora in Foreign Countries (Question NO-3277)*, *Raya Sabha*, 21.8.2025, <<https://tinyurl.com/mrxxchbf>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

b Suhas L. Ketkar/Dilip Ratha, *Development Finance via Diaspora Bonds. Track Record and Potential*, Washington, D.C.: World Bank Group, 2004 (Policy Research Working Paper, Nr. 4311), S. 8ff, <<http://hdl.handle.net/10986/14311>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

c »Inaugural Address by EAM Dr. S. Jaishankar at the Human Mobility Partnership Forum«, *Ministry of External Affairs, Government of India*, 30.6.2026, <<https://tinyurl.com/2sfx5w9c>> (zuletzt eingesehen am 18.8.2026).

flikten zwischen NRI- und PIO-Verbänden kam.²² Letztere fanden sich in Organisationen wie der *Global Organization of People of Indian Origin* (Mauritius) wieder, während NRIs sich in der *Global Organization of People of Indian Origin* (New York) organisierten. Beide Gruppen beanspruchen, maßgeblich zu der Einrichtung des ersten regierungsamtlichen Komitees zur indischen Diaspora im Jahr 2000 beigetragen zu haben.²³ Vor diesem Hintergrund wurde im Jahr 2004 das *Ministry of Overseas Indian Affairs* (MOIA) als eigenständiges Ressort gegründet, das sich primär darauf konzentrierte, die Arbeits- und Lebensbedingungen der indischen Migrant:innen in den Golfstaaten zu verbessern und Diasporakonferenzen zu organisieren.²⁴ Unter Premierminister Modi wurde das MOIA im Jahr 2016 mit dem Verweis auf Effizienzgründe wieder abgeschafft, die Aufgaben integrierte man in das

Außenministerium.²⁵ Dieses verfolgt einen Ansatz, der unter den vier Leitprinzipien *care, connect, celebrate* und *contribute* zusammengefasst und mit einer Reihe von Instrumenten verfolgt wird.

Grenzen der Diasporapolitik

Der Anspruch der indischen Diasporapolitik eine einheitliche Diaspora zu formen, wird primär durch die ausgeprägte Heterogenität der Diaspora limitiert, die sich entlang regionaler, religiöser und sprachlicher Unterschiede oder der Kastenzugehörigkeit organisiert.²⁶ Zudem wird der Anspruch dadurch erschwert, dass sich eine Reihe innenpolitischer Konflikte Indiens in der Diaspora widerspiegeln. Da ist, erstens, das Ziel von Premierminister Modi, Indien zu einer Hindu-Nation zu machen. Dies hat nach 2014 zu einer

22 Bhat, »Indian Diaspora and Global Organizations« [wie Fn. 7], S. 34ff.

23 Ebd., S. 33ff.

24 Baru, *Secession of the Successful* [wie Fn. 5], S. 100.

25 »Government to Merge Overseas Indian Affairs Ministry with MEA«, in: *The Times of India*, 8.1.2016, <<https://tinyurl.com/54m6pc4m>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

26 Elfriede Hermann/Antonie Fuhse, »Introduction: Dilemmas of Belonging in Indian Diasporas«, in: dies. (Hg.), *India Beyond India: Dilemmas of Belonging* [wie Fn. 7], S. 11–24 (15f).

wachsenden Diskriminierung von Minderheiten, vor allem Muslimen und Christen, in Indien geführt. Seitdem sind auch wieder häufiger Ausschreitungen zwischen Hindus und Muslimen zu beobachten.²⁷ Die Situation in Indien führt dazu, dass sich in einzelnen Diasporagruppen die Beziehungen zwischen den Angehörigen der beiden Religionsgruppen ebenfalls verschlechtert haben. Aufgrund dessen kam es 2022 in der britischen Stadt Leicester zu Ausschreitungen zwischen Anhängern beider Religionsgemeinschaften.²⁸

Ein zweiter Konfliktherd ergibt sich aus separatistischen Bewegungen, deren Anhänger sich auch in der Diaspora wiederfinden. Ein bekanntes Beispiel sind die Forderungen militanter Sikhgruppen nach einem unabhängigen Staat Khalistan. Nach der gewaltsamen Niederschlagung dieser Bewegung Mitte der 1980er Jahre in Indien sind die Anhänger der Khalistan-Bewegung ins Ausland geflüchtet und heute vor allem in Kanada und den USA zu finden. In Deutschland werden militante Sikh-Organisationen wie *Babbar Khalsa International* oder *Babbar Khalsa Germany* vom Verfassungsschutz überwacht. Ihre Anhängerzahl wurde 2021 auf 400 Personen geschätzt.²⁹ Besonderes Aufsehen erregte 2023 die Ermordung eines Sikhs mit kanadischer Staatsbürgerschaft in Kanada, an der indische Regierungsstellen beteiligt gewesen sein sollen. Dies führte zu einer schweren Belastung der bilateralen Beziehungen, was sich unter anderem in der Ausweisung von Diplomaten niederschlug.³⁰ Im selben Jahr wurden die Beziehungen zwischen Indien und den USA durch den Anschlagversuch auf ein Mitglied der Sikh-Gemeinschaft mit amerikanischer Staatsbürgerschaft belastet, das sich in den USA ebenfalls für einen unabhängigen Sikh-Staat einsetzte. Die

amerikanische Justiz ermittelt auch in diesem Fall gegen staatliche Stellen in Indien.³¹

Ein dritter Problembereich im Herkunftsland ist Kastendiskriminierung, die trotz offiziellen Verbots im Jahr 1950 in verschiedenen Formen anhält. Davon bleibt die Diaspora mitunter nicht unberührt. So sah sich der amerikanische Bundesstaat Kalifornien 2023 veranlasst, ein Gesetz gegen Kastendiskriminierung zu verabschieden.³²

Relevanz für Deutschland

Die indische Regierung zielt darauf, dass die wachsende indische Diaspora in Deutschland zu einem positiven Indienbild beiträgt. Angesichts der ansonsten eher migrationskritischen Stimmung in der deutschen Politik und Gesellschaft funktioniert das auch weitgehend, weil die wirtschaftlichen Vorteile der Zuwanderung indischer Fachkräfte in Engpassberufen auf der Hand liegen und keine Berichte über Kriminalität vorliegen.

Die indische Diaspora ist in den letzten Jahren in Deutschland rasch gewachsen und befindet sich noch in einer Frühphase. In welchem Ausmaß und in welcher Weise sich ihre Mitglieder politisch engagieren werden, hängt stark von der weiteren Entwicklung und den sozioökonomischen Bedingungen der Einwanderung aus Indien sowie den Möglichkeiten zur Teilhabe in der deutschen Gesellschaft ab. Zudem wird abzuwarten sein, wofür sich die unterschiedlichen indischen Diasporagruppen politisch einbringen, etwa mit Blick auf politische Anliegen des Herkunftsstaats wie die Verbreitung einer hindunationalistischen Agenda,³³ wirtschaftliche Interessen in Deutschland oder den Kampf gegen Arbeitsausbeutung. Laut einer Untersuchung, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, ist die Zahl der Gruppen von

27 Vijaita Singh, »States Can Enact Law to Stop Cow Vigilantism, Centre Tells LS«, in: *The Hindu*, 11.12.2018, <<https://www.thehindu.com/news/national/states-can-enact-law-to-stop-cow-vigilantism-centre-tells-ls/article25720896.ece>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

28 Ingrid Therwath, »India's BJP Exports Hindutva Message. Hindu Nationalism's Global Networks«, in: *Le Monde Diplomatique*, 1.2.2023, <<https://mondediplo.com/2023/02/11hindutva>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

29 Bundesministerium des Innern und für Heimat/Bundesamt für Verfassungsschutz, *Verfassungsschutzbericht 2022*, Berlin, August 2023, S. 276, <<https://tinyurl.com/5b9xsrh3>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

30 Devirupa Mitra, »After Trudeau Alleges Indian Govt Link to Assassination of Sikh Citizen, India, Canada Expel Diplomats«, *The Wire*, 19.9.2023, <<https://tinyurl.com/4pjracde>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

31 Siddharth Varadarajan, »Whatever 'Rogue' Yarn the Modi Government May Spin on Pannun Plot, There'll Be No Happy Ending«, *The Wire*, 22.3.2024, <<https://tinyurl.com/kcwmh22v>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

32 »California State Senate Passes Caste Discrimination Bill«, in: *The Hindu*, 12.5.2023, <<https://www.thehindu.com/news/international/california-state-senate-passes-caste-discrimination-bill/article66842289.ece>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

33 Arani Basu u.a., »Digital Discords and Digital Othering: How Social Media Practices in the Diaspora Mimic the Home-grown Social Inequalities among the Indian Migrants in Germany«, in: *Migration and Diversity*, 4 (2025) 2, S. 15–31.

100 im Jahr 2017 auf knapp 270 im Jahr 2025 gestiegen. Über 40 Prozent davon stützen sich auf religiöse oder sprachliche Zugehörigkeiten; zugenommen hat in den vergangenen Jahren insbesondere die Zahl von Studierendeninitiativen.³⁴ Die Vernetzung findet dabei immer häufiger digital statt, ein Umstand, der zukünftige Formen der Selbstorganisation, Interessenvertretung und politischen Mobilisierung maßgeblich prägen wird. Dies dürfte auch Fragmentierungsprozesse innerhalb der indischen Diaspora weiter befördern. Chatgruppen und Influencer in sozialen Medien dienen zudem als Informationsquelle für Inder:innen, die an einer Zuwanderung nach Deutschland interessiert sind.

Je mehr indische Staatsangehörige nach Deutschland kommen, desto mehr sind auch politische Konflikte innerhalb der Diaspora absehbar. So lässt sich beispielsweise eine Zunahme von regierungsnahen, hindunationalistischen Akteuren auf der einen und regierungskritischen Gruppen auf der anderen Seite beobachten. In mehreren deutschen Städten gibt es Ortsverbände der RSS-Auslandsorganisation *Hindu Swayamsevak Sangh* (HSS), die sich in ihrem Internetauftritt primär als Organisation zu Festigung der kulturellen Identität als Hindus definiert. Daneben haben die *Overseas Friends of the BJP* sowie der Hindu-Weltrat Ableger in Deutschland.³⁵ Einige regierungskritische indische Gruppen, die gegen die Staatsbürgerschaftsreform der indischen Regierung protestierten³⁶ und sich mit den Protesten der *Cockroach-Bewegung* in Indien solidarisierten,³⁷ haben sich ebenfalls in Deutschland formiert.

Gerichtsurteile legen nahe, dass Indiens Auslandsgeheimdienst in Deutschland regierungskritische Personen und Organisationen ausspäht.

Obwohl die indische Botschaft und die Generalkonsulate in Deutschland hinsichtlich dieser Konfliktlinien bisher zurückhaltend agieren, deuten zwei Gerichtsurteile darauf hin, dass der indische Auslandsgeheimdienst *Research and Analysis Wing* (RAW) auch in Deutschland operiert und die Aktivitäten regierungskritischer Personen und Organisationen ausspäht.³⁸ Die deutsche Politik sollte sich dieser Konfliktlinien bei einer möglichen Zusammenarbeit mit Diasporaakteuren bewusst sein, zumal es keinen eindeutigen repräsentativen Ansprechpartner geben kann, auch wenn sich im März 2026 mit dem Bundesverband der Indischen Vereinigungen e.V. ein Dachverband mit einem solchen Anspruch gegründet hat.³⁹

Der Ausbau der bilateralen Beziehungen Deutschlands mit Indien sowie die wirtschaftlichen Potenziale der Partnerschaft unter anderem durch das Freihandelsabkommen mit der EU dürften der indischen Diaspora in Deutschland insgesamt zugute kommen. Die grundsätzliche Bedeutung der Diaspora wurde bereits 2022 in dem zwischen Berlin und Neu-Delhi geschlossenen Migrations- und Mobilitätspartnerschaftsabkommen⁴⁰ anerkannt und im Rahmen des GIZ-Programms »Migration & Diaspora«⁴¹ gefördert. Zudem hat die EU parallel zum Freihandelsabkommen mit Indien in der »gemeinsamen umfassenden strategischen Agenda« neue Initiativen für eine bes-

34 V. Subramanian Saravanan/Subha D. Ramesh/Mridula Singh, *Diaspora in Focus: Potential and Challenges of Indian Communities in Germany*, Report Submitted to the Federal Foreign Office and the Federal Government Commissioner for Migration, Refugees and Integration, and the Federal Government Commissioner for Anti-Racism, Bonn 2025.

35 »Seeing the Sangh«, *The RSS Project*, 12.2.2026, <<https://tinyurl.com/3xudbvct>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

36 Yossi Bartal, »Indiens Wahlkampf in Deutschland: Buhlen um die Diaspora«, in: *taz*, 18.4.2024, <<https://tinyurl.com/4py2d42h>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

37 »Indians Abroad Join the Cockroach Movement«, *Deutsche Welle*, 23.7.2026, <<https://tinyurl.com/y4xww8bt>> (eingesehen am 18.8.2026).

38 Florian Flade, »Indien und die Spionage«, *Verschlusssache* (Blog), 25.9.2023, <<https://tinyurl.com/3c44t6j2>>; Praveen Swami, »As India's External Intelligence Operations Expand Globally, a Growing Army of Spies Left out in the Cold«, *The Print*, 3.10.2023, <<https://tinyurl.com/4rcrpx2h>> (beides zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

39 »One Diaspora. One Voice. One Organization«, München: India Federation of Germany, 27.4.2026, <<https://indiafederationgermany.de/>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

40 Bundesministerium der Justiz, *Bekanntmachung des deutsch-indischen Abkommens über eine umfassende Migrations- und Mobilitätspartnerschaft*, Berlin, 5.5.2023, S. 11, <<https://tinyurl.com/5x8mnb3m>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

41 »Rückkehrende Fachkräfte und Diaspora-Engagement fördern. Fachkräftefonds Migration und Diaspora«, Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), 2025, <<https://www.giz.de/de/weltweit/80044.html>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

sere migrationspolitische Kooperation angekündigt.⁴² Das ermöglicht es indischen Diasporaakteuren, in Europa Fuß zu fassen und den Austausch zwischen Indien und EU voranzubringen. Das kann angesichts der Erfahrungen in anderen Ländern auch bedeuten, dass die genannten innenpolitischen Problemfelder des Herkunftslandes in der indischen Diaspora in Deutschland ebenfalls stärker zum Vorschein treten. Deshalb wird es notwendig sein, sich künftig noch intensiver mit den politischen Entwicklungen in Indien auseinanderzusetzen.

⁴² European Commission, »Towards 2030. A Joint European Union–India Comprehensive Strategic Agenda«, Pressemitteilung, Brüssel, 27.1.2026, <<https://tinyurl.com/yeymnx9k>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

Isabelle Werenfels

Marokko: Politik des Umgarnens

2025 verging kaum ein Tag, an dem marokkanische Medien nicht den Umgang mit den im Ausland lebenden Marokkaner:innen (*Marocains Résidant à l'Étranger*, MRE) thematisierten.¹ Dass die MRE immer intensiver umworben werden, ist wenig überraschend: Sie sind ökonomisch wie politisch bedeutsam für die langfristige Machtsicherung der marokkanischen Monarchie, die sich in ihrem ambitionierten Modernisierungsprojekt an asiatischen Entwicklungsdiktaturen zu orientieren scheint.²

Bereits in den 1960er Jahren hatte der damalige König Hassan II. aufgrund eines rasanten Bevölkerungswachstums Auswanderung gefördert. Damals ging es in allererster Linie um Entlastung des Arbeitsmarktes und Finanzhilfen durch Rücküberweisungen – nicht zuletzt, um in unterprivilegierten und daher potenziell aufmüpfigen Gegenden den sozialen Frieden zu wahren.³ Um einer (antimonarchischen) Politisierung von Auslandsmarokkaner:innen vorzubeugen, versuchte der Palast, die MRE vom Beitritt zu Parteien und Gewerkschaften sowie von Integration in das Wohnland und Übernahme anderer Staatsbürgerschaften

abzuhalten.⁴ Die sogenannten *Amicales*, mit den marokkanischen Botschaften verbundene Vereine für Arbeitsmigrant:innen, die teilweise noch bis 2005 aktiv waren, bezweckten denn auch primär die Kontrolle der MRE.⁵

Aber schon in den 1990er Jahren begann Hassan II. verstärkt auf Anreize und Angebote für die MRE zu setzen, von *controlling* (auch) zu *courting* überzugehen⁶ und zunehmend die Nachkommen der Auswander:innen ins Auge zu fassen.⁷

Ziele der Diasporapolitik: Loyalität, Investitionen und Nation Branding

Seit der Thronbesteigung von Mohammed VI. im Jahr 1999 wurde die Diasporapolitik nochmals klarer konturiert und in ihrer Zielsetzung erweitert. Die 2014 präsentierte, umfassende Strategie konzentriert sich nicht mehr nur auf europäische Staaten mit einer großen marokkanischen Diaspora, sondern hat globale Reichweite.⁸ Sie setzt parallel auf die Festigung der marokkanischen Identität von MRE und auf deren Verankerung und Vernetzung in den Wohnländern. Davon

1 Diese Fallstudie beruht auf Literaturrecherchen sowie Interviews mit offiziellen Stellen in Marokko, mit Wissenschaftler:innen in Marokko und Europa sowie mit in Deutschland lebenden Akteuren marokkanischer Herkunft (alle Interviews zwischen 2020 und 2025).

2 Internationalen Indizes zufolge bewegt sich Marokko in puncto Autokratie auf einem relativ breiten Spektrum: Freedom House (37/100 – partly free, 2026), V-Dem (closed autocracy, 2026) und Bertelsmann Transformationsindex 2026 (3,52 – hard autocracy). Vgl. auch Isabelle Werenfels/Ilyas Saliba, *Keine Konkurrenz für den König*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, April 2017 (SWP-Aktuell 25/2017), <<https://tinyurl.com/3rdj5c29>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

3 Als Überblick über die Entstehung der Diasporapolitiken und deren Wandel siehe Lalla Amina Drhimeur, *Moroccan Diaspora Politics Since the 1960s. Literature Review*, Istanbul: İstanbul Bilgi University, 12.10.2020, <<https://tinyurl.com/mskz5use>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

4 Leila Hanafi/Danielle Hites, »Morocco and Diaspora Engagement: A Contemporary Portrait«, in: Jack Mangala (Hg.), *Africa and Its Global Diaspora. The Policy and Politics of Emigration*, London 2017, S. 61 – 82.

5 Stefan Metzger, *Development Activities of Moroccan Migrant Organisations in Germany*, Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), 2015, <<https://tinyurl.com/2unp6jmf>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

6 Hein de Haas, »Morocco's Migration Transition: Trends, Determinants and Future Scenarios«, *Refworld – UNHCR's Global Law and Policy Database*, 29.10.2023 (Zugriff am 24.11.2025).

7 Der Begriff MRE umfasst die migrantischen und post-migrantischen Generationen. Oftmals werden auch Juden marokkanischer Herkunft dazugezählt.

8 Ministère chargé des Marocains Résidant à l'Étranger et des Affaires de la Migration, *Stratégie Nationale en faveur des Marocains du Monde*, 2023, <<https://tinyurl.com/5n8danuk>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

Infobox 1: Zahlen zur marokkanischen Diaspora

Rund 5,1 Millionen Marokkaner:innen sind offiziell im Ausland registriert; unter Einbeziehung nicht registrierter Personen wird die Diaspora auf 6 bis 6,5 Millionen Menschen geschätzt, was knapp 15 Prozent der marokkanischen Gesamtbevölkerung entspricht.^a Die meisten davon leben in Europa.

Deutschland zählte Ende 2024 laut Statistischem Bundesamt 102.925 Personen mit marokkanischer Staatsangehörigkeit (davon 7.810 in Deutschland, 95.115 im Ausland geboren, darunter 87.235 in Marokko).^b Es handelt sich primär um Arbeitsmigrant:innen, die seit den 1960er Jahren mit den Gastarbeiterabkommen und dem Familiennachzug in Land kamen. Nur in Einzelfällen geht es um Migration aus politischen Gründen.

2024 beliefen sich die Rücküberweisungen auf 12,9 Milliarden Dollar, was 8 Prozent des marokkanischen BIP entspricht.^c 2023 stammten die Gelder zu 30,8 Prozent aus Frankreich, zu 12,6 Prozent aus Spanien, zu 10,7 Prozent aus Saudi-Arabien und zu 9,2 Prozent aus Italien. Der Anteil aus Deutschland macht mit rund 385 Millionen Euro lediglich 3,6 Prozent aus.^d

a Conseil Economique, Social et Environnemental (CESE), *Renforcer le lien intergénérationnel entre les Marocain(e)s du Monde et le Maroc. Les chances et les défis*, Rabat, 9.11.2022 (Auto-saisine n°63/2022), <<https://tinyurl.com/ycy4hxpe>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

b Statistisches Bundesamt (Destatis), *Statistischer Bericht Ausländische Bevölkerung 2024*, Berlin, 15.4.2025 (EVAS-Nr. 12521), <<https://tinyurl.com/26uyvm96>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

c International Fund for Agricultural Development (IFAD), *International Day of Family Remittances 2025: Morocco – Migrants Sent Home over 8 Per Cent of GDP in 2024*, 16.6.2025, <<https://tinyurl.com/689bn9kh>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

d Office des Changes, *Rapport annuel de la balance des paiements et de la position extérieure globale du Maroc 2023*, Rabat 2024, <<https://tinyurl.com/3hfd3nt8>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

erhofft man sich innen-, außen-, wirtschafts- und geopolitische Vorteile.

Die Erwartungen an die MRE sind hoch: Sie sollen sich persönlich und finanziell für Marokko engagieren, für Investitionen und Tourismus werben und die marokkanische Vorreiterrolle in Afrika, etwa bei modernen Infrastrukturprojekten und erneuerbaren Energien, preisen. Vor allem aber sollen die MRE ein Kernanliegen Marokkos, die marokkanische Souveränität über die Westsahara, in ihrem Wohnland offensiv vertreten. In seiner jährlichen Rede zum Jubiläum des Grünen Marsches – mit dem Marokko 1975 seinen Anspruch auf die Westsahara territorial zu zementieren begann – erklärte der König 2024, die Angelegenheit der territorialen Integrität bedürfe der permanenten Mobilisierung, und erwähnte dabei explizit die MRE. Generell gelten diese als wichtiger Pfeiler im marokkanischen Nation Branding. Sie sollen sich, so der König in seiner Rede 2024, als »die wahren Botschafter ihres Landes« verstehen.⁹

Nicht erwünscht dagegen ist die eigenständige Politisierung der Diaspora. Wenn der König den »Patriotismus« und das »Engagement der Kompatrioten« für die »Verteidigung der geheiligten Symbole der Nation

und die Entwicklung des Landes« lobt, geht es darum, die MRE zu Loyalität gegenüber der Monarchie und ihrem politischen Kurs zu verpflichten. Damit sollen zwei Entwicklungen in der Diaspora verhindert werden: islamistische Radikalisierung und die Bildung einer demokratieorientierten Opposition, die sich gegen die Monarchie richtet.

Institutionen und Instrumente: Sanfte Steuerung

Die vom König 2024 angekündigte Schaffung einer neuen, übergeordneten Institution (siehe Infobox 2) kann als Eingeständnis gelten, dass die Resultate der bisherigen Politik hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind.

Bei den zahllosen Angeboten für MRE, die direkt vom Staat aufgesetzt oder offiziell unterstützt werden, gibt es diejenigen, die sich an alle MRE richten, und diejenigen, die gezielt (künftige) Eliten ansprechen. In die erste Kategorie gehört die »Operation Marhaba« (»Willkommen«), in deren Rahmen seit 2001 jährlich Millionen MRE bei ihren Sommerreisen nach Marokko administrative Unterstützung erfahren. Das besondere Augenmerk der Diasporapolitik gilt indes Eliten und Multiplikatoren unter den MRE. Erfolgreiche Auslandsmarokkaner:innen werden in oftmals kompetitiven und medial inszenierten

⁹ Kingdom of Morocco, »HM the King Delivers Speech to Nation on Green March 49th Anniversary (Full Text)«, 6.11.2024, <<https://tinyurl.com/ms4w9b6c>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

Veranstaltungen ausgezeichnet oder in Sommeruniversitäten für aufstrebende junge MRE eingebunden. Als Teil der »symbolischen marokkanischen Nation« wird ihnen die Wertschätzung des Königs vermittelt.¹⁰ Beide Seiten profitieren: Die Monarchie gewinnt Werbeträger und Unterstützer, die MRE können sich global vernetzen und ihre Chancen auf (internationale) soziale Mobilität erhöhen. Neben loyalen Diasporamedien finden sich auch zunehmend marokkostämmige Influencer:innen in Europa, die ihre marokkanische Identitätsfindung zelebrieren und Marokko enthusiastisch loben.¹¹

Infobox 2: Institutionen und Instrumente (Auswahl)

- *Département des Marocains Résidant à l'Étranger*, Abteilung im marokkanischen Außenministerium.
- *Conseil de la communauté marocaine à l'étranger* (CCME, seit 2007), in der Verfassung verankerte beratende Institution, welche die MRE repräsentieren und deren Anliegen in die Politik einbringen soll.
- *Fondation Hassan II pour les MRE* (seit 1990), organisiert unter anderem Sommer-Universitäten.
- *Fondation Mohammed V pour la Solidarité* (seit 1997), organisiert die Operation Marhaba.
- Botschaften pflegen Diasporanetzwerke, unterstützen Vereine, kooptieren erfolgreiche MRE.
- *Dar-al-Maghreb-Kulturzentren* zur Kultur- und Sprachvermittlung.
- *Conseil européen des oulémas marocains* (in Brüssel), soll den MRE den marokkanischen Islam näherbringen und Radikalisierung verhindern.
- *Fondation Mohammedia des Marocains résidant à l'étranger*, Gründung 2024 angekündigt, aber noch nicht erfolgt. Zuständig für die Strategie; soll die bestehenden Initiativen und Institutionen koordinieren.

Zu den vielleicht wichtigsten Botschaftern des marokkanischen Nation Branding mit dekolonialem Impetus werden Fußballer aus der Diaspora. Nahezu alle marokkanischen Nationalspieler sind im Ausland – oftmals in Spanien oder Frankreich – geborene MRE, die sich entschieden haben, der ehemali-

gen Kolonie, dem Land ihrer Vorfahren, den Vorzug zu geben.¹²

Neben den direkt vom Staat aufgesetzten Projekten kofinanziert Marokko zahlreiche Vereine in Wohnländern von MRE. Prominentes Beispiel in Deutschland ist das auch von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) geförderte Deutsch-Marokkanische Kompetenznetzwerk, das Expert:innen und Unternehmen zusammenbringt, um Projekte in Marokko zu realisieren. Außerdem werden Dutzende von lokalen (Kultur-)Vereinen von Marokko unterstützt.¹³ Deren Zweck reicht von Kulturvermittlung über Hilfe in Notlagen und für marokkanische Bedürftige bis hin zu Werbung für Marokko. Teilweise dienen sie dem marokkanischen Staat überdies dazu, die MRE-Szene im Auge zu behalten.¹⁴ 2025 wurde ein Marokkaner in Deutschland zu einer Bewährungsstrafe verurteilt, weil er Unterstützer der Protestbewegung im marokkanischen Rif ausspioniert hatte.¹⁵ Bereits 2023 hatte es einen ähnlich gelagerten Fall gegeben. Und Wissenschaftler:innen, Kultur- und Medienschaffende sowie Manager:innen unter den MRE berichten von der expliziten Erwartung marokkanischer Botschaften, sie möchten sich an der patriotischen Außendarstellung Marokkos beteiligen.¹⁶

Spätestens seit den islamistischen Terroranschlägen in Casablanca 2003 ist Marokko zudem bemüht, den eigenen moderaten, vom Sufismus inspirierten Islam nach innen und außen zu fördern und Radikalisierung in der Diaspora zu verhindern. Daraus resultiert das Bestreben, Moscheegemeinden im Ausland zu beobachten und religiöse Diskurse zu beeinflussen. So wurden etwa 2024 während des Ramadan 372 Imame

10 Mathieu Rilke, »Feeding the Ties to »Home«: Diaspora Policies for the Next Generations«, in: *International Migration*, 53 (2014) 2, S. 397–408.

11 Cécilia Leriche, »Ces créateurs de contenus issus de la diaspora, nouveaux ambassadeurs du soft power marocain«, *Telquel.ma*, 18.11.2026, <<https://tinyurl.com/mvfebyw2>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

12 Aomar Boum/Brahim El Guabli, »How Morocco's Diaspora Is Remaking the Nation«, *Africa Is a Country*, 24.6.2026, <<https://tinyurl.com/4nkwe3as>> (zuletzt eingesehen am 11.8.2026).

13 Zu Beispielen für solche Vereine siehe Stefan Metzger, *Development Activities of Moroccan Migrant Organisations* [wie Fn. 5].

14 Interviews mit MRE in und aus Italien, Deutschland, den USA und Kanada, 2023 bis 2025.

15 Issam El Yadar, »Berlin inculpe un activiste rifain pour espionnage au profit de Rabat«, in: *Le Desk*, 5.6.2025.

16 Interviews mit marokkanischen Diasporaakteuren in Deutschland, Frankreich und den USA, Juli 2024 bis März 2026.

für die MRE nach Europa entsendet.¹⁷ 2026 kamen im Rahmen solcher Ramadan Initiativen rund 80 Imame befristet nach Deutschland.¹⁸

Moscheen dienen auch als Transmissionsriemen für politische Botschaften der Monarchie.

Moscheen dienen auch als Transmissionsriemen für politische Botschaften der Monarchie. Marokkanische Imame, so berichten Diasporaakteure, würden anregen, für die Monarchie und die territoriale Integrität Marokkos (gemeint ist die Westsahara) zu beten.¹⁹ Der *Conseil européen des oulémas marocains* vermittelt in Kooperation mit lokalen Moscheen die »Spezifitäten des marokkanischen Islam« und die Rolle des Königs als Führer der Gläubigen.²⁰ In Deutschland wird der Zentralrat der Marokkaner, der rund hundert Moscheegemeinden vertritt und in die Deutsche Islamkonferenz eingebunden war, vom marokkanischen Staat unterstützt und wählt zusammen mit dem Religionsministerium Imame aus.²¹

Besonders intensiv versucht Marokko mit wirtschaftlichen Instrumenten um die MRE zu werben. Dazu gehören Investorenkonferenzen, etwa das *Forum Économique des Marocains du Monde*, das Angebot von Ko-finanzierungen, Steueranreize sowie vereinfachte Zoll- und Devisenregelungen.²² Diese Maßnahmen sind

nicht zuletzt eine Antwort auf bislang geringe MRE-Investitionen jenseits des Immobiliensektors.²³

Im Fokus stehen überdies *knowledge transfer* und *brain gain*: In der Diaspora erfolgreiche Marokkaner:innen werden ins Land zurückgeholt, um dort Innovationen voranzutreiben. Ein aktuell prominentes Beispiel ist der für Innovation zuständige Staatsminister, der jahrzehntelang in Deutschland lebte und bei BMW tätig war. Auch für Führungspositionen staatsnaher Unternehmen werden immer mehr MRE rekrutiert.

Infobox 3: Rechtlicher Status/Bürgerrechte

- Art. 16 – 18 in der Verfassung von 2011 beziehen sich explizit auf die MRE.
- Staatsbürgerschaft wird qua Geburt weitergegeben (*jus sanguinis*), seit 2004 auch durch die Mutter; der Entzug und das Ablegen der Staatsbürgerschaft sind nur in Ausnahmefällen möglich.
- Das aktive und passive Wahlrecht der MRE ist in der Verfassung verankert (Art. 17), de facto aber bislang eingeschränkt. Das aktive Wahlrecht kann nur physisch in Marokko oder qua Vollmacht ausgeübt werden. MRE dürfen kandidieren, müssen aber einem Wahlkreis in Marokko zugeordnet sein, was eine Hürde darstellt.

Nicht zuletzt sollen die MRE über den *Conseil de la communauté marocaine à l'étranger* an politischen Entscheidungsprozessen mitwirken können. Seit 2011 ist das Wahlrecht der MRE in der Verfassung verankert. Das aktive Wahlrecht bleibt indes eingeschränkt (siehe Infobox 3). Wiederholte Vorstöße unterschiedlicher politischer Akteure, zuletzt mit Blick auf die Parlamentswahlen 2026, im Ausland Wahllokale einzurichten, verliefen im Sand oder wurden gar im Parlament von den großen Parteien abgelehnt²⁴ – mutmaßlich aus Sorge, unabhängige Akteure oder progressive kleinere Parteien könnten davon profitieren.

17 »Le Maroc a envoyé 372 imams à l'étranger en 2024 pour encadrer les MRE«, *Telquel.ma*, 26.11.2024, <<https://tinyurl.com/mtvhmm87>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

18 Interviews mit offiziellen Akteuren, Rabat und Berlin, Februar 2025 und März 2026.

19 Karam Akrouf, *Morocco's Influence on Diaspora Views: The Western Sahara Conflict*, Gent: Universität Gent, 2024, <<https://tinyurl.com/4bx38nvp>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

20 »Le Conseil Européen des Oulémas Marocains, organise en collaboration avec l'Association des Etudiants Marocains Musulmans aux Pays-Bas, un forum d'information avec un groupe de compétences marocaines«, *Conseil Européen des Oulémas Marocains*, 12.4.2020, <<http://bit.ly/3ZD4z7T>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

21 Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags, Verbände der Deutschen Islamkonferenz, *Ergänzungen zu WD 1-011/18*, A, Berlin, 10.4.2018 (WD 1 – 3000 – 013/18), <<https://tinyurl.com/553v5h6d>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

22 »L'Observatoire du Travail Gouvernemental publie un rapport sur le rôle des MRE«, *Le Conseil de la Communauté Marocaine à l'Etranger (CCME)*, 3.12.2024, <<https://tinyurl.com/2kkywf74>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

23 »Investir au Maroc, oui, mais les MRE veulent des garanties«, *bladi net*, 26.6.2025, <<https://tinyurl.com/37264kd2>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

24 Ghita Zine, »Elections au Maroc: Quelle place pour la participation politique des MRE d'ici 2026?«, *Yabiladi.com*, 9.8.2025, <<https://tinyurl.com/38uxh4y9>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

Grenzen der Politik: Kritische MRE und europäische Maßnahmen

Die Effektivität der marokkanischen Diasporapolitik lässt sich nur punktuell messen. Dass einzelne Instrumente wie die Sommeruniversitäten erfolgreich sind, zeigt sich an der großen Nachfrage. Daten zu Investitionen zeigen, dass diese ausbaufähig sind, während die Rücküberweisungen weiter zunehmen. Loyalität und Bindung indes lassen sich nur schwer eruieren und hängen auch von der Zusammensetzung der jeweiligen Diaspora ab. Gespräche mit MRE in Europa sowie die Literatur lassen auf ein insgesamt hohes Maß an Loyalität gegenüber Marokko und der Monarchie schließen sowie auf einen geringeren Grad an Polarisierung als etwa in der türkischen Diaspora. Sie verweisen aber dennoch auf eine ganze Reihe an Herausforderungen für die marokkanische Diasporapolitik.

Diasporaakteure möchten sich nicht mit eingeschränkter politischer Partizipation zufriedengeben.

So gibt es in der Diaspora durchaus Kritik an der marokkanischen Regierungspolitik und selbst der Monarchie. Diasporaakteure möchten sich nicht mit eingeschränkter politischer Partizipation zufriedengeben, wie Studien²⁵ und Presseartikel zeigen.²⁶ Kritisiert wird neben dem Wahlrecht, dass der CCME undemokratisch und intransparent funktioniere und, genauso wie oftmals die Konsulate, die Interessen gewöhnlicher MRE nicht wahrnehme.²⁷ Protestaktionen im Ausland wiederum unterlaufen das Nation Branding. 2017 solidarisierten sich MRE mit den Protesten in der Rif-Region,²⁸ und im Oktober 2025 haben sie zu Hunderten vor verschiedenen marokkanischen Botschaften in Europa ihre Unterstützung der

GenZ 212 in Marokko demonstriert.²⁹ Diese begehrte unter anderem gegen die Finanzierung von Großprojekten wie der Fußball-WM 2030 in Marokko auf und forderte stattdessen Investitionen in die staatlichen Gesundheits- und Bildungssektoren. In EU-Ländern mit großer marokkanischer Diaspora lancieren MRE-Aktivist:innen, darunter marokkostämmige Politiker:innen, Kampagnen für aus politischen Gründen in Marokko inhaftierte Personen und schaffen es zuweilen, das Europäische Parlament zu mobilisieren.³⁰

Gerade postmigrantische Generationen scheinen teilweise wenig empfänglich für rein positive Marokkobilder zu sein,³¹ identifizieren sich nur begrenzt mit nationalen Anliegen wie dem Souveränitätsanspruch auf die Westsahara,³² lehnen Kontrolle ab, wollen sich nicht als Objekt transaktionaler Politiken sehen³³ oder stellen gar die religiöse Autorität des Königs infrage.³⁴ Moniert werden auch wirtschaftliche Barrieren, die das Werben um Investoren durchkreuzen, etwa der unsichere Rechtsrahmen, Korruption und für MRE schwer zu durchdringende Patronagestrukturen. Ein weiteres, vom Staat schwer zu lösendes Problem ist, dass Urlaub in Marokko aufgrund des gestiegenen Preisniveaus für den durchschnittlichen MRE (zu) teuer geworden ist.³⁵

29 »Des centaines de personnes se rassemblent à Marseille et Paris en soutien au collectif marocain ›GenZ 212‹, in: *Le Parisien*, 5.10.2025, <<https://tinyurl.com/48xmsx77>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

30 European Parliament, *European Parliament Resolution of 19 January 2023 on the Situation of Journalists in Morocco, Notably the Case of Omar Radi*, 19.1.2023 (Procedure 2023/2506[RSP]), <<https://tinyurl.com/yzxaw89h>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

31 Mathieu Rilke, »We're Not Coming from Mars; We Know How Things Work in Morocco! How Diasporic Moroccan Youth Resists Political Socialisation in State-led Homeland Tours«, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 45 (2019) 4, S. 674–691, <<https://tinyurl.com/4kkf43rm>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

32 Akrouf, *Morocco's Influence on Diaspora Views* [wie Fn. 19].

33 African Foundation for Development (AFFORD)/International Centre for Migration Policy Development (ICMPD), *Diaspora Engagement Mapping: Morocco*, April 2020, aktualisiert Dezember 2023, <<https://tinyurl.com/2vwyjym4>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

34 Interviews mit MRE, die »marokkanische Moscheen« in Europa besuchen, 2025.

35 »Les obstacles qui découragent les MRE au Maroc«, *bladi.net*, 10.8.2025, <<https://tinyurl.com/48fe75jx>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

25 Emanuela Dalmasso, »Participation Without Representation: Moroccans Abroad at a Time of Unstable Authoritarian Rule«, in: *Globalizations*, 15 (2018) 2, S. 198–214.

26 Hiba Chaker, »Les Marocains du monde veulent une voix, pas seulement un rôle économique«, *Le Matin.ma*, 13.10.2025, <<https://tinyurl.com/3tc57nn8>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

27 Abdelkrim Belguendouz, *Citoyens MRE, Institutions Dédiées et Gouvernance Migratoire. Quelle(s) réforme(s) et pourquoi?*, Eigen-druck des Autors, 2025, S. 111ff.

28 »Allemagne: un deuxième Marocain condamné pour espionnage de compatriotes«, *Mediapart*, 1.9.2025, <<https://tinyurl.com/kfnmec3t>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

Auch Gesetzgebung, Politik, innenpolitische Machtkämpfe und Freiheitsrechte in europäischen Staaten setzen der marokkanischen MRE-Politik Grenzen. Zum einen versuchen einige EU-Staaten, den Einfluss Marokkos zu schmälern, indem sie etwa, wie in einigen spanischen Provinzen, marokkanische Kultur- und Sprachprogramme einstellen³⁶ oder die Entsendung von Imamen mit Restriktionen belegen. So beschloss Frankreich, ab 2024 keine *Imams détachés* mehr zu erlauben.³⁷ In Deutschland und anderen Staaten dürfen Imame zwar nicht von Marokko, aber von Moscheegemeinden bezahlt werden – eine Praxis, die zunehmend umstritten ist.

Zum anderen kollidieren unterschiedliche Vorstellungen von Meinungsfreiheit. So warf Marokko Deutschland 2021 vor, einen islamistischen Akteur im Netz Propaganda gegen den König verbreiten zu lassen.³⁸ Das erwähnte Ausspionieren oppositioneller MRE wiederum verstößt gegen deutsche Gesetze.

Relevanz für Deutschland

Im Vergleich zum Vorgehen anderer in dieser Studie diskutierten Staaten hat die marokkanische Diasporapolitik aus deutscher Perspektive vor allem positive Seiten. Sie konterkariert die deutsche Politik gegenüber transnationalen Bürger:innen nicht, sondern zielt darauf, Brückenbauer:innen zu gewinnen. Der marokkanische König respektiert die komplexen, überlappenden Identitäten einer globalisierten Welt. Kulturvereine bemühen sich um Integration und die Vermittlung deutscher Sprachkenntnisse und kümmern sich um Kinder und Jugendliche.

Deutsche Entwicklungsprojekte und -programme des BMZ und der GIZ binden zunehmend Diasporaakteure ein. Diese engagieren sich auch auf nicht-staatlicher Ebene, etwa bei der (privaten) Facharbeitsvermittlung. Die Verwurzelung in zwei Kulturen kann überdies politisch relevante Effekte zeitigen.

36 Gita Zine, »Scrapping Arabic and Moroccan Culture Classes Gains Ground in Spain«, *Yabiladi.com*, 9.7.2026, <<https://tinyurl.com/lyzkvuxje>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

37 Robin Richardot, »Fin des «imams détachés» en France: un an après, une difficile mise en place«, in: *Le Monde*, 2.1.2025, <<https://tinyurl.com/5atc3zmt>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

38 Sven Becker u. a., »Wie dieser YouTuber die Krise zwischen Deutschland und Marokko befeuert«, in: *Der Spiegel*, 6.5.2021.

Das hat sich etwa in der erheblichen diplomatischen Krise zwischen Marokko und Deutschland 2021 manifestiert, als Marokko, unter anderem aufgrund als antimarokkanisch interpretierter deutscher Aktivitäten zur Westsahara im Sicherheitsrat, die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abrupt abbrach. Hier konnten marokkanische Diasporaakteure in Deutschland deeskalierend agieren und zur Entspannung beitragen.

Ein zweischneidiges Schwert sind indes die nach wie vor stattfindenden Versuche, politische Aktivitäten von MRE zu kontrollieren. Zwar hat auch Deutschland ein Interesse daran, potenziell gefährliche radikal-islamistische Akteure zu identifizieren. Berlin war früher mehrfach auf Informationen marokkanischer Dienste angewiesen, die solche Akteure überwachen. Transnationale Repression aber, sprich: Kontrolle oder Einschüchterung von Auslandsmarokkaner:innen, die sich als oppositionell verstehen und dies friedlich manifestieren, widerspricht fundamental dem Freiheitsgedanken einer liberalen Demokratie und kann zu zwischenstaatlichen Verstimmungen führen.

Das Gefühl marokkostämmiger Personen, sie gehörten zu Deutschland und würden nicht ausgegrenzt, ist in den vergangenen Jahren teilweise erodiert.

Gleichzeitig kann Deutschland deutlich mehr leisten, um Auslandsmarokkaner:innen dabei zu unterstützen, Innovation und Reformen nach Marokko zu tragen. Bedingung dafür ist allerdings, dass marokkostämmige Personen das Gefühl haben, sie gehörten zu Deutschland und würden nicht ausgegrenzt. Dieses Gefühl ist in den vergangenen Jahren teilweise erodiert, wie Gespräche mit marokkanischen Diasporaakteuren zeigen.³⁹ Konkret haben die teils pauschalisierenden, islamophoben und rassistischen Debatten über nordafrikanische Männer, etwa nach den Ereignissen rund um die Kölner Domplatte am Silvesterabend 2015/16, sowie die normative Inkonsistenz deutscher Positionen gegenüber den Kriegen und Opfern in der Ukraine und in Gaza zu einer gewissen Entfremdung geführt. Hier gilt es, mit positiven Signalen und Gegenmaßnahmen anzusetzen, wenn man die sprichwörtlichen Brückenbauer:innen gewinnen will.

39 Selbst in Deutschland geborene MRE berichten vermehrt, dass sie für ihre Kinder auch marokkanische Pässe beantragen, denn »man wisse ja nie«.

Sabine Fischer

Russland: Diasporapolitik als Waffe im hybriden Krieg

Die russische Diktatur setzt Diasporapolitik als Waffe in der hybriden Kriegsführung ein. Das war nicht immer so. In den 1990er Jahren musste die Russische Föderation damit umgehen, dass sich nach dem Zerfall der Sowjetunion etwa 25 Millionen Russischstämmige außerhalb der russischen Staatsgrenzen wiederfanden. Sie waren während der zaristischen und der sowjetischen Herrschaft in andere Teile des Reiches migriert, umgesiedelt oder zwangsdeportiert worden. Angesichts der eigenen Transformationskrise war Russland in dieser Phase kaum zu einer konsistenten Diasporapolitik in der Lage. Revisionistische Vorstellungen von erneuter imperialer Ausdehnung und Eingliederung »russisch besiedelter Gebiete« existierten, blieben aber auf die Ränder des politischen Spektrums beschränkt.¹ Das war auch im Interesse der politischen Führung unter Präsident Boris Jelzin, dem an kooperativen Beziehungen mit den westlichen Staaten gelegen war. Der Blick Moskaus auf die russische Diaspora in den Nachbarstaaten änderte sich mit dem Machtantritt von Wladimir Putin und der zunehmenden Autokratisierung des russischen politischen Systems.² Im Laufe der 2000er Jahre wurde die Diasporapolitik Russlands nicht nur systematischer und offensiver, sondern auch auf einen immer größeren geographischen Raum ausgeweitet.

Ideologische Grundlagen

Bereits 2001 führte Putin das Konzept der »russischen Welt« (*Russkij Mir*) ein. Diese sei schon immer über die

eigenen Staatsgrenzen hinausgegangen und umfasse Millionen von Menschen, »die russisch sprechen, denken und, vielleicht am wichtigsten – fühlen«.³ Die vage Formulierung zielte weit über die ethnische und/oder rechtliche Zugehörigkeit zur Russischen Föderation hinaus auf eine möglichst breit verstandene Affinität mit Russland und allem Russischen.

Moskau schrieb der russischen Diaspora zwei Funktionen zu. Die »Landsleute« sollten erstens Multiplikator:innen eines positiven Russlandbildes im Ausland sein. Der russische Staat schrieb sich, zweitens, die Verantwortung für die Sicherheit russischer »Landsleute« im Ausland zu. Daraus leitete er das Recht ab, in die Souveränität anderer Staaten einzugreifen, wenn er diese Sicherheit bedroht sah.

Die politisch-ideologische Begründung der Diasporapolitik wurde zu einem zentralen Legitimationsnarrativ für die erneute Schaffung einer imperialen Einflusszone.⁴ So behauptete Moskau von den demokratischen Revolutionen, die 2003 in Georgien und 2004 in der Ukraine stattfanden, sie gefährdeten »russische Landsleute« in beiden Ländern. Den Krieg gegen Georgien führte Russland im August 2008 erstmals mit der expliziten Begründung, »Landsleute« in einem anderen Land schützen zu müssen. Auf die gleiche »Schutzverpflichtung« berief es sich bei den Überfällen auf die Ukraine 2014 und 2022.

Den größeren Rahmen für die zunehmend imperiale Diasporapolitik bildete das Narrativ über die Konfrontation zwischen Russland und dem Westen, die nicht nur als geopolitischer Konflikt, sondern als Zivilisations- und Wertekrieg beschrieben wird. Das Putin-Regime beansprucht für sich, innerhalb des

1 Marlene Laruelle, *The »Russian World«. Russia's Soft Power and Geopolitical Imagination*, Washington, D.C.: Center on Global Interests, Mai 2015.

2 Internationalen Indizes zufolge gilt Russland als stark bzw. geschlossen autoritär: Freedom House (12/100 – not free, 2026); V-Dem (closed autocracy, 2026), Bertelsmann Transformationsindex (3,22 – harte Autokratie, 2026).

3 Mikhail Suslov, »Russian World« Concept: Post-Soviet Geopolitical Ideology and the Logic of »Spheres of Influence«, in: *Geopolitics*, 23 (2018) 2, S. 330–353.

4 Marcin Kosienkowski, »The Russian World as a Legitimation Strategy Outside Russia: The Case of Gagauzia«, in: *Eurasian Geography and Economics*, 62 (2020) 3, S. 319–346.

russisch dominierten Zivilisationsraums die eigenen »traditionellen Werte« gegen »westliche Wertedekadenz« zu verteidigen. Diesen »Verteidigungskrieg« trägt das Regime sowohl in der Ukraine und anderen Nachbarstaaten als auch auf europäischer und globaler Ebene aus.

Rechtliche und politische Grundlagen

Die russische Verfassung von 1993 band die Fürsorgepflicht der Russischen Föderation für Russ:innen im Ausland explizit an deren russische Staatsbürgerschaft.⁵ 1999 wurde dieser Zusammenhang im föderalen Gesetz »Über die staatliche Politik im Hinblick auf die Landsleute im Ausland« aufgeweicht. Die hier niedergelegte Definition von »Landsleuten im Ausland« umfasste nun außer russischen Staatsbürger:innen auch »Nachkommen von Völkern, die historisch auf russischem Gebiet lebten, sowie Personen, die sich frei für eine geistige, kulturelle und rechtliche Bindung an Russland entschieden und deren Vorfahren früher im Gebiet der Russischen Föderation gelebt haben«.⁶ Diese Sichtweise findet sich auch in der Verfassung von 2020.⁷

2022 stellte das »Konzept für die humanitäre Politik der Russischen Föderation im Ausland« die Kulturaußenpolitik in den Kontext eines globalen Kampfes um kulturelle Vorherrschaft.⁸ Dort heißt es, feindliche Kräfte versuchten, den Wert der russischen Kultur herabzusetzen und die »russische Welt« zu diskreditieren. Deshalb müsse die russische Politik in der

humanitären Sphäre die »traditionellen, geistig-moralischen Werte Russlands« schützen und die »objektive Wahrnehmung unseres Landes in der Welt voranbringen«.⁹ Diasporapolitik wird so explizit in das Streben nach einer multipolaren Welt eingebettet.¹⁰ Das außenpolitische Konzept der Russischen Föderation von 2023 beschränkt die staatliche Schutzfunktion auf solche »Landsleute im Ausland«, die Russland gegenüber »konstruktiv eingestellt« seien. Es betont außerdem den Schutz von »Landsleuten« in »unfreundlichen Staaten«. Der Schutzanspruch umfasst damit auch »Landsleute« in westeuropäischen Demokratien, die das russische Außenministerium 2022 zur Gänze in eine »Liste unfreundlicher Staaten« aufgenommen hat.¹¹

Instrumente

Rossotrudnitschestwo und die Stiftung »Russische Welt« sind die wichtigsten staatlichen Organisationen zur Verbreitung der Ideologie von der russischen Welt im Ausland. Zu ihren Aufgaben zählen unter anderem die Förderung russischer Sprache, Kultur, Wissenschaft und Bildung, die Unterstützung russischer »Landsleute« und die Propagierung »traditioneller Werte«.¹² Beide Organisationen finanzieren Kulturveranstaltungen, Austauschprogramme und Projekte mit einheimischen Partnerorganisationen, mit denen sie durch den »Koordinationsrat russischer Vereine in Deutschland« verbunden sind. *Rossotrudnitschestwo* ist außerdem für die Russischen Häuser im Ausland zuständig, die als Plattformen für russische Propagandanarrative und Kontakte mit russlandfreundlichen Teilen der jeweiligen Bevölkerung fungieren.¹³ Im Juli 2022 wurden *Rossotrudnitschestwo* und die Stiftung »Russische Welt« von

5 Constitution of the Russian Federation, 1993, Art. 61 Abs. 2, <https://www.constituteproject.org/constitution/Russia_2014> (zuletzt eingesehen am 10.8.2026).

6 *Federal'nyj zakon ot 24.05.1999 g. № 99-FZ: O gosudarstvennoj politike Rossijskoj Federacii v otnošenii sootečestvennikov za rubežom* [Föderales Gesetz vom 24.5.1999 Nr. 99-FZ Über die staatliche Politik der Russländischen Föderation in Beziehung zu den Landsleuten im Ausland], <<https://tinyurl.com/ytwhptff>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

7 *Russian Federation Constitution* (Venice Commission CDL-REF (2021) 10 Art. 70, Abs. 3, <<https://tinyurl.com/2x549e2y>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

8 *Ukaz Prezidenta RF ot 5 sentjabrja 2022 g. № 611, »Ob utverždenii Konceptii gumanitarnej politiki Rossijskoj Federacii za rubežom«* [Verordnung des Präsidenten der Russischen Föderation vom 5. September 2022 Nr. 611, »Über die Bestätigung der Konzeption der humanitären Politik der Russischen Föderation«], 6.9.2022, <<https://tinyurl.com/3sjvvvdt>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

9 Ebd., S. 4.

10 Ebd., S. 18.

11 *Ukas ot 31 marta 2023 g. N229 Ob utwerschenii konceptzii wneschnej politiki Rossijskoj Federacii* [Verordnung vom 31. März 2023 Nr. 229 des Präsidenten der Russischen Föderation, Über die Bestätigung der außenpolitischen Konzeption der Russischen Föderation], Abschnitt 47, <<https://tinyurl.com/mr3hz8dn>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

12 Zu Tätigkeiten von *Rossotrudnitschestwo* siehe <<https://rs.gov.ru/activities/>>. Satzung der Stiftung Russische Welt: <https://russkiymir.ru/fund/USTAV_2024.pdf> (beides zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

13 Nadiia Koval/Maryna Irysova/Serhiy Tytiuk/Denys Tereshchenko, *Rossotrudnitschestvo: The Unbearable Harshness of Soft Power*, Kiew: Ukrainian Institute, 2022.

der Europäischen Union mit Sanktionen belegt.¹⁴ Die Zahl der im EU-Raum aktiven Russischen Häuser sank jedoch nur um etwa ein Drittel, von 28 auf 20.¹⁵ Das Russische Haus in Berlin blieb weiter geöffnet, ebenso wie jene in Paris, Wien, Rom und anderen Hauptstädten.¹⁶ Die Bundesregierung entschloss sich erst im September 2026, es in Reaktion auf einen vereitelten russischen Drohnenanschlag auf den Leipziger Flughafen zu schließen.¹⁷ *Rossotrudnitschestwo* und die Stiftung »Russische Welt« sind eng mit der Russisch-Orthodoxen Kirche verbunden, die über ihre Diözesen im Ausland ebenfalls russische Propaganda weiterträgt.¹⁸

Die russischen Auslandsmedien pflanzen überall auf der Welt russische Propagandanarrative in gesellschaftliche Diskurse ein.

Die staatlich kontrollierten russischen Medien spielen ebenfalls eine wichtige Rolle in der russischen Diasporapolitik. Sie verbreiten die Weltansicht des Putin-Regimes. Menschen außerhalb Russlands, die des Russischen mächtig sind, konsumieren häufig die russischen Fernsehkanäle und sind in den russischen sozialen Netzwerken aktiv. Die russischen Auslandsmedien RT, Sputnik und Ruptly arbeiten mittlerweile in über 25 Sprachen und erreichen so einen sehr viel

größeren Personenkreis.¹⁹ Sie pflanzen überall auf der Welt russische Propagandanarrative in gesellschaftliche Diskurse ein. Die EU setzte RT, Sputnik und andere russische Medien ab 2022 auf ihre Sanktionslisten.²⁰ Gleichwohl können sie im EU-Raum wie die russischen Inlandsfernsehsender weiter über das Internet und die sozialen Medien konsumiert werden.

Infobox 1: Instrumente

- Föderale Agentur für Angelegenheiten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, der im Ausland lebenden Landsleute und für internationale humanitäre Zusammenarbeit (*Rossotrudnitschestwo*)
- Stiftung »Russische Welt« (*Russkij Mir*)
- Russisch-Orthodoxe Kirche
- staatlich kontrollierte Medien und Auslandsmedien
- nicht-staatliche Akteure
- Rückkehrprogramme

Auch nicht-staatliche russische Organisationen und private Akteure beteiligen sich an der russischen Diasporapolitik.²¹ Milliardäre wie Wladimir Jakunin und Konstantin Malofeev betreiben eigene Stiftungen und Medien, die ultrakonservative, illiberale und antidemokratische Netzwerke im Ausland finanzieren.²² Malofeev und Jakunin haben enge Beziehungen in den Kreml und zur Russisch-Orthodoxen Kirche.

Die genannten Akteure pflegen Kontakte mit populistischen und rechtsextremistischen politischen Kräften in europäischen Demokratien. Die russischen Auslandsmedien bieten ihnen Echoräume für rechtsextremistische und antieuropäische Narrative in der EU.²³

14 »Council Implementing Regulation (EU) 2022/1270 of 21 July 2022«, in: *Official Journal of the European Union*, L193, 21.7.2022, <<https://tinyurl.com/3x59bcyh>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

15 Yuqing Yang, *ifa External Cultural Policy Monitor – Russian Federation: Country Report*, Stuttgart 2024.

16 Andreas Hartmann, »Das Russische Haus. Putins Außenposten mitten in Berlin«, in: *taz*, 13.1.2026, <<https://tinyurl.com/yx7hfeh>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026); Patrick Heinemann, »Kreml-Propaganda im Herzen der Hauptstadt. Berlin setzt EU-Sanktionen gegen Russisches Haus nicht um«, *LTO*, 14.12.2022, <<https://tinyurl.com/7cc6a98j>> (beides zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

17 Mona Jaeger u.a., »Dobrindt und Wadephul zu Drohnenvorfall in Leipzig: Diesen Preis soll Russland bezahlen«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (online), 1.9.2026, <<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/drohnenvorfall-in-leipzig-diesen-preis-soll-russland-bezahlen-201180607.html?share=Email>>.

18 Andreas Heinemann-Grüder, *Russen in Deutschland – Putins Mannen? Zur Radikalisierung russischer Milieus in Deutschland*, Bonn: core-nrw, September 2024 (Kurzgutachten 8), S. 20.

19 »RT (Russia Today) as Guerrilla Activists«, *EUvsDisinfo*, 27.9.2024, <<https://tinyurl.com/4wvujx43>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

20 »Verordnung (EU) 2022/350 des Rates vom 1. März 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren«, in: *Amtsblatt der Europäischen Union*, L65, 2.3.2022, <<https://tinyurl.com/bdd4uka7>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

21 Yang, *ifa External Cultural Policy Monitor* [wie Fn. 15].

22 Neil Datta, *Die Spitze des Eisbergs: Religiös-extremistische Geldgeber gegen Menschenrechte auf Sexualität und reproduktive Gesundheit in Europa, 2009–2018*, Brüssel: Europäisches Parlamentarisches Forum, Juni 2021.

23 Marlene Laruelle, *Is Russia Fascist? Unraveling Propaganda East and West*, Ithaca/London 2021, S. 132f.

Infobox 2: Postsowjetische Migration in Zahlen

Deutsche Spätaussiedler:innen bzw. Russlanddeutsche bilden mit etwa 2,5 Millionen Menschen (circa 51 Prozent aus Kasachstan, 39 Prozent aus Russland, jeweils unter 5 Prozent aus Kirgistan, der Ukraine und Usbekistan) die größte Gruppe der postsowjetischen Migration. Gleichzeitig mit ihnen wanderten etwa 220.000 Kontingentgeflüchtete jüdischer Herkunft ein.^a Sowohl Spätaussiedler:innen als auch Kontingentgeflüchteten erleichterte die Bundesrepublik als Opfern des NS-Regimes die Einwanderung.

Deutschland nahm außerdem etwa 50.000 Geflüchtete aus dem Nordkaukasus, vor allem aus Tschetschenien, auf.^b Seit den 2010er Jahren sind Zehntausende aus politischen Gründen aus Russland und Belarus nach Deutschland emigriert. Außerdem leben seit 2022 etwa eine Million ukrainische Kriegsgeflüchtete in Deutschland.

Die übrigen Migrant:innen kamen aus anderen biographischen Gründen (Ausbildung, Arbeit, Familie) nach Deutschland. Die Frage, wie viele postsowjetische Migrant:innen russisch-

sprachig sind, ist nicht eindeutig zu beantworten.^c Die pauschale Zuschreibung als »Russischsprachige« ist deshalb eine unkritische Aneignung des ideologisierten Sprachgebrauch des Putin-Regimes.

a Nils Friedrichs/Johannes Graf, *Integration gelungen? Lebenswelten und gesellschaftliche Teilhabe von (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedlern*, Berlin 2022 (SVR-Studie).

b Gesine Dornblüth, »Tschetschenen in Europa. Gefährder und Gefährdete«, in: Deutschlandfunk, 10.1.2029, <<https://tinyurl.com/5ybc348j>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

c Tatiana Golova/Liliia Sablina, »Contested Diasporization in Wartime: Illiberal Mobilization of Russian-Speaking Migrants in Germany«, in: *Demokratizatsiya: The Journal of Post-Soviet Democratization*, 32 (2025) 4, S. 413–439.

Schließlich hat der russische Staat Rückkehrprogramme aufgelegt, um Menschen für die Umsiedlung nach Russland zu gewinnen. Die Einbürgerung steht mittlerweile Angehörigen aller Volksgruppen offen, die in der Vergangenheit auf dem Territorium des russischen oder sowjetischen Imperiums gelebt haben.²⁴ In den Genuss erleichterter Einbürgerung kommt außerdem, wer sich freiwillig zur russischen Armee meldet und/oder »russische Werte teilt«.²⁵ Ziel der Einbürgerungspolitik ist es, der demographischen Krise Russlands entgegenzuwirken. Sie soll dringend benötigten Nachschub für die russischen Streitkräfte generieren und Menschen dazu bewegen, aus weltanschaulichen Gründen nach Russland umzusiedeln. Über solche Fälle »politischer Emigration« wird in den staatlich kontrollierten russischen Medien ausführlich berichtet. Der Erfolg der Repatriierungspolitik bleibt jedoch beschränkt. 2021 war mit knapp 80.000 Eingewanderten das erfolgreichste Jahr. Seitdem sanken die Zahlen drastisch auf etwa 25.000 im Jahr 2025.²⁶

24 Tsypylma Darieva/Tatiana Golova/Daria Skibo, *Russian Migrants in Georgia and Germany: Activism in the Context of Russia's War Against Ukraine*, Berlin: ZOIS, Oktober 2025 (ZOIS Report, Nr. 3).

25 »Putin Signs Decree Granting Residency to Foreigners Who Share 'Traditional' Russian Values«, in: *The Moscow Times*, 19.8.2024, <https://tinyurl.com/47n2tdbe> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

26 »Číslo želajušičich pereselit'sja v Rossiju obvalilos' do minimuma za 15 let [Die Zahl der Menschen, die nach Russ-

Diasporapolitik ohne Diaspora

In Deutschland leben heute etwa 4,5 Millionen Menschen mit biographischen, sprachlichen und geschichtlichen Verbindungen zur Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten. Innerhalb dieser postsowjetischen Migration gibt es vielfältige ethnische, kulturelle, religiöse und politische Bezüge.²⁷ Es ist daher nicht möglich, sie als einheitliche Diaspora zu bezeichnen.²⁸

Die in Infobox 2 zusammengefassten Informationen zur postsowjetischen Migration machen deutlich, dass die russische Diasporapolitik in dieser breitgefächerten Bevölkerungsgruppe nur teilweise verfangen kann. Die ukrainischen Geflüchteten sind Opfer des russischen Angriffskriegs. Die politischen Emigrant:innen positionieren sich gegen die Putin-Diktatur und ihren Krieg. Das russische Regime verfolgt sie auch im Ausland mit transnationalen Repressionen. Tschetschenische Geflüchtete sind ebenfalls transnationalen Repressionen und Auslieferungsgesuchen aus Russland ausgesetzt.

land umsiedeln wollen, ist die niedrigste seit 15 Jahren|«, in: *The Moscow Times*, 16.2.2026, <<https://tinyurl.com/2cz3k27t>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

27 Jannis Panagiotidis, *Postsowjetische Migration in Deutschland. Eine Einführung*, Bonn 2021, S. 17ff.

28 Felix Riefer, »Russlands revisionistische Außenpolitik und der falsche Diasporadiskurs in Deutschland«, in: *Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte*, 28 (2024) 1, S. 89–123.

Mit Russlands Krieg gegen die Ukraine und der Verschlechterung der deutsch-russischen Beziehungen gerieten viele Russlanddeutsche in einen Loyalitätskonflikt.

Der Fokus liegt im Folgenden deshalb auf den russlanddeutschen Spätaussiedler:innen. Mit dem russischen Krieg gegen die Ukraine und der Verschlechterung der deutsch-russischen Beziehungen seit 2014 – und erst recht seit 2022 – gerieten viele Russlanddeutsche in einen Loyalitätskonflikt, der teils zu einer »Re-Identifikation« mit Russland führte.²⁹ Zugleich mobilisierte die 2015 einsetzende sogenannte Migrationskrise Menschen mit postsowjetischem Migrationshintergrund ebenso wie die Gesamtgesellschaft entlang identitätsbezogener Bruchlinien.³⁰ Dabei spielte die Selbstbeschreibung von Russlanddeutschen als »Heimkehrer:innen« (im Gegensatz zu Geflüchteten) ebenso eine Rolle wie das Bekenntnis zur christlichen Glaubengemeinschaft.³¹

Wegmarken dieses Wandels waren der »Fall Lisa« 2016 und die Bundestagswahl 2017. Im Februar 2016 beteiligten sich etwa 10.000 Menschen in mehreren deutschen Städten an Protesten, nachdem eine Jugendliche aus einer Spätaussiedlerfamilie in Berlin fälschlicherweise behauptet hatte, von »südländisch aussehenden Männern« entführt und vergewaltigt worden zu sein. Hochrangige russische Politiker:innen bis hin auf zu Außenminister Sergej Lawrow kommentierten den Fall. Die russischen Propagandamedien spielten ihn im Zuge ihrer migrationsfeindlichen Desinformationskampagne nach Deutschland zurück, was den Protesten erheblichen Zulauf bescherte.

Bei der Bundestagswahl 2017 schlugen sich die veränderten politischen Präferenzen erstmals im Wahlverhalten der postsowjetischen Migrations-Community nieder: Die CDU/CSU, obwohl traditionell in dieser Wählergruppe beliebt, erreichte nur noch 28 Prozent, die AfD dagegen 15 Prozent, 3 Prozent mehr als im Bundesdurchschnitt.³² Die Unterstützung für die AfD

nimmt seitdem kontinuierlich zu. 2024/25 konnte auch das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) im Vergleich zur Gesamtgesellschaft überproportional viele Stimmen aus dieser Community für sich verbuchen.³³

Solche Entwicklungen rückten den russlanddeutschen Bevölkerungsanteil in ein schlechtes Licht und nährten Stereotype und Vorurteile in anderen Segmenten der Gesellschaft, die wiederum bei den Russlanddeutschen negative Reaktionen hervorriefen. Mittlerweile lässt sich dank wissenschaftlicher Studien ein genaueres Bild der politischen und gesellschaftlichen Haltungen dieser Gruppe zeichnen.³⁴ Erkennbar wird ein insgesamt hohes Maß an Zuspruch zu demokratischen Institutionen. Gleichzeitig ist die Neigung zu populistischen Parteien, zu konservativ-traditionalistischen Werthaltungen und zur Übernahme russischer Narrative in dieser Gruppe stärker ausgeprägt als in der Gesamtgesellschaft. Der gesellschaftliche Organisationsgrad und die politische Teilhabe fallen hingegen geringer aus.³⁵

Russische Diasporapolitik in Deutschland: Ziele, Erfolge, Grenzen

Die russische Diasporapolitik gegenüber Deutschland muss im Gesamtkontext der russischen Außenpolitik betrachtet werden. Das Putin-Regime nutzt sie, um in den Mitgliedstaaten der EU gesellschaftliche Spaltung voranzutreiben und demokratische Entscheidungsprozesse zu unterwandern. Deutschland als größte Volkswirtschaft und politisch einflussreiches EU-Mitglied gilt da als wichtiges Ziel. Die zahlenmäßig starke postsowjetische Migration in Deutschland wird

angeglichen, so dass bei der Unterstützung für die AfD von einem gesamtgesellschaftlichen Trend gesprochen werden muss.

³³ Fabio Best u. a., *Welche Rolle spielte der Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2025?*, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung, 2025.

³⁴ Dazu zählen beispielsweise die Arbeiten des Soziologen Jannis Panagiotidis sowie die Forschung, die am Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien zum Thema betrieben wird. Außerdem gibt es eine Reihe von Sachbüchern, autobiographischen Romanen, Podcasts und andere Formate, in denen Menschen aus der Community ihre Geschichte und Positionen sichtbar machen.

³⁵ Félix Krawatzek, *Wechselnde Loyalitäten. Familien mit Russlandbezug und die Bundestagswahl*, Berlin: ZOIS, 12.2.2025 (Spotlight 3/2025), <<https://tinyurl.com/k5t4rktm>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

²⁹ Ebd.

³⁰ Panagiotidis, *Postsowjetische Migration in Deutschland* [wie Fn. 27], S. 161f.

³¹ Ebd., S. 172.

³² Jannis Panagiotidis weist darauf hin, dass das Wahlverhalten dieser Gruppe unter den postsowjetischen Migrant:innen stark dem der Menschen in den ostdeutschen Bundesländern ähnelt; vgl. Panagiotidis, *Postsowjetische Migration in Deutschland* [wie Fn. 27], S. 167. Allerdings hat sich das Wahlverhalten in Ost- und Westdeutschland in der Zwischenzeit

von Moskau als Einfallstor betrachtet. Deshalb setzt Russland alle Instrumente seiner Diasporapolitik in Deutschland ein. Das Russische Haus in Berlin, russische Medien, Influencer:innen, Bots und Trolle verbreiten Desinformation und Propaganda. Sie verschaffen russischen Narrativen Gehör und diskreditieren die politischen und sozialen Verhältnisse in europäischen Demokratien, die mit der angeblich besseren Lebenssituation im autoritären Russland Wladimir Putins kontrastiert werden. Solche Behauptungen verfangen bei anfälligen Menschen mit postsowjetischem Migrationshintergrund ebenso wie in anderen Teilen der Gesellschaft.

Das russische Regime hält außerdem engen Kontakt zu populistischen und rechtsextremistischen Kräften in Deutschland, die wiederum in der Gunst von Wähler:innen mit postsowjetischem Migrationshintergrund steigen.³⁶ Seit Beginn der Völlinvasion in die Ukraine wiederholt stattfindende Russlandreisen sowie Auftritte von AfD-Politiker:innen in russischen Propagandamedien belegen, dass diese Verbindungen weiter bestehen. AfD-Politiker mit postsowjetischem Migrationshintergrund können Menschen mit ähnlichen biographischen Markern als Identifikationsfiguren dienen und der Partei Zulauf verschaffen. Das russische Regime entwickelte außerdem ein starkes Interesse am Bündnis Sahara Wagenknecht, das ebenfalls prorussische Positionen vertritt.³⁷

Die russische Diasporapolitik in Deutschland ist Teil des russischen hybriden Kriegs gegen europäische Demokratien. Diese Politik nimmt die deutsche Gesamtgesellschaft in den Blick und versucht, die große Bevölkerungsgruppe mit postsowjetischem Migrationshintergrund dafür zu instrumentalisieren. Wie in der Gesamtgesellschaft stößt sie in dieser Gruppe dann an Grenzen, wenn Menschen sich mit Deutschland und seiner demokratischen Herrschaftsform identifizieren und deshalb Distanz zu Russland wahren.

Relevanz für Deutschland

Wen das Putin-Regime als »russische Diaspora in Deutschland« betrachtet, wer sich selbst als ihr zugehörig bezeichnet und wem wiederum in Deutschland diese Gruppenzugehörigkeit zugeschrieben wird – diese Fragen berühren ganz unterschiedliche Aspekte der Diasporathematik.³⁸ Will man Russland die Möglichkeit nehmen, die postsowjetische Migration in Deutschland für seinen hybriden Krieg zu nutzen, muss man die Situation dieser Bevölkerungsgruppen genau analysieren sowie ihrer Lebensleistung, ihren Potenzialen, Bedürfnissen und Problemen Anerkennung zollen. Das Wissen über die postsowjetische Migration hat im vergangenen Jahrzehnt zweifellos zugenommen, bleibt aber nach wie vor begrenzt. Es bedarf weiterer Forschung, weiterer Stimmen aus der Community sowie politischer und zivilgesellschaftlicher Initiativen zu ihrer politischen Einbindung, um russischer Einflussnahme den Boden zu entziehen. Umgekehrt müssen der Gesamtgesellschaft mehr Informationen über diese Dimension der deutschen Einwanderungsgeschichte zur Verfügung gestellt werden.³⁹ Vorurteile und stereotypisierende Berichterstattung begünstigen die Abkapselung von Teilen der postsowjetischen Migration und damit die hybride Kriegsführung Russlands.

Deutschland muss gemeinsam mit europäischen Partnern entschlossen gegen die Instrumente der russischen Diasporapolitik – von Propagandamedien über Influencer bis hin zu Russischen Häusern und prorussischen Netzwerken – vorgehen. Auch russischen Geheimdienstaktivitäten auf deutschem Boden muss mit Entschlossenheit begegnet werden. All das sind Maßnahmen gegen den russischen hybriden Krieg – sie betreffen nicht nur die Bevölkerungsgruppen mit postsowjetischem Migrationshintergrund, sondern die deutsche Gesellschaft als Ganzes.

36 Anton Shekhovtsov, »Germany: The Far-Right Plot and Russian Malign Inspiration«, in: Kacper Rekawek/Barbara Molas (Hg.), *Russia and the Far-Right: Insights from Ten European Countries*, Den Haag 2024, S. 47 – 76 (53ff).

37 Catherine Belton, »Kremlin Seeks Coalition of Allies inside Germany«, in: *The Washington Post*, 22.4.2023.

38 Moritz Pieper, »Russkiy Mir: The Geopolitics of Russian Compatriots Abroad«, in: *Geopolitics*, 25 (2020) 3, S. 756 – 779 (760).

39 Riefer, »Russlands revisionistische Außenpolitik« [wie Fn. 28], S. 121ff.

Sinem Adar

Diasporapolitik der AKP-Regierung: Zwischen Innen- und Außenpolitik

Seit dem Machtantritt der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) im Jahr 2002 verfolgt die Türkei gegenüber ihrer Diaspora eine systematischere und strategischere Politik als zuvor.¹ Die AKP-Regierung betrachtet die Diaspora nicht nur als innenpolitische Ressource, sondern auch als außenpolitisches Instrument.² Die Stimmen der im Ausland lebenden Türk:innen tragen bei den türkischen Wahlen zur Machtkonsolidierung von Präsident Recep Tayyip Erdoğan bei. Gleichzeitig verstehen die herrschenden türkischen Eliten die türkische Diaspora insbesondere in den europäischen Aufnahmeländern als Repräsentantin und Verteidigerin türkischer Interessen.

Die türkische Zuwanderung nach Europa geht auf die Arbeitsabkommen der 1960er Jahre zwischen der Türkei und verschiedenen europäischen Staaten, darunter Deutschland, zurück. Was damals von allen Akteuren als vorübergehend betrachtet wurde, änderte im Laufe der Zeit seinen Charakter: Es entwickelte sich eine große, dauerhafte und zunehmend vielfälti-

ge türkischstämmige Gemeinschaft, die eine eigene institutionelle Landschaft hervorbrachte. Heute sind fast 80 Prozent der im Ausland lebenden türkischen Staatsbürger:innen in westeuropäischen Ländern ansässig, vor allem in Deutschland (siehe Infobox 1).

Obwohl türkische Regierungen der türkischen Diaspora stets wirtschaftlich, kulturell und politisch motiviertes Interesse entgegenbrachten,³ verlieh die AKP der Diasporapolitik einen besonderen Zuschnitt. Zum einen bauten die Partei-Eliten ein zentral gesteuertes Netzwerk aus bestehenden und neu gegründeten Organisationen auf, um die Diasporapolitik zu gestalten und umzusetzen. Zum anderen basiert die Diasporapolitik der AKP auf der Ansicht, die kulturelle Einzigartigkeit der türkischen Identität müsse gewahrt werden. Im Einklang mit der identitätsbasierten Weltanschauung der AKP-Eliten und einem erweiterten Konzept der Diaspora gewannen auch muslimische Gemeinschaften, die nicht unbedingt türkischsprachig sind, in der Diasporapolitik an Bedeutung.

Diese strategisch geprägte Vorgehensweise stößt aber auch an Grenzen, etwa durch die Heterogenität der türkischen Diaspora, deren weitgehendes Interesse an ihrem Leben in den Wohnländern und die zunehmenden Versuche europäischer Staaten, den Einfluss der AKP auf im Ausland lebende Türk:innen einzuschränken.

¹ Der Text baut weitgehend auf früheren Veröffentlichungen der Autorin auf: Sinem Adar u. a., *Die türkische Diaspora in Westeuropa: Zwischen Angrenzung und Instrumentalisierung für die Politik der Türkei*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 2024 (SWP-Aktuell 31/2024); Sinem Adar, *Eine Neubetrachtung der politischen Einstellungen türkischer Migranten in Deutschland. Analyse der Wahlverhaltens jenseits von »Loyalität gegenüber der Türkei« und »Mangel an demokratischer Kultur«*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 2020 (SWP-Studie 6/2020).

² Internationalen Indizes zufolge rangiert die Türkei in puncto Autokratie auf einem relativ breiten Spektrum: Freedom House (32/100 – not free, 2026), V-Dem (electoral autocracy, 2026), Bertelsmann Transformationsindex (4,18 – moderate autocracy, 2026); vgl. auch Sinem Adar/Günter Seufert, *Turkey's Presidential System after Two and a Half Years: An Overview of Institutions and Politics*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 2021 (SWP-Studie 02/2021), doi: 10.18449/2021RP02, und Sinem Adar, »Pakt der Elite«, *IPG-Journal*, 28.5.2026, <<https://tinyurl.com/52r45ecb>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

³ In den 1960er und 1970er Jahren lag der Schwerpunkt auf den Rücküberweisungen der Arbeitsmigrant:innen, während in den Jahrzehnten danach politische und kulturelle Interessen in den Vordergrund traten. Dafür lassen sich mehrere Faktoren anführen: 1. die Erkenntnis, dass ein Großteil der türkischen Gastarbeiter:innen dauerhaft in Europa bleiben würde; 2. politisch motivierte Migrationswellen vor und nach dem Militärputsch 1980 sowie im bewaffneten Konflikt zwischen der türkischen Armee und der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK); 3. das Bemühen der türkischen Regierungen, die Handlungsspielräume oppositioneller Akteure wie der PKK oder radikaler islamistischer Gruppen, die als Sicherheitsbedrohung wahrgenommen wurden, zu beschneiden.

Infobox 1: Zahlen zur türkischen Diaspora

Laut dem türkischen Außenministerium leben circa 7,5 Millionen türkische Staatsbürger:innen im Ausland, davon 6 Millionen in Europa.

In Deutschland wohnten Ende 2024 rund 1,54 Millionen Personen mit türkischem Pass, während etwa 1,4 Millionen bereits einen deutschen Pass haben (Statista). Rund 338.000 besitzen die doppelte Staatsbürgerschaft (Statistisches Bundesamt). Im Jahr 2024 haben 22.225 türkische Staatsangehörige die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen: im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um etwa 110 Prozent. Die erste größere Einwanderungswelle fand über Anwerbeankommen und Familiennachzug in den 1960er und 1970er Jahren statt.

Die ersten türkischen Asylsuchenden kamen bereits in den 1970er Jahren nach Deutschland, weitere in den 1980er und 1990er Jahren sowie nach dem gescheiterten Putschversuch in der Türkei im Jahr 2016. Neben Asylbewerbern halten sich derzeit zahlreiche Studierende, Akademiker, Künstler und Journalisten in Deutschland auf.

Rücküberweisungen (über offizielle Kanäle, in Prozent des türkischen BIP) sind seit Ende der 1990er Jahre stetig gesunken und beliefen sich nach Angaben der Weltbank 2024 auf etwa 908 Millionen Euro (0,1 Prozent des BIP). Die meisten davon kommen aus Deutschland: 2024 waren es 894 Millionen Euro (nach Schätzungen der Bundesbank).

Die Diasporapolitik der AKP: Mittel der Machtkonsolidierung

Anders als die anderen türkischen Parteien war sich die AKP seit jeher darüber im Klaren, dass sie von Wählerstimmen aus der Diaspora – vor allem aus Westeuropa – profitieren würde. Seit den 1990er Jahren forderte die türkische Diaspora, auch in den jeweiligen Aufenthaltsländern an den türkischen Wahlen teilnehmen zu dürfen (zur Regelung des Wahlrechts siehe Infobox 2). Erst unter der AKP-Regierung wurde dieser Wunsch erfüllt.

Bei den Präsidentschaftswahlen 2014 gaben erstmals auch im Ausland lebende türkische Staatsbürger:innen ihre Stimme in Wahllokalen ab, die in ihren Wohnländern eingerichtet worden waren. Seitdem ist die Wahlbeteiligung der Auslandstürk:innen stark gestiegen, von 8,37 Prozent auf 52,04 Prozent im Jahr 2023,⁴ von denen 59,71 Prozent Recep Tayyip Erdoğan ihre Stimme gaben. In Deutschland und anderen westeuropäischen Ländern fiel sein Erfolg noch deutlicher aus. Unter den Auslandstürk:innen sind der Präsident und seine Partei damit populärer als im Inland. Dafür sind materielle, ideologische und kulturelle Faktoren ausschlaggebend.⁵

Die Stimmen aus dem Ausland waren wichtig für die Machtkonsolidierung Erdoğan und seiner Partei. Dies zeigte sich deutlich bei den Präsidentschaftswahlen 2018 und dem im Vorjahr abgehaltenen Verfassungsreferendum, bei denen die Auslandsstim-

men den in der Türkei gewonnenen hinzugerechnet wurden. Bei den Präsidentschaftswahlen 2018 bekam Präsident Erdoğan 50,8 Prozent der Stimmen in der Türkei, was für einen knappen Sieg in der ersten Runde gereicht hätte. Zusammen mit den 894.585 Stimmen, die er im Ausland erhielt, erreichte er schließlich 52,59 Prozent der gültigen Stimmen. Auch beim Referendum 2017 hatten Stimmen aus dem Ausland erheblichen Einfluss. Sie machten rund 19 Prozent (256.000) der Gesamtdifferenz (1,37 Millionen) zwischen den Ja- und Nein-Stimmen aus.

Die Diasporapolitik der AKP: Ein Instrument der Außenpolitik

Unter der AKP-Regierung gewannen die Diasporaakteure auch aus außenpolitischen Motiven an Bedeutung. Die AKP-Eliten betrachten die Auslandstürk:innen zunehmend als religiös-kulturelle Gruppe, die sich für außenpolitische Ziele nutzen lässt. Dieser Wandel der Politik gegenüber den türkischen Migrant:innen und ihren Nachkommen spiegelt sich auch darin wider, dass der Begriff »Diaspora« in den 2010er sowohl in türkischen Regierungsdokumenten als auch in türkischen wissenschaftlichen Arbeiten vermehrt auftaucht.⁶

⁴ Letztere Zahl steht für die zweite Runde der Präsidentschaftswahl 2023; an der ersten Runde beteiligten sich 49,5 Prozent.

⁵ Siehe Adar, *Eine Neubetrachtung der politischen Einstellungen türkischer Migranten in Deutschland* [wie Fn. 1].

⁶ Sezer İdil Göğüş, »Die neue Diasporapolitik der Türkei und Türkeistämmige in Deutschland«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 68 (2018) 48, <<https://tinyurl.com/mr36dayp>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

Infobox 2: Rechtlicher Status/Bürgerrechte

- Die doppelte Staatsbürgerschaft ist nach Art. 44 des türkischen Staatsbürgerschaftsgesetzes Nr. 5901 möglich; eine Aufgabe der türkischen Staatsbürgerschaft ist mit staatlicher Genehmigung erlaubt. 1995 wurde die Rosa Karte eingeführt, die ehemaligen Staatsbürger:innen weitgehende Gleichstellung mit Inländern gewährte (z. B. Aufenthaltsrecht, Freizügigkeit, Beschäftigung).
- Im Jahr 2009 wurde die Rosa Karte durch die Blaue Karte ersetzt: Diese ermöglicht zusätzlich befristete Tätigkeiten im öffentlichen Dienst, freiwillige Zahlungen in die türkische Sozial- und Rentenversicherung sowie staatliche Zuschüsse zur Altersvorsorge.
- Bis 1987 durften Auslandstürk:innen nur an Flughäfen und Grenzposten wählen. Durch Reformen 2008 und 2012 können alle über 18-Jährigen mit türkischem Pass im Ausland heute in Wahllokalen ihres Wohnlandes abstimmen.

Die türkische Diaspora aus Sicht der AKP

Die AKP-Regierung sieht die Türkeistämmigen als potenzielle Vertreter und Verteidigerinnen türkischer Interessen in den jeweiligen Wohnländern. Diese Wahrnehmung steht im Zusammenhang mit einer identitätsbasierten Weltanschauung. Die kulturellen Unterschiede zwischen der türkischstämmigen und der Mehrheitsgesellschaft werden bewusst betont.

Nach Erdogans Willen sollen sich die Türkeistämmigen in der Diaspora nicht assimilieren, aber integrieren und die türkische Identität wahren.

Ein Musterbeispiel dafür ist der berühmte und umstrittene Aufruf des damaligen Premierministers Erdoğan im Jahr 2008 in Köln an die Türkeistämmigen: »[sich] nicht zu assimilieren, aber zu integrieren«, denn Assimilation sei »ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit«.⁷ Damit forderte Erdoğan von ihnen, ihre türkische Identität zu wahren, insbesondere durch Beherrschung der türkischen Sprache sowie gute Kenntnisse des Islams. Gleichzeitig beton-

7 »Erdogan-Rede in Köln im Wortlaut. »Assimilation ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 17.5.2010, <<https://tinyurl.com/msuaeuf5>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

te er, wie wichtig Teilhabe an der Politik der Aufnahmeländer sei.

Zentral für dieses Narrativ ist die Vorstellung, dass sich die in der Diaspora lebenden Türken (und Muslime) in Bezug auf ihre Werte, ihre Moral, ihre Identität und ihre Kultur grundlegend und unversöhnlich von der Mehrheitsgesellschaft unterscheiden. Dazu passend präsentieren sich die AKP und ihr Vorsitzender als Vertreter und Hüter eines »postkolonialen neuen (politischen) Subjekts«, das durch die Entstehung einer »neuen Türkei« hervorgebracht worden sei.⁸ Die Familie bildet für die AKP das Herzstück dieser neuen Gesellschaft, mitsamt den damit verbundenen traditionellen Rollenbildern für Männer und Frauen. Wie sich diese Weltanschauung in der Diaspora niederschlägt, zeigt sich besonders deutlich in den familien- und frauenbezogenen Aktivitäten der Diyanet, des staatlichen türkischen Präsidiums für religiöse Angelegenheiten.⁹

Vertretung türkischer Interessen außerhalb der Türkei

Trotz – und gerade wegen – ihrer Identitätspolitik fordert die AKP-Regierung die Diaspora auf, an der Politik ihrer Aufnahmeländer aktiv mitzuwirken. Zu diesem Zweck fördert die AKP-Regierung nicht nur die Mitgliedschaft in politischen Parteien in den Aufnahmeländern, sondern auch die Gründung neuer Parteien.¹⁰

Die niederländische DENK (auf Türkisch: »gleich« oder »ausgeglichen«) ist dafür ein prominentes Beispiel. Gegründet von zwei ehemaligen Abgeordneten der Partij van de Arbeid (PvdA), fordert DENK unter anderem eine Dokumentationsstelle für rassistische Vorfälle, die Einführung von Islamunterricht an Schulen, eine Imam-Ausbildung ohne Mitsprache der niederländischen Regierung sowie die Einsetzung von

8 Zeynep Gulsah Capan/Ayse Zarakol, »Postcolonial Colonialism? The Case of Turkey«, in: Charlotte Epstein (Hg.), *Against International Relations Norms*, London 2017, <doi.org/10.4324/9781315665955>, S. 193 – 211.

9 Chiara Maritato, *Care and Control: Turkey's Ambitions for »Its« Domestic Abroad*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 2024 (CATS Network Paper 3), <<https://tinyurl.com/yzb6j48n>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

10 Friedrich Poeschel/Inci Oyku-Roderburg, »Fearing the Immigrant Vote? AKP's Political Echo Sparks Controversy in Germany«, *EUI Global Citizenship Observatory*, 2024, <<https://tinyurl.com/mtkb4x58>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

Imamen in öffentlichen Einrichtungen wie Krankenhäusern und Gefängnissen sowie im Militär. Bei der Parlamentswahl im Oktober 2025 behauptete die Partei ihre drei Sitze.

Als weiteres Beispiel lässt sich die DAVA (Demokratische Allianz für Vielfalt und Aufbruch) in Deutschland anführen. Die Partei, die 2024 von vier deutschen Staatsbürgern türkischer Herkunft ins Leben gerufen wurde, erregte bereits bei ihrer Gründung erhebliches Aufsehen. Dazu trug auch ihr Name bei, denn das arabische Wort *Da'wa* bedeutet »Einladung« – im religiösen Kontext die Aufforderung an Nichtmuslime, den Islam anzunehmen – und ist zudem eng mit der islamistischen Bewegung in der Türkei verbunden. Einer der Parteigründer gehörte bis 2011 der SPD an, während zwei weitere in der Union der internationalen Demokraten (UID) engagiert waren, einer Lobbyorganisation der AKP, die sich auf die Mobilisierung türkischstämmiger Migrant:innen bei Wahlen spezialisiert hat.

Ähnlich wie für die DENK hat auch für die DAVA der Kampf gegen Islamophobie Priorität. Die Partei fordert außerdem die Anerkennung muslimischer Verbände als Körperschaften des öffentlichen Rechts. Ein weiteres zentrales Anliegen ist die Festigung traditioneller Geschlechterrollen. Bislang war die Partei jedoch wenig erfolgreich: Bei der Europawahl 2024 erlangte sie keinen Sitz, ihre einzige Landesliste in Nordrhein-Westfalen wurde vom dortigen Wahlausschuss abgelehnt; bei der Hamburger Bürgerschaftswahl verfehlte sie 2025 die für die staatliche Parteienfinanzierung auf Landesebene erforderliche Ein-Prozent-Hürde.

Aufbau eines zentral gesteuerten institutionellen Netzwerks

Mit der zunehmenden Systematisierung der türkischen Diasporapolitik zu innen- und außenpolitischen Zwecken hat sich die institutionelle Infrastruktur, über die diese Politik umgesetzt wird, deutlich konsolidiert.¹¹ Dabei spielen die Gründung neuer Institutionen sowie deren Verknüpfung mit bestehenden Organisationen eine Rolle.

Eine der wichtigsten neuen Institutionen ist die im Jahr 2004 in Köln mit Unterstützung des damaligen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan gegründete Union der internationalen Demokraten (UID).¹² Sie agiert als Lobbyorganisation der AKP und verfügt über Niederlassungen in ganz Europa, darunter 15 in Deutschland. Die Vorstandsmitglieder der UID treten oft in Fernsehdebatten türkischer Sender auf, die im Ausland ausgestrahlt werden, etwa *TRT Avrupa* und *Kanal Avrupa*. Neben den Konsulaten und der UID spielten weitere AKP-freundliche Organisationen wie die Stiftung für politische, wirtschaftliche und soziale Forschung (SETA) und die Yunus-Emre-Kulturzentren bei der Mobilisierung stimmberechtigter Migrant:innen im Vorfeld der türkischen Wahlen eine maßgebliche Rolle.

Noch bemerkenswerter mit Blick auf eine zentral gesteuerte Diasporapolitik ist die 2010 erfolgte Gründung einer Regierungsbehörde, die sich eigens der Diasporapolitik verpflichtet hat: des Amtes für Auslands-türken und verwandte Gemeinschaften (YTB). Das ist ein Novum in der Geschichte der türkischen Republik. Seit 2018 untersteht die Institution dem türkischen Präsidenten. Das YTB richtet sich an drei verschiedene Gruppen: erstens türkische Bürger im Ausland und ihre Kinder, zweitens Schwestergemeinschaften (darunter türkischsprachige Minderheiten, Länder und Regionen sowie muslimische Länder, Regionen und Gesellschaften sowie Länder und Gesellschaften, die Entwicklungshilfe von der Türkei erhalten) und drittens Studierende im Ausland (insbesondere in Afrika, im Nahen Osten und in Asien).

Die YTB-Angebote richten sich größtenteils an Kinder und Jugendliche¹³ und stehen türkischen Bürger:innen im Ausland sowie Inhaber:innen der sogenannten Blauen Karte offen (siehe Infobox 3). Gefördert werden türkischer Sprachunterricht, Stipendienprogramme, kulturelle Mobilität sowie die jährliche Veröffentlichung eines Berichts über »rassistische und islamfeindliche Angriffe« im Ausland, worunter Vorfälle verstanden werden, die sich direkt oder indirekt gegen türkische Staatsbürger:innen sowie gegen von

¹¹ Siehe auch Yaşar Aydın, *The New Turkish Diaspora Policy*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Oktober 2014 (SWP Research Paper 10/2014), <<https://tinyurl.com/42tcneh5>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

¹² Nastasja Steudel, »Erdogan's Lobby«, *Deutsche Welle*, 21.5.2014, <<https://tinyurl.com/lyve7u2xb>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

¹³ Zur zentralen Rolle von Jugendlichen in der Diasporapolitik der AKP siehe Banu Senay/Ayca Arkilic, »Turkey's Diaspora Youth Diplomacy«, in: Arkilic/Senay (Hg.), *Routledge Handbook of Turkey's Diasporas*, London 2024, S. 213 – 227.

ihnen gegründete Nichtregierungsorganisationen und Moscheen richten.¹⁴

Neben den oben aufgeführten Aktivitäten bietet das YTB zwei spezielle Förderprogramme an: eines zur Entwicklung von Expertise in rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit Diskriminierung und eines zur Bereitstellung von Familien- und Sozialleistungen, die in den vergangenen Jahren vermehrt in den Fokus der Diasporapolitik gerückt sind – ein gutes Beispiel dafür, wie bestehende Institutionen mit neuen diasporapolitischen Zwecken verknüpft werden. Zum Beispiel unterhält das türkische Ministerium für Familien- und Sozialpolitik Büros in Düsseldorf, Köln, Berlin, Hamburg und Stuttgart, die in die institutionelle Struktur der türkischen Konsulate integriert sind. Migrant:innen und ihre Kinder mit türkischer Staatsbürgerschaft sowie mit der Blauen Karte können hier Ansprüche auf Dienstleistungen geltend machen.

Infobox 3: Die wichtigsten Institutionen, die sich mit der Diaspora beschäftigen

- Amt für Auslandstürken und verwandte Gemeinschaften (YTB, gegründet im Jahr 2010), seit 2018 dem türkischen Präsidenten unterstellt
- Union Internationaler Demokraten (UIB, ursprünglicher Name: Union Europäischer Türkischer Demokraten): 2018 Umbenennung nach ihrer sechsten ordentlichen Generalversammlung in Bosnien und Herzegowina. Büros in etwa 30 Ländern, zumeist in Europa
- Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V. (DITIB)
- Stiftung für politische, wirtschaftliche und soziale Forschung (SETA)
- Yunus-Emre-Institut: türkischer Sprachunterricht und Pflege der internationalen kulturellen Zusammenarbeit

Ein anderes Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen alten und neuen Institutionen ist das Diyanet. Die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V. (DITIB), der deutsche Ableger von Diyanet, beteiligte sich aktiv an YTB-Projekten.

¹⁴ Eine vollständige Liste der Aktivitäten und Angebote ist (auf Deutsch) abrufbar unter dem Link: <<https://ytb.gov.tr/de/departments/auslandsburger>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026). Die Berichte finden sich unter folgendem Link: <<https://ytb.gov.tr/de/departments/auslandsburger/veroeffentlichungen>> (zuletzt eingesehen am 6.8.2026).

Die jahrzehntelangen Migrationsbewegungen aus der Türkei nach Europa – vor allem nach Deutschland – hatten bereits vor 2002, als die AKP an die Macht kam, dazu geführt, dass in den Wohnländern eine vielfältige institutionelle Landschaft entstand. Deren Potenziale waren der Partei-Elite von Anfang an bewusst, insbesondere hinsichtlich des Zugangs zur türkischen Diaspora. Die Moscheen und Verbände werden ebenfalls als wichtig angesehen, wenn um Loyalität und Unterstützung der Auslandstürk:innen für die Außenpolitik des Herkunftslandes geworben wird, zum Beispiel hinsichtlich der türkischen Militäroperationen in den kurdischen Gebieten Syriens.¹⁵ Die Forderung nach Aufbau einer kohärenten und zentral koordinierten institutionellen Struktur wird seit den 1990er Jahren von Türkeistämmigen gegenüber den jeweiligen türkischen Regierungen erhoben. Diese soll – so die zugrunde liegende Logik – die Vermittlung gemeinsamer Interessen und Forderungen der Diaspora gegenüber den Aufnahmestaaten erleichtern und die politische Handlungsfähigkeit der Diaspora stärken. Die AKP kommt diesem Wunsch entgegen.

Grenzen der AKP-Diasporapolitik

Die Versuche der AKP-Regierung, die Diaspora für eigene innen- und außenpolitische Zwecke zu instrumentalisieren, laufen zuweilen jedoch ins Leere. Dies zeigt sich beispielsweise an der geringen Popularität von AKP-nahen Parteien in Europa wie DENK oder DAVA. Als Ein-Themen-Parteien gehen sie an den Bedürfnissen ihrer Zielwählerschaft, die sich oft für ein breites Spektrum an politischen Fragen in ihrem Wohnland interessiert, vorbei.

Die Vielfalt politischer Ausrichtungen in den türkischen Gemeinschaften setzt der Diasporapolitik der AKP ebenfalls Grenzen. Dies zeigt sich deutlich bei der Wahlbeteiligung im Ausland. Zwar ist es der AKP in nur rund vier Jahren gelungen, deren Stimmabgabe bei türkischen Wahlen von 8 Prozent auf fast 50 Prozent zu steigern.¹⁶ Fast die Hälfte der Wähler:innen ließ sich durch die AKP aber nicht mobilisieren.

¹⁵ Karoline Krause-Sandner, »Türkische Kriegspropaganda auch in deutschen Moscheen«, in: *Kurier*, 20.4.2018, <<https://tinyurl.com/mr2c3f4v>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

¹⁶ Zwischen 2018 und 2023 stieg die Wahlbeteiligung nur um zwei Prozentpunkte.

Für die AKP und ihre Führungskader gehören nicht alle Teile der türkischen Gemeinschaft in gleicher Weise zur türkischen Nation.¹⁷ Konservative Frömmigkeit sowie Loyalität zu Erdoğan und seiner Partei sind aus ihrer Sicht wichtige Kriterien der Zugehörigkeit. Oppositionsakteure im Ausland hingegen zählen, erst recht nach dem gescheiterten Putschversuch des Jahres 2016, nicht dazu und werden in manchen Fällen auch direkt von dem türkischen Staat als Staatsfeinde verfolgt.¹⁸

So wurde 2017 bekannt, dass deutsche Behörden Ermittlungen gegen Imame und andere Angehörige der DITIB aufgenommen hatten. Die Funktionäre wurden beschuldigt, geheimdienstlich relevante Informationen über türkische Staatsangehörige in Deutschland gesammelt und nach Ankara weitergeleitet zu haben, von denen der türkische Staat annahm, sie hätten Verbindungen zum Gülen-Netzwerk. Presseberichten zufolge waren die Religionsattachés der türkischen diplomatischen Vertretungen in Belgien, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz ebenfalls in dieser Richtung tätig.¹⁹ Die Türkei wirft der Gülen-Bewegung vor, den Putschversuch geplant und durchgeführt zu haben, und stufte sie bereits im Mai 2016 als terroristische Organisation ein.²⁰

Die Reaktionen aus den Aufnahmeländern auf den Versuch der AKP, ihren Einfluss unter den Türkeistämmen zu erweitern, haben auch innerhalb der türkischen Gemeinschaften zu Besorgnis und einem zurückhaltenden Verhältnis zur AKP geführt. Ein Beispiel dafür war 2018 der Rücktritt des gesamten Vorstands von DITIB-Niedersachsen, als die Kölner DITIB-Zentrale und ihr Religionsattaché in die Arbeit der Organisa-

tion eingreifen wollte.²¹ Doch ist, wenn im Sinne der AKP gehandelt wird, nicht immer Ideologie im Spiel. Wie das Wahlverhalten der Diaspora illustriert, geben oft Pragmatismus und Nützlichkeitsüberlegungen den Ausschlag.²² Die von der AKP propagierte konservative Sittlichkeit wiederum könnte unter Angehörigen der jungen Generation die Überzeugungskraft der Diasporapolitik limitieren.²³

Relevanz für Deutschland

Trotz einschränkender Erlebnisse und Faktoren wird Ankara, so die realistische Erwartung, seine Aktivitäten in der Diaspora fortsetzen. Im Mittelpunkt dieser Strategie steht eine Mischung aus dem Wunsch nach dem politischen Überleben Recep Tayyip Erdoğans, den außenpolitischen Ambitionen der Türkei und dem Wunsch nach Etablierung streng konservativer Moralvorstellungen mit traditionellen Geschlechterrollen.

Es ist damit zu rechnen, dass Erdoğan oppositionelle Kräfte in Europa noch rigoros verfolgen lässt als in der Vergangenheit.

In diesem Zusammenhang ist mit einer Intensivierung der Verfolgung oppositioneller Kräfte in Europa zu rechnen, und diese ist nicht auf die Gülenisten beschränkt. 2016 begann die AKP-Regierung, die beschriebenen Vorgehensweisen auch auf andere Gruppen wie die Kurd:innen und die sogenannten neuen Migrant:innen auszuweiten. Den Oppositionsgruppen wird unterstellt, sie würden die Diaspora politisch, kulturell und religiös untergraben. Die neue Migrationswelle von Studierenden, Journalist:innen, Aktivist:innen und hochgebildeten Türk:innen, die seit 2015/16 das Land verließen, könnte in den kommenden Jahren zu Spannungen innerhalb der Diaspora beitragen.

17 Zeynep Yanasmayan/Zeynep Kasli, »Reading Diasporic Engagements through the Lens of Citizenship: Turkey as a Test Case«, in: *Political Geography*, 70 (2019), S. 24–33.

18 »Turkey: Transnational Repression Case Study«, *Freedom House*, 2021, <<https://tinyurl.com/3mb4xywm>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

19 Vgl. Chase Winter, »Turkish Imam Spy Affair in Germany Extends across Europe«, *Deutsche Welle*, 16.2.2017, <<https://tinyurl.com/mvwhycr4>>; Hasnain Kazim, »Turkey's Worldwide Monitoring of Suspected Gülen Supporters«, in: *Der Spiegel*, 31.3.2017, <<https://tinyurl.com/lyb4yfyaf>>, (eingesehen am 5.7.2026).

20 »Turkey Officially Designates Gülen Religious Group as Terrorists«, *Reuters*, 31.5.2016, <<https://tinyurl.com/ydczje79>>, (eingesehen am 6.7.2026).

21 »Aus Protest: Niedersachsens DitiB-Chef tritt zurück«, in: *Hannoversche Allgemeine Zeitung*, 28.11.2018, <<https://tinyurl.com/mwz2j3ef>> (zuletzt eingesehen am 27.7.2026).

22 Siehe Adar, *Eine Neubetrachtung der politischen Einstellungen* [wie Fn. 1].

23 Bahar Baser/Gözde Böcü, »Youth Responses to State-Manufactured Diaspora Mobilization: Turkey's Diaspora Governance and the Politics of Selective Engagement«, in: *Globalizations*, 22 (2025) 1, S. 81–97.

Gleichzeitig wird sich die Türkei weiterhin mit den Sorgen türkischer Migranten wegen zunehmender Diskriminierung und Feindseligkeit gegenüber dem Islam befassen. Dabei spielen auch die innenpolitischen Auseinandersetzungen in Deutschland über die Politik gegenüber Israel und Palästina eine Rolle. Zwar haben sich türkische Organisationen bislang mit öffentlichen Bekundungen oder gar Demonstrationsaufrufen zurückgehalten, doch die Haltung der Bundesregierung stößt dort weithin auf Unverständnis und Empörung. Davon zeugen Stellungnahmen türkischer Vereine, Moscheegemeinden und Politiker. Sie haben den Eindruck, die Bundesregierung messe bei ihrem Einsatz für universelle Werte mit zweierlei Maß, wenn es um Muslime sowie Migrant:innen aus dem Nahen Osten geht. Dem Narrativ der AKP über Islamophobie des Westens könnte so ebenso wie einer weiteren Entfremdung von der Aufnahmegesellschaft Tür und Tor geöffnet werden.

Angesichts der komplexen Dynamiken der politischen Meinungsbildung in der Diaspora-Community ist es zuallererst geboten, zwischen den systematischen Bemühungen der türkischen Regierung, die türkische Diaspora für ihre innen- und außenpolitischen Zwecke zu instrumentalisieren, und den Sorgen und Nöten der türkischen Diaspora und den daraus resultierenden Forderungen zu differenzieren. Nicht zuletzt lassen sich für Deutschland aus den Erfahrungen mit der Türkei wichtige Erkenntnisse ableiten: Die emotionale Distanz zwischen dem Aufnahmeland und einer Diaspora kann vom Herkunftsland ausgenutzt werden, gerade wenn sich die bilateralen Beziehungen zum Herkunftsland verändern.

Sinem Adar/Isabelle Werenfels

Diasporapolitische Muster

Die Fallbeispiele in dieser Studie belegen, dass die Bedeutung der Diasporapolitik für autoritäre und sich autokratisierende Staaten zunimmt. Davon zeugt die wachsende und vielfältige Landschaft von Institutionen und Instrumenten, die sich an die jeweilige Diaspora richten. Die Diasporapolitik ist in fast allen Fällen zu einem wichtigen Pfeiler der Außenpolitik dieser Staaten geworden und dient meist auch innenpolitischen Zielen (siehe Tabelle).

Der Konnex zwischen der jeweiligen Diaspora- und Außenpolitik gestaltet sich allerdings unterschiedlich. Gerade Staaten, die sich als Global Player verstehen, verfolgen mit der Diasporapolitik *geopolitische bzw. imperiale Ambitionen*. Besonders offensichtlich ist dies im Falle Russlands, wo die Diasporapolitik als Teil der hybriden Kriegsführung darauf zielt, Gesellschaft und Politik in anderen Ländern zu durchdringen und demokratische Systeme zu destabilisieren. Dies zeigt sich vor allem in Deutschland, wo es eine historisch gewachsene, große russische Diaspora gibt. Für China wiederum stehen Fragen globaler *Wirtschafts- und Technologiekonkurrenz* und -dominanz im Vordergrund. Auch für Indien spielen Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit eine Rolle. Staaten mit *regionalen Ambitionen* wie Eritrea, Marokko und der Türkei geht es überdies um *territoriale Souveränitätsfragen* (Westsahara, Kurdengebiete, Zypern) und/oder um nachbarschaftliche Rivalitäten und Konflikte, etwa zwischen Eritrea und Äthiopien oder Marokko und Algerien.

Darüber hinaus sind die Regime meist bestrebt, mithilfe ihrer Diasporapolitik internationale Diskurse zu beeinflussen und/oder das Image des Herkunftsstaates in der internationalen Arena aufzuwerten. Sie setzen daher verstärkt auf Public Diplomacy, Nation Branding und Lobbying und nutzen zu diesem Zweck vermehrt digitale Mittel und Plattformen.

Innenpolitische Ziele motivieren die Diasporapolitik ebenfalls. Dies gilt unabhängig von der Ausprägung des Autoritarismus (siehe Tabelle). Auch hier ist das Spektrum der Interessen hinter der jeweiligen Diasporapolitik breit. Sie reichen von der *Sicherung persönlicher Macht bzw. eines politischen Regimes und/oder Systems*

über *wirtschaftliche Überlegungen* hin zur *Beeinflussung von Dynamiken in der Diaspora*. In der Regel geht es den politischen Entscheidungsträgern um *Loyalität und damit Unterstützung für das eigene politische System bzw. Regime* und oftmals auch um *Kontrolle und Überwachung der Diaspora*. Dies geschieht nicht zuletzt durch geheimdienstliche und andere Aktivitäten, sprich: im Rahmen von *transnationaler Repression*. Das gilt insbesondere dann, wenn Freiräume für oppositionelle Politik im Herkunftsland klein sind oder gänzlich fehlen wie in Eritrea, Russland und China. Hier korreliert der Grad der transnationalen Repression stark mit dem Grad des Autoritarismus im Herkunftsland. Innenpolitische Umbrüche und Machtkämpfe können die Repression der Diaspora ebenfalls verschärfen. Dies war zum Beispiel nach dem gescheiterten Putschversuch in der Türkei 2016 der Fall. Mit Blick auf transnationale Repression gerät Diasporapolitik dann in Konflikt mit dem Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und mit rechtsstaatlichen Normen und demokratischen Grundsätzen der Wohnländer.

Auffallend ist außerdem, dass die meisten Herkunftsstaaten in der Ausgestaltung ihrer Politiken *vis-à-vis einzelnen Bevölkerungsgruppen unterschiedliche Ziele* verfolgen. Je ambitionierter die Ziele, die über die Diasporapolitik erreicht werden sollen, desto flächendeckender in der Regel das Instrumentarium. Das spiegelt sich auch in rechtlichen Regelungen wider, etwa im Bürgerrecht für postmigrantische Diasporas, das heißt Nachkommen von Auswander:innen, sowie der ideellen Konzeption, wer alles zur Diaspora gezählt wird. Für die Türkei und Marokko sind Jugendliche und junge Erwachsene mittlerweile eine der wichtigsten Zielgruppen. In einigen Fällen sollen selbst Gruppen, die keinen genealogischen oder rechtlichen Bezug zum Herkunftsland haben, erreicht werden. Russland etwa inkludiert Menschen mit Neigung zum äußeren rechten Rand des politischen Spektrums in seine Bemühungen. Und die türkische AKP betrachtet bei dem Versuch, die Führungsrolle in der sunnitischen muslimischen Welt einzunehmen, auch

Tabelle

Übergeordnete Ziele von Diasporapolitik

China	Diasporapolitik als Teil außen- und geopolitischer Zielsetzungen: Entwicklung Chinas zu einer ökonomischen, technologischen und politischen Weltmacht
Eritrea	Diasporapolitik zum politischen und wirtschaftlichen Regimeerhalt
Indien	Diasporapolitik zur Unterstützung innen-, wirtschafts- und geopolitischer Zielsetzungen: Indien als Hindu-Nation und als globale Wirtschaftsmacht
Marokko	Diasporapolitik zur Unterstützung innen- und regional-politischer Ziele: langfristige Sicherung des monarchischen Systems, wirtschaftlicher Stabilität und Anerkennung der Souveränität über die Westsahara
Russland	Diasporapolitik als Teil hybrider Kriegsführung
Türkei	Diasporapolitik als Teil innen- und regionalpolitischer Zielsetzungen: AKP-Machtkonsolidierung und Ausbau des außenpolitischen und regionalen Einflusses

nicht-türkische Muslime als Zielgruppe ihrer Diasporapolitik. Dieser Ansatz stößt jedoch, nicht zuletzt aufgrund von Sprachbarrieren, schnell an Grenzen und bleibt auf die rhetorische Ebene beschränkt.

Ein weiteres gemeinsames Merkmal aller in dieser Studie analysierten Fälle ist, dass *Identitätspolitik* einen zentralen Pfeiler der Diasporapolitik bildet. Allerdings variieren die Vorstellungen darüber, was den Zielen des jeweiligen Herkunftslandes dienlicher ist: exklusive oder multiple Identitäten und/oder ein niedriger oder hoher Integrationsgrad im Wohnland? China etwa möchte keine »Bindestrich-Identitäten« und betont eine einheitliche nationale Identität. Marokko und die Türkei wünschen sich weitgehende Integration in das Wohnland, aber keine (völlige) Assimilation, sprich: die komplette Aufgabe der Herkunftsidentität. Und alle Herkunftsstaaten streben die Bewahrung kultureller und sprachlicher Identität an – nicht nur zwecks enger Bindung an das Herkunftsland, sondern auch, um den kulturellen Unterschied zur Aufnahmegesellschaft zu betonen. Bei den russischen Vorstellungen spielt bei der identitätsbezogenen Bruchlinie das Bekenntnis zur »russischen Welt« und ihren »traditionellen Werten« in Abgrenzung vom westlichen Liberalismus eine Rolle. Bei der AKP wiederum steht der sogenannte Kampf gegen Islamophobie im Zentrum.

Gerade im Kontext innenpolitischer Polarisierung oder *ethno-konfessioneller Spaltungen im Herkunftsland* ist Diasporapolitik sowohl Ausdruck eines Tauziehens um die soziokulturelle oder politische Identität des eigenen Landes als auch des Versuchs, einer gesellschaftlichen, politischen oder identitären Strömung zur innen- (und außen-) politischen Dominanz zu verhelfen. Das zeigt sich etwa an der Förderung des Hindu-nationalismus in der Diaspora durch die regierende BJP, den gesellschaftspolitischen Vorstellungen der türkischen Regierungspartei AKP und nicht zuletzt in Moskau »zivilisatorischem« Anspruch einer »russischen Welt«. Da, wo die Entfremdung der Diaspora vom Wohnland teilweise groß ist und/oder zunimmt, fällt eine solche Diasporapolitik auf fruchtbaren Boden. Aus mehreren Fallstudien lässt sich zudem herauslesen, dass nicht nur der Herkunftsstaat Druck ausübt, sondern auch Diasporaakteure selbst untereinander soziale oder politische Kontrolle ausüben. Dies kann über Vereine und/oder Moscheen geschehen wie im türkischen und marokkanischen, über die Kirchengemeinden im eritreischen oder über Spionage im chinesischen Fall. Solche lokalen »Initiativen« können, aber müssen nicht immer zentral organisiert sein.

Auch die diasporapolitischen Überlegungen in puncto Wirtschaft differieren in ihren Schwerpunk-

ten. So spielt die ökonomische Dimension der Diasporapolitik im eritreischen Fall durch die erzwungenen Steuerzahlungen und Überweisungen eine entscheidende Rolle für den schieren Regimeerhalt. Im Falle Marokkos und Indiens sind Rücküberweisungen von zentraler Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung. Im türkischen Fall dagegen haben sie im Laufe der Zeit an Gewicht verloren. Marokko hat überdies gezielt Finanzinstrumente für Diasporaakteure entwickelt, um Finanzflüsse zu generieren, wirtschaftliche Stabilität zu gewährleisten und sein ambitioniertes Modernisierungsprojekt voranzutreiben. Für China waren Investitionen von Auslandschinesen in der Vergangenheit ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor. Heute wiederum misst China der Diaspora in seinem innovationsorientierten Entwicklungsmodell eine Schlüsselrolle zu. Sowohl für Indien als auch für China ist die Rückkehr von Talenten und Führungskräften in das Herkunftsland entscheidend für den Ausbau von Konkurrenzfähigkeit und Innovationskraft sowie der eigenen Wirtschaftsmacht auf dem Weltmarkt. Solche Ambitionen können sich, etwa im Falle Chinas, auch in der Ermutigung zu Wirtschaftsspionage durch Diasporaakteure niederschlagen.

Wenig überraschend, aber für den Erfolg der Diasporapolitik zentral ist der Umstand, dass Diasporaakteure sich nicht immer an das Skript halten, das ihr Herkunftsland für sie vorsieht. Die Fallbeispiele in dieser Studie verweisen auf eine große Vielfalt an Haltungen und Identitäten in der jeweiligen Diaspora. Im indischen oder chinesischen Fall etwa ist die sehr große Diaspora zu weiten Teilen nicht in staatlichen Vereinen oder Verbänden organisiert. Und bei den im Ausland geborenen postmigrantischen Generationen sinkt, allen diasporapolitischen Bemühungen zum Trotz, oftmals die Identifikation mit dem Herkunftsland – vorausgesetzt, sie fühlen sich im Wohnland nicht diskriminiert. Das heißt: Die Effektivität von Aspekten der Diasporapolitik, die für das Wohnland herausfordernd sind, lässt sich durch erfolgreiche Integration beschränken.

Auch die Vielfalt einer Diaspora kann die Politik des Herkunftslandes schwächen oder gar konterkarieren. Die neue Migrationsbewegung aus der Türkei nach dem gescheiterten Putschversuch äußert sich in Gegenmobilisierungen in der Diaspora. In der marokkanischen Diaspora kommt es vereinzelt zur Solidarisierung mit regierungskritischen Protesten und/oder mit politischen Gefangenen. Und auch im chinesischen Fall lassen sich Gegenmobilisierungen zum autoritären China beobachten. Das heißt, Vertre-

ter:innen regimekritischer bzw. demokratiefreundlicher Haltungen in einer Diaspora sind geeignet, beschönigenden Narrativen und damit der Public Diplomacy und dem Nation Branding der Herkunftsländer Grenzen aufzuzeigen.

Wenn diese Vielfalt im Herkunftsland nicht gelebt werden kann, schlagen sich dortige innenpolitische Konflikte in der Regel auch im Wohnland nieder. Dabei scheinen zwei Faktoren für das damit verbundene Gewaltpotenzial in der Diaspora eine wichtige Rolle zu spielen: der Grad an Autoritarismus und das Ausmaß bzw. die Virulenz ethno-religiöser Konflikte bzw. ideologischer Vorstellungen. Wenn der Autoritarismus so stark ausgeprägt ist wie im eritreischen oder russischen Fall, ist politische Kritik im Herkunftsland unmöglich und verlagert sich ins Ausland. Wenn ethno-religiöse bzw. ideologische Vorstellungen so dominant sind wie im türkischen bzw. indischen Fall, führt dies in der Diaspora ebenfalls zu erheblichen Spannungen.

Nicht zuletzt gibt es eine ganze Reihe von Gründen, warum sich Diasporaakteure von der Politik ihrer Herkunftsstaaten angesprochen fühlen und darin oftmals persönliche Chancen erkennen. So beeinflussen *gesellschaftliche und politische Dynamiken* im Wohnland, wie Diasporagruppen auf das Werben der Herkunftsländer reagieren. Insbesondere bei Diasporaakteuren aus (teilweise) muslimischen Ländern haben rassistische und islamfeindliche Diskurse in europäischen Staaten, inklusive Deutschland, zu einem Gefühl der Ausgrenzung, zu Ängsten und einer gewissen Entfremdung geführt. All dies mag auch im Ausland geborene postmigrantische Generationen dazu bewegen, sich wieder stärker dem Land ihrer Vorfahren zuzuwenden.

Dabei gilt, dass Diasporaakteure sich nicht unbedingt aus Loyalität oder politischer Überzeugung mit ihren Herkunftsländern identifizieren, sondern deshalb, weil die Soft-Power-Instrumente der Diasporapolitik wie im marokkanischen Fall *Chancen auf Vernetzung und sozialen Aufstieg* bieten. Die Aussicht auf Auszeichnungen, Preise und materielle Kompensation kann Anreiz sein, sich im Wohnland um Erfolg zu bemühen. Oft bewirkt schon moderater Erfolg im Wohnland Prestige und Sichtbarkeit im Herkunftsland. Materielle sowie Karriereüberlegungen spielen auch für die türkische und chinesische Diaspora eine Rolle, wenn es darum geht, sich im und für das Herkunftsland zu engagieren. Gleichzeitig erkennen Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitiker:innen in den Wohnländern ebenfalls zunehmend,

welchen Mehrwert Diasporaakteure als Vermittler:innen und Brückenbauer:innen, die in zwei oder mehreren gesellschaftlichen und politischen Welten verankert sind, darstellen. Diese Einsicht wiederum eröffnet Diasporaakteuren Aufstiegschancen im Wohnland.

Chancen und Herausforderungen für Deutschland

Genauso wie die Herkunftsstaaten, wenn auch mit einige Jahrzehnten Verzögerung, haben deutsche Außen- und Wirtschaftspolitiker die Chancen erkannt, die sich durch in Deutschland lebende Diasporagruppen ergeben. In vielen Fällen überlappen sich die Interessen Deutschlands mit denjenigen des Herkunftslands, etwa wenn es um das entwicklungs- und wirtschaftspolitische Engagement von Diasporaakteuren im Herkunftsland geht, um eine Strategie zur legalen Migration von Fachkräften oder um politische Mittler und Übersetzer in komplexen oder delikaten bilateralen Kontexten.

Grundsätzlich gilt es zwischen aus deutscher Sicht konstruktiven diasporapolitischen Ansätzen und solchen zu unterscheiden, die möglicherweise mit deutschen Interessen und Werten kollidieren oder gar demokratiezersetzend wirken. Letzteres ist insbesondere bei der russischen Diasporapolitik der Fall.

Dabei zeigt sich, dass für die Auswirkungen der jeweiligen Diasporapolitik in Deutschland und entsprechende Handlungsoptionen zwei Faktoren besonders relevant sind: erstens Historie, Qualität und Charakteristika der bilateralen Beziehungen Deutschlands zum Herkunftsstaat und zweitens die Wahrnehmung der jeweiligen Diaspora in der deutschen Gesellschaft und Politik. Gerade am russischen Beispiel, aber auch am türkischen oder marokkanischen zeigt sich, wie stark bilaterale Beziehungen sowie Sichtweisen auf die jeweilige Diaspora Schwankungen unterworfen sein können oder sich auf Dauer verändern. Die diplomatischen Beziehungen zu Russland sind seit der Vollinvasion in die Ukraine nachhaltig gestört bzw. konfrontativ, zu Eritrea gibt es nur schwach ausgeprägte diplomatische Kanäle. Im indischen Fall korrespondiert die gewachsene politische Bedeutung der bilateralen Beziehungen mit den mehrheitlich positiven Sichtweisen in Deutschland auf indische Fachkräfte. Darin steckt das Potenzial, Diasporaakteure gezielt in die Weiterentwicklung der bila-

teralen Beziehungen einzubeziehen, unter anderem im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit.

Aus dieser Gemengelage von Diasporapolitik, bilateralen Beziehungen und öffentlichem Diskurs zur jeweiligen Diaspora ergeben sich für Deutschland in den meisten Beispielen dieser Studie sowohl Chancen als auch Herausforderungen bzw. Dilemmata. Während die Gelegenheiten relativ einfach zu identifizieren sind und verschiedene Ressorts schon diesbezügliche Strategien entwickelt haben, sind mit Blick auf die Herausforderungen und Dilemmata komplexere Konstellationen zu beachten:

Erstens kollidiert in nahezu allen Fällen das deutsche Verständnis von Freiheitsrechten mit den Versuchen autoritärer Machthaber, die Kontrolle über die eigene Diaspora zu sichern. So können Regierungen von Herkunftsländern nicht erwarten, dass Deutschland oppositionelle Diasporaakteure in ihren Aktivitäten und ihrer Meinungsäußerung einschränkt und/oder toleriert, dass diese massiver transnationaler Repression unterworfen und geheimdienstlich ausgespäht werden. Im russischen Fall werden loyale Diasporagruppen gar instrumentalisiert, um demokratische Diskurse im Wohnland durch Falschinformationen und Engagement in populistischen Parteien zu unterwandern.

Zweitens konfrontiert die Verlagerung von Konflikten des Herkunftslandes nach Deutschland die hiesige deutsche Innen- und Außenpolitik mit einer ganzen Reihe von Dilemmata. Am deutlichsten wird dies am Beispiel Eritrea, dessen rigide innenpolitische Repression dazu führt, dass Auseinandersetzungen zwischen regimeloyalen und oppositionellen Diasporaorganisationen auf deutschem Boden ausgetragen werden. Hier muss Deutschland einen schwierigen Ausgleich bewerkstelligen: zwischen einem verhältnismäßigen Vorgehen gegen organisierte wie auch spontane Gewalt und Einschüchterung – sowohl durch staatlich unterstützte als auch oppositionelle Diasporaakteure – und dem Schutz kritischer Stimmen innerhalb der Diaspora, und zwar bei gleichzeitiger Wahrung der Freiheitsrechte aller Diasporagruppen.

Drittens zeigt sich in einigen Fällen ein Muster der Entfremdung von Diasporaakteuren – dies nicht nur aufgrund von Diskriminierung im Wohnland, sondern auch wegen außenpolitischer Positionen und Handlungen Deutschlands, die ein Spannungsfeld zwischen Integration und Identität eröffnen. Prominentestes Beispiel hierfür sind die unterschiedlichen Haltungen Deutschlands zur Auslegung des Völkerrechts in den Kriegen in der Ukraine, Gaza und Iran. Diaspora-

akteure, insbesondere aus Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten, inklusive der Türkei, haben wenig Verständnis für Einschränkungen im Kontext von Demonstrationen, die sich Solidarität mit Palästina und Palästinenser:innen auf die Fahnen schreiben. Sie empfinden diese nicht nur als normativ inkonsistent, sondern als antimuslimisch und oftmals als rassistisch. Diese Wahrnehmung hat zur Folge, dass der starke Fokus der türkischen Diasporapolitik auf Islamophobie in der hiesigen Diaspora teils auf fruchtbaren Boden fällt. Im russischen Fall wiederum fühlen sich postsowjetische Migrant:innen im Zuge der Annexion der Krim 2014 durch Russland und erst recht seit dessen 2022 begonnenem Krieg gegen die Ukraine unter Druck und von Deutschland entfremdet. Damit steigt ihre Anfälligkeit für russische Kriegsnarrative.

Diese komplexe Gemengelage erfordert beim Umgang Berlins mit den Diasporapolitiken und ihren Effekten genaue Kenntnisse der spezifischen Geschichte und Sensibilitäten der jeweiligen Diasporagruppen. Es lassen sich hierfür eine ganze Reihe genereller *Dos and Don'ts* identifizieren:

- Bei allen Überlegungen zum Umgang mit Diasporapolitik der in dieser Sammelstudie analysierten Staaten gilt es zwischen konstruktiven Politiken, die willkommene Ansatzpunkte für Kooperationen bieten können, und Versuchen strategischer Einflussmaßnahme bis hin zu hybrider Kriegführung zu unterscheiden, die gegen deutsche Gesetze verstoßen und/oder gesellschaftliche und politische Spannungen in Deutschland verschärfen.
- Im Umgang mit den Effekten von Diasporapolitik sollte Berlin immer innen- und außenpolitische Erwägungen im Auge behalten. Das gilt etwa im Falle von Aktivitäten der eritreischen Diaspora in Deutschland, die sich auf Entwicklungen am Horn von Afrika auswirken können. Im türkischen Fall ist es angeraten, funktionierende Beziehungen zur Türkei aufrechtzuerhalten und gleichzeitig türkischer Einflussnahme auf die Diaspora, etwa durch Nutzung von Moscheen und Verbänden zu politischen Zwecken, Einhalt zu gebieten.
- Sorgfältige Abwägungen bzw. einen Balanceakt verlangt auch das Verfolgen der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands an Forschungsk Kooperationen in Klima, Gesundheits- und Technologiefragen, ohne dass dabei unerwünschter Wissenstransfer stattfindet. Das gilt in allererster Linie für China. Ein möglicher Ansatz ist das aus den USA stammende Prinzip des *small yard, high fence*: Nur eng

definierte Schlüsseltechnologien (*small yards*) werden stark abgesichert (*high fence*), während andere Bereiche für Kooperation und Austausch grundsätzlich offenstehen; dies setzt eine diffizile Risiko- und Interessenabwägung unter Einbeziehung juristischer, politischer und regionalwissenschaftlicher Expertise voraus.

- Aggressiver Propaganda, Einschüchterung und transnationaler Repression durch Herkunftsstaaten müssen deutsche Behörden entschieden entgegen treten. Das gilt auch für die Verbreitung von Propaganda in mehreren Sprachen, wie sie etwa Russland oder China praktizieren. Hier sollten Sanktionen gegen kulturelle Instrumente der Diasporapolitik konsequent umgesetzt werden. Generell dürfte es sich lohnen, genügend Ressourcen für die Identifizierung von und den Umgang mit Plattformen bereitzustellen, die Diasporagruppen auf unerwünschte Weise beeinflussen. Entschlossen bekämpft werden muss die Überwachung von Diasporaakteuren durch Geheimdienste und Botschaften der Herkunftsstaaten, wie dies in nahezu allen Fällen dieser Studie zumindest punktuell zu beobachten war oder ist.
- Die Schaffung einer Stelle zur Generierung von Wissen zu transnationaler Repression in der Bundesregierung ist sehr zu begrüßen. Notwendig sind auch Austausch und ein koordiniertes Vorgehen innerhalb Europas. Dies gilt unter anderem für die Einreise von Regimevertretern und -propagandisten mit Schengen-Visa, wie dies etwa im eritreischen Fall schon geschehen ist. Zu überlegen wäre auch die Schaffung von Anlaufstellen bzw. Ombudspersonen für Diasporaakteure, die sich unter Druck gesetzt fühlen — nicht alle dieser Akteure sind prominente Dissident:innen, die leicht Zugang zu deutschen Behörden bzw. zu Schutzmaßnahmen finden.
- Zudem sind pragmatische bürokratische Lösungen für Diasporaakteure gefragt, die aus Sicherheits- oder Diskriminierungsgründen in ihren Botschaften in Deutschland keine für ihre hiesige Existenz relevanten Dokumente anfordern können.
- Rechtsstaatlichkeit muss der Hauptbezugspunkt Deutschlands für Entscheidungen sein, wann Einschränkungen von grundrechtlich garantierter Versammlungsfreiheit aufgrund von innerdiasporischen Konflikten gerechtfertigt sind und wann nicht. Dies ist besonders im Falle Eritreas offenkundig. Hier besteht das Risiko, dass aus Sicherheitsbedenken und Sorge, rechtsextremen Diskur-

sen Auftrieb zu geben, Freiheitsräume nicht verteidigt bzw. ausgehöhlt werden.

- Die Grundrechte für Meinungs- und Demonstrationsfreiheit müssen gewahrt werden, um gerade bei Diasporaakteuren den Eindruck zu vermeiden, dass bei der Verteidigung von Menschenrechten und internationalen Normen mit zweierlei Maß gemessen wird. Kanäle für gewaltfreien Protest müssen offengehalten werden, um potenziellen Gewaltakteuren keine Legitimation für gewaltsame Aktion zu bieten.
- Ganz grundsätzlich gilt es, standfest zu bleiben, wenn Herkunftsstaaten von Deutschland erwarten, kritischen Diasporaakteuren einen Maulkorb zu verpassen.
- Umgekehrt sollten deutsche Institutionen bzw. Behörden für die Instrumentalisierung von Diasporagruppen sensibilisiert werden, erst recht mit Blick auf Einmischung in demokratische Prozesse und Strukturen oder gar deren Aushöhlung, wie dies im russischen Fall bereits geschieht und in Zukunft auch bei anderen Staaten nicht auszuschließen ist — Staaten können auch diesbezüglich voneinander lernen. Hier sollten die zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel ausgeschöpft werden.
- In der öffentlichen und politischen Kommunikation braucht es zudem eine klare Differenzierung zwischen dem Herkunftsland und der jeweiligen Diaspora.
- Hinweise auf die Einhaltung rechtsstaatlicher Regeln sowie deren konsequente Durchsetzung sind legitim und wichtig. Sie dürfen jedoch nicht in pauschalisierende und diskriminierende Rhetorik münden. Dies könnte zur Entfremdung ganzer Diasporagruppen führen und damit negative Einflussnahme durch Drittstaaten begünstigen. Positive Signale gegenüber Diasporagruppen dagegen eröffnen Chancen; nicht nur für die Wirtschaft bzw. den Arbeitsmarkt in Deutschland, sondern auch für die deutsche Außen-, Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik.
- Nicht zuletzt ist der Kenntnisstand über Diasporagruppen, ihre enorme Diversität und ihre Aktivitäten auch in der digitalen Sphäre noch zu lückenhaft — oftmals wissen hier die Botschaften und Außenministerien der Herkunftsstaaten besser Bescheid als deutsche Behörden. Schließt man diese Lücken, könnten die Behörden wichtige Diasporaakteure genauer einschätzen, lohnende Kooperationen ausbauen und konstruktives Engagement von Diasporaakteuren unterstützen. Die sprich-

wörtlichen Brückenbauer, das heißt, in beiden Staaten gut vernetzte Akteure, sind nicht nur für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit und die Außenwirtschaft ein Gewinn, sondern auch geeignet, Konfliktsituationen innerhalb der Diaspora zu entschärfen und selbst in den bilateralen Beziehungen Deutschlands mit dem Herkunftsland Wogen zu glätten.

Anhang

Abkürzungen

AfD	Alternative für Deutschland
AKP	Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung)
BJP	Bharatiya Janata Party
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BSW	Bündnis Sahra Wagenknecht
CCME	Conseil de la Communauté Marocaine à l'Étranger
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
DAVA	Demokratische Allianz für Vielfalt und Aufbruch
DITIB	Diyanet İşleri Türk İslam Birliği (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.)
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
EPLF	Eritrean People's Liberation Front
HSS	Hindu Swayamsevak Sangh
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
MEA	Ministry of External Affairs
MINT	Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik
MOIA	Ministry of Overseas Indian Affairs
MRE	Marocains Résidant à l'Étranger
NRI	Non-Resident Indian(s)
OCAO	Overseas Chinese Affairs Office
OCI	Overseas Citizen(s) of India
PFDJ	People's Front for Democracy and Justice
PIO	Person(s) of Indian Origin
PKK	Arbeiterpartei Kurdistans
PvdA	Partij van de Arbeid
RAW	Research and Analysis Wing
RSS	Rashtriya Swayamsevak Sangh
SETA	Siyaset, Ekonomi ve Toplum Araştırmaları Vakfı (Stiftung für politische, wirtschaftliche und soziale Forschung, Ankara)
TDF	Tigray Defence Forces
UFWF	United Front Work Department (Einheitsfrontabteilung)
UID	Union der Internationalen Demokraten
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
VHP	Vishwa Hindu Parishad
VR	Volksrepublik
YTB	Yurtdışı Türkler ve Akraba Toplulukları Başkanlığı (Amt für Auslandstürken und verwandte Gemeinschaften)

Die Autorinnen und Autoren

Dr. Sinem Adar

Leiterin des Centrums für angewandte Türkeistudien (CATS) in der SWP

Dr. Sabine Fischer

Senior Fellow in der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien

David Kipp

Wissenschaftler in der Forschungsgruppe Globale Fragen

Dr. Gerrit Kurtz

Wissenschaftler in der Forschungsgruppe Afrika und Mittlerer Osten

Dr. Carsten Schäfer

Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich Moderne China-Studien des Ostasiatischen Seminars der Universität zu Köln

Dr. habil. Christian Wagner

Gastwissenschaftler in der Forschungsgruppe Asien

Dr. Isabelle Werenfels

Senior Fellow in der Forschungsgruppe Afrika und Mittlerer Osten

